

# I.

## Die Reichstagsession von 1882—83.

### 1. Die Dienstgebäude des Auswärtigen Amts.

12. Juni 1882.

An den Verhandlungen des preussischen Landtages in der Session von 1882/3 nahm der Fürst Bismarck keinen persönlichen Anteil. Die neue Session des Reichstages, die zweite der fünften Legislaturperiode, wurde am 27. April 1882 durch den Staatsminister v. Bötticher eröffnet. Bei der Beratung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat in der 16. Sitzung am 12. Juni 1882 empfahl der Referent der Budgetkommission, Abg. v. Kardorff, die Bewilligung einer Summe von 100 000 Mark zu einem provisorischen Umbau auf dem früher von Deckerschen Grundstück in der Wilhelmstraße für Zwecke des Auswärtigen Amts. Es solle damit einem dringend gefühlten Uebelstande abgeholfen werden, welcher sich bisher durch die Zerrissenheit der Bureau des Auswärtigen Amtes in verschiedene Lokale herausgestellt habe. Der deutschfreisinnige Abg. Rickert sprach die Erwartung aus, daß das verlangte Provisorium für mehrere Jahre eingerichtet sei, so daß nicht in den nächsten Jahren ein kostspieliger Neubau zu erwarten sei, und kam darauf zu sprechen, daß bereits das in dem Garten des vormals von Deckerschen Grundstücks befindliche Haus zur Dienstwohnung für den Staatssekretär des Auswärtigen Amts (Grafen Herbert Bismarck) eingerichtet sei. Der Reichskanzler habe

dazu aus dem „Dispositionsfonds für unvorhergesehene Fälle“ den Betrag von 50 000 Mark angewiesen, und es sei zweifelhaft, ob diese Einrichtung unter die „unvorhergesehenen Fälle“ gezählt werden könne. Eine Prüfung dieser Frage sei für die nächste Rechnungslegung vorzubehalten. Der Reichskanzler erwiderte darauf:

Ich kann dem Herrn Vorredner auf seine Bedenken erwidern, daß es nicht in der Absicht des auswärtigen Amtes liegt, in den nächsten Jahren irgend weiter die Neubaufrage bezüglich der Grundstücke Wilhelmstraße 75 und 76 dem Reichstage vorzulegen. Die Grundstücke sind, soweit sie zur Benutzung kommen, solide bebaut; sie haben manche Unbequemlichkeit in der jetzigen Einteilung, aber gerade die Scheu, eine große Ausgabe, von welcher die Summe, mit der man sich einstweilen häuslich einzurichten vermag, wie der Bericht mit Recht sagt, nur einen Teil der Zinsen repräsentiert, dafür zuzumuten, wenn wir unterkommen können in dem, was da ist, und lediglich das äußere Deforum vielleicht darunter Schaden leidet, — diese Scheu entspricht den Grundsätzen, die bisher für die Ausgaben in meinem Ressort geherrscht haben. Ich habe kein Bedürfnis für Prunkbauten, sondern nur für Bewilligung dessen, was praktisch und notwendig ist. Also darüber kann ich den Herrn Vorredner vollständig beruhigen.

Was ferner die Bedenken betrifft wegen der 50 000 Mark, die verwendet worden sind zur vorläufigen Instandsetzung desjenigen Gebäudes, welches auch in Zukunft für das Wohngebäude des Chefs des Auswärtigen Amtes in Aussicht genommen ist, das Gartenhaus auf dem Deckerschen Grundstück, so hat es damit folgende Bewandnis. Der Dispositionsfonds des Reichskanzlers ist vorhanden für solche Ausgaben, welche eine Stelle im

Stat nicht haben, also nicht, um Ueberschreitungen bewilligter Ausgaben zu decken, sondern um solche Ausgaben zu leisten, für welche nichts vorgesehen ist. Nun ist allerdings für die Wohnung des Chefs des Auswärtigen Amtes am Wilhelmsplatz ein Statztitel vorgesehen einmal in der Naturalleistung der vorhandenen Wohnung, dann in der Unterhaltung derselben; es ist aber nichts vorgesehen für den Fall, der sich erfahrungsmäßig herausgestellt hat, daß die Dienstwohnung am Wilhelmsplatz infolge baulicher Fehler, wegen der darunter liegenden Leitungen und Kloaken, bis zu einem gewissen Grade unbewohnbar ist, das heißt: nicht bewohnbar ohne Gefährdung der Gesundheit der Einwohner. Für diesen Fall, daß eine Dienstwohnung aus Gründen, die sanitätsmäßig geprüft und begründet gefunden sind, wie jeder sich überzeugen kann, der nicht den Schnupfen hat und die Treppe hinaufgeht — für diesen Fall ist im Budget in der That keine Vorkehrung getroffen, nämlich für die Unterbringung eines Beamten, dessen Dienstwohnung augenblicklich unbewohnbar ist, oder die zu bewohnen ihm wenigstens nicht zugemutet werden kann. Da nun außerdem die Einrichtung am Wilhelmsplatze sehr unvollkommen ist und hauptsächlich mit Privatmitteln vervollständigt werden muß, und da es nicht in der Absicht liegt, sie für den Chef des Auswärtigen Amtes dauernd heizubehalten, so hätten wir dem Reich doppelte Ausgaben gemacht, wenn wir ein Provisorium entweder in dem ungesunden Hause, was man niemand zumuten kann, oder in der Ermietung eines andern Hauses eingerichtet hätten. Wir haben die Ausgaben, die gemacht sind, gemacht für das Gebäude, welches in Zukunft dazu dienen wird, den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes unter-

zubringen. Wir waren in der Verfügung über dieses Gebäude beschränkt, wie den Herren bekannt ist, durch einen älteren Beschluß, der sie uns untersagte, so lange der Reichstag seinerseits nicht baulich untergebracht wäre. Das ist inzwischen geschehen, — infolgedessen der Nachtragsetat; und ich glaube, Sie werden bei der schärfsten rechnungsmäßigen Prüfung, wobei wir zu jeder Auskunft bereit sind, finden, daß nicht eine Mark mehr verausgabt ist als nötig.

Auch die Frage, ob ich als Reichskanzler budgetmäßig berechtigt und berufen war, hierbei meinen Dispositionsfonds in Anspruch zu nehmen, ist vorher einer sorgfältigen juristischen Prüfung unterzogen, und wir sind einig darüber geworden.

Der Abg. Ricker erklärte hiernach, die von dem Reichskanzler vorstehend mitgeteilten Einzelheiten seien in der Budgetkommission nicht bekannt gewesen. Wäre konstatiert worden, daß die frühere Dienstwohnung aus sanitätspolizeilichen Gründen geräumt werden mußte, so wäre die Sache nicht zur Sprache gebracht worden. Er, der Redner, erkläre sich durch diese Auskunft vollkommen befriedigt. Letzteres war nicht der Fall bei dem Abg. Ludwig Löwe. Dieser bezeichnete die Mitteilungen des Reichskanzlers als ein vollständiges Novum für die Mitglieder der Budgetkommission und beantragte die Zurückverweisung der Angelegenheit in dieselbe zu nochmaliger Prüfung. Unter der Heiterkeit des Reichstages erklärte der Reichskanzler:

Ich ziehe die gegebenen Erklärungen sehr gern zurück, wenn dadurch der Geschäftsgang unterbrochen wird.

Der Antrag Löwe wurde darauf abgelehnt, der Nachtragsetat mit den 50 000 Mark bewilligt.

## 2. Das Tabakmonopol, sein Zweck und seine Notwendigkeit.

12. Juni 1882.

In der Kaiserlichen Botschaft, mit welcher der Reichstag am 27. April eröffnet worden war, fand sich folgender auf das Tabakmonopol bezügliche Satz: „Unter den zur Besteuerung durch das Reich geeigneten Gegenständen steht der Tabak in erster Linie; nicht hierüber, sondern nur über die Form, in welcher eine höhere Besteuerung dieses Genußmittels herbeizuführen sei, gehen die Meinungen im Reiche auseinander, und wird eine Entscheidung durch die Gesetzgebung herbeizuführen sein. Die Mehrheit der verbündeten Regierungen hält die Form des Monopols für diejenige, welche die Interessen der Konsumenten und der Tabakbauer am meisten schon und dabei an Ergiebigkeit alle andern Formen der Besteuerung übertrifft. Sie würde daher zu anderen Vorschlägen erst übergehen, wenn sie die Aussicht auf Zustimmung der Volksvertretung zum Monopol aufzugeben genötigt wäre.“

Der Entwurf eines „Gesetzes, betreffend das Reichstabaakmonopol“ ging dem Reichstage bereits in seiner konstituierenden Sitzung am 27. April zu. Die erste Lesung des Gesetzes fand in der 7., 8. und 9. Sitzung am 10., 12. und 13. Mai statt, worauf der Entwurf zunächst an eine vorberatende Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen wurde. Diese stellte ihren Bericht bis zum 10. Juni fertig; der Präsident v. Levekov schlug vor, denselben auf die Tagesordnung der 16. Sitzung am Montag den 12. Juni nachmittags um 1 Uhr zu setzen, der Abg. Lasker dagegen bat, den Beginn der Sitzung schon um 11 Uhr eintreten zu lassen, denn, so führten er und der Abg. Richter (Hagen) aus, es komme nicht nur darauf an, daß der Reichstag verhandele, sondern daß auch gute Berichte über die Verhandlungen nach außen gelangten; die Frage über das Tabakmonopol sei eine sehr wichtige, und der Reichstag wisse aus Erfahrung, daß, wenn die Plenarsitzungen bis in die späten Nachmittagsstunden ausgedehnt würden, es dann der Presse, welche Berücksichtigung erheische, unmöglich werde, solche Berichte zu liefern. „Die Zeitungen, führte speziell der Abg. Lasker aus, sind voll von Nachrichten, daß am

Montag vom Herrn Reichskanzler eine Hauptaktion beabsichtigt sei, und, meine Herren, wir haben das schon öfter erfahren, daß dann die Rollen dadurch schlecht verteilt werden, daß zunächst die Mitteilungen des ersten Tages in die Presse gehen und die Erwiderungen auf den andern Tag verschoben werden müssen, wo sie nicht mehr den Grad der Lebhaftigkeit erreichen, den der Herr Reichskanzler seinen Reden zu geben versteht." Der Abg. Windthorst meinte, die Herren von der Presse hätten ohnehin so viel bei Nacht zu arbeiten, daß man ihnen den Morgen zum Ausschlafen gönnen und deshalb erst um 1 Uhr beginnen sollte. Der Abg. v. Schorlemer-Alst erklärte, eine Rücksicht auf die Presse sei gar nicht maßgebend, denn der Reichstag verhandle nicht für diese, sondern nach der Wichtigkeit des Gegenstandes. Es kam über die Frage zur förmlichen Abstimmung, durch welche der Beginn der Verhandlungen auf 1 Uhr nachmittags festgesetzt wurde. Auf diese Debatte bezog sich der Reichskanzler zunächst, als er am 12. Juni gleich zum Eintritt in die Beratung folgende Rede hielt:

Ich nehme das Wort noch vor dem Herrn Referenten, um dem gestern ausgesprochenen Bedürfnis, auf meine Aeußerungen zu antworten und die Antwort rechtzeitig in die Provinzen expedieren zu können, so viel an mir liegt, Rechnung zu tragen. Ich spreche deshalb so früh, wie es mir möglich ist, und bitte den Herrn Referenten um Entschuldigung, wenn ich ihm nach der gewöhnlichen Praxis vorgreife.

Das Tabakmonopol ist in unsrer amtlichen Geschäftsverhandlung, abgesehen von früheren gelegentlichen Erwähnungen, zuerst offiziell eingeführt worden durch die Allerhöchste Botschaft vom 17. November vorigen Jahres, doch nicht als eine Institution, die wegen ihrer wohlthuenden Eigenschaften an sich zu erstreben wäre, sondern als ein Mittel zur Erreichung andrer Zwecke, zur Beschaffung der Mittel, welche notwendig sind, um Steuererleichterungen einzuführen. Der Text der Botschaft sagt darüber:

Auch die weitere Durchführung der in den letzten Jahren begonnenen Steuerreform weist auf die Eröffnung ergiebiger Einnahmequellen durch indirekte Reichssteuern hin, um die Regierungen in den Stand zu setzen, dafür drückende direkte Landessteuern abzuschaffen und die Gemeinden von Armen- und Schullasten, von Zuschlägen zu Grund- und Personalsteuern und von andern drückenden direkten Abgaben zu entlasten. Der sicherste Weg hierzu liegt nach den in benachbarten Ländern gemachten Erfahrungen in der Einführung des Tabakmonopols; über welche Wir die Entscheidung der gesetzgebenden Körper des Reichs herbeizuführen beabsichtigen.

Danach, meine Herren, hat also die Regierung das Tabakmonopol nicht an sich vorgeschlagen, sondern ihr Hauptvorschlag geht auf die Gewährung von Mitteln zur Bestreitung von Steuererleichterungen, und als nächstliegendes Mittel ist dazu das Tabakmonopol Ihrer Entscheidung und der des Bundesrats unterbreitet. Dieser Gesichtspunkt ist einigermaßen aus dem Auge verloren und das Monopol als Selbstzweck hingestellt worden, welches um seiner selbst willen erstrebt würde, ohne Rücksicht auf diejenigen andern drückenderen Lasten, die durch das Monopol aus der Welt geschafft werden. Wir sind nie darüber in Zweifel gewesen, daß das Monopol an sich ein Uebel ist, und daß es sich bei seiner Einführung wie bei jeder neuen Steuer, ja selbst wie bei jeder Reform, zunächst nur darum handelt, ob es nicht andre Uebel gibt, im Vergleich mit denen das Monopol das kleinere ist. Wenn man diese Institution an sich betrachtet, ohne Rücksicht auf den Zweck, dem sie dienen soll, so stellt

man ſie in ein unvorteilhaftes, ich möchte ſagen ungerichtetes Licht, was ſie nicht ertragen kann. Für die Reformen, welche die Regierung erſtrebt, iſt das Monopol nur Mittel, nicht Zweck; aber die finanziellen Reformen, welche den Zweck der Reichsregierung und — ich kann ſagen — der verbündeten Regierungen bilden, ſind dadurch beſonders erſchwert, daß die Verwendung der Beſchlußfaſſung der Landtage unterliegt, die Beſchaffung der Mittel der Beſchlußnahme des Reichstags. Es entſteht dadurch für die Gegner der Regierung eine Art von Zwickmühle, hier im Reichstage, wenn eine Bewilligung gefordert wird, zu ſagen: wir können nichts bewilligen, wovon die Verwendung nicht nachgewieſen und ſichergeſtellt iſt, — und im preußiſchen Landtage oder in andern Landtagen, zu ſagen: wir können nicht über die Verwendung von Mitteln verfügen, ſo lange die Mittel nicht bewilligt ſind. Daß man ſo von Pontius zu Pilatus geſchickt wird und mit der Reform nicht vorwärts kommt, das liegt auf der Hand, und dieſe Schwierigkeit iſt von den Gegnern der Regierung redlich ausgebeutet worden. Um ihr zu entgehen und den Widerſtand, auf den wir bei der Durchführung der Reform ſtoßen, einigermaßen zu paralyſieren, iſt die Gemeinſchaftlichkeit der kaiſerlichen und der königlich preußiſchen Regierungsquelle benutzt worden, um gleichzeitig in einer Saiſon eine Vorlage in dem preußiſchen Landtage — einem Landtage, der immerhin die Majorität der Reichsangehörigen, 27 Millionen, repräſentiert — die Bedürfnisfrage erörtern zu laſſen und in derſelben Saiſon nach Erörterung der Bedürfnisfrage, auf welche gerechnet war, den Reichstag um irgend eine Bewilligung anzugehen. Dieſe Vorlage mußte notwendig eine konkrete Form haben, wir konnten



nur irgend eine reichen Ertrag bietende indirekte Steuer wählen. Der primus inter pares unter diesen ist uns immer erschienen das Tabakmonopol für das Reich, als dasjenige, welches die zweckmäßigste, wie die Botschaft sich ausdrückt, glaube ich, die wirksamste Finanzquelle bildet. Wir waren in der pflichtgemäßen Notwendigkeit, Ihnen zunächst das beste unter den Mitteln, die wir kennen, vorzulegen, und erst nach dessen Ablehnung können wir zu minderwertigen Surrogaten behufs Beschaffung neuer Einnahmequellen schreiten. Wir brauchen Ihre Ablehnung, um unsre Verantwortlichkeit für die Zukunft zu decken, damit man uns nicht später, wenn das Monopol dennoch vielleicht von einer andern Regierung — ich meine einer andern Reichsregierung — gebracht wird, sagt: die damalige Regierung unter dem ersten Reichskanzler hat die Thorheit begangen, dieses Mittel nicht von Hause aus vorzuschlagen. Die Verantwortlichkeit, es nicht vorgeschlagen zu haben, wollen wir nicht auf uns ruhen lassen, die wollen wir auf die Majorität dieses Reichstags abschieben, und dann werden wir in Ruhe sagen: darum keine Feindschaft; aber wir brauchen Ihre Ablehnung, bevor wir zu minder guten Vorlagen schreiten.

Bei der Klarstellung des Bedürfnisses hat nun der preußische Landtag seine Landesregierung vollständig im Stich gelassen, er hat sich der Erörterung entzogen, er hat gewissermaßen Strike gemacht, mit Rücksicht auf die Jahreszeit, mit Rücksicht auf die Parallelsitzungen der verschiedenen Landtage, kurz und gut, sachlich ist kein Grund zu ersehen, warum diese Körperschaft eine für das preußische Land so tiefgreifende, so wichtige Frage, wie diejenige, ob unser direktes Steuersystem der Reform bedürftig ist oder nicht, der Erörterung nicht hat unter-

ziehen wollen, ſondern in wenigen kurzen Sitzungen und mit einer faſt ſtürmiſchen Forderung auf Schluß ſich der weiteren Diſkuſſion entzogen und die kaiſerliche Regierung dadurch in die ſchwierige Situation gebracht hat, hier das Monopol an ſich, ohne den vorgängigen Nachweis des Bedürfniſſes, auf den gerechnet war, zu vertreten. Wenn ich hier anweſend geweſen wäre und wenn ich überhaupt nach meinem Geſundheitszuſtande imſtande geweſen wäre, die Geſchäfte, die ich herbeiführe, zu vertreten, würde ich Seiner Majeſtät die Auflöſung des preußiſchen Landtags geraten haben, da wir die Feſtſtellung der Bedürfniſſfrage vor allem brauchten. Es würde daraus die Notwendigkeit hervorgehen, den Landtag Anfang Auguſt wieder zu berufen, und wir würden dann der heutigen Verhandlung noch überhoben geweſen ſein, indem die Forderung des Monopols, ohne Anerkennung der Bedürfniſſfrage, keinen Sinn und keine Bedeutung hat. (Hört! hört! Sehr wahr! links.) Iſt kein Bedürfniſſ vorhanden, ſo brauchen wir keine neuen Steuern.

Es handelt ſich alſo zunächſt um die Frage, ob ein Bedürfniſſ vorhanden iſt. Wird die bejaht, ſo werden wir weitere Anträge zu ſtellen haben; wird ſie verneint, ſo iſt ja alles in dieſer beſten der Welten ganz vortrefflich, wir brauchen uns nicht weiter zu bemühen, und ich bin der für mich ſehr unbequemen weiteren Siſyphusarbeit gegenüber dem paſſiven Widerſtand oder der dilatoriſchen Behandlung durch die Fraktionen überhoben, was ja für meine Jahre und meinen Geſundheitszuſtand mit Dank anzunehmen iſt. Aber ich bin durch die Verſagung der Klarlegung von ſeiten des preußiſchen Landtages leider in der Notwendigkeit, Ihnen die Motive, die den König

von Preußen nötigen, im Interesse seiner notleidenden Unterthanen vom Reiche die Eröffnung der Steuerquelle, die er seiner Zeit an das Reich abgetreten hat, zu verlangen, zu fordern, zu erbitten — ich bin in der Nothwendigkeit, die Motive dafür kurz auseinanderzusetzen. Dieselben liegen erstens in dem Vorhandensein einer Steuer in Preußen, welche ich als den Rest früherer Zeiten, des Feudalstaates, bezeichne, der Klassensteuer, des Kopfgeldes, der Besteuerung der Person, des Lebens, des Atmens, der Besteuerung der Existenz ohne Rücksicht auf irgend ein Objekt, an welches die Leistungskraft sich heftet, und ohne eine bestimmte Einnahme, welche mit der Steuer verbunden ist. Eine ähnliche — ich kann wohl sagen barbarische — Einrichtung in steuerpolitischer Beziehung existiert außer in Preußen und einigen ihm anliegenden norddeutschen Staaten meines Wissens nur noch in Rußland in Gestalt des Kopfgeldes und in der Türkei; aber auch dort nur für die unterworfenen Völkerschaften dafür, daß sie überhaupt noch am Leben gelassen sind. In Rußland scheint man doch durch die Thatsache, daß die zivilisierten Nationen in dem Fortschritt der Zivilisation diesen Rest verschollener Zeiten von sich längst abgestreift haben, jetzt auch zu der Ueberzeugung gekommen zu sein — Sie werden mit mir die telegraphische Nachricht gelesen haben, daß die russische Regierung den kaiserlichen Befehl erlassen hat, betreffend die Aufhebung der Kopfsteuer. Und doch war sie in Rußland lange nicht so drückend wie bei uns, allerdings zu einem hohen Satze, aber durch Vermittelung der Gemeinden; die Gemeinden waren die Steuerzahler, die Gemeinden hatten ihrerseits die Unterverteilung und waren in der Lage, schonend zu handeln und die Steuerexekutionen zu vermeiden. Die

Klassensteuer, an der wir allein unter den zivilisierten Nationen hiernach noch festhalten, trägt meines Erachtens in sich die Unmöglichkeit für die Steuerbehörde, eine gleichmäßige gerechte Verteilung der Steuern zu bewirken. Sie haben heutzutage doch noch circa 5 Millionen besteuerte Positionen in Preußen — und können in diesen Massen, in den untern wirtschaftlichen Stufen ganz unmöglich die Verhältnisse des einzelnen Haushaltes, des einzelnen Mannes, seine Erwerbsverhältnisse richtig beurteilen, seine Gesundheitsverhältnisse, Familienverhältnisse, die lokalen Ausgaben, zu denen er wegen seiner besonderen Stellung genötigt ist, das alles entzieht sich dem Urteil der Behörde; letztere hat nur Kriterien, die nach allgemeiner Schablone auf jeden angewendet werden, die aber nicht immer passen und sehr häufig drücken. Eine gerechte gleichmäßige Verteilung der Steuern, so wie die indirekten Steuern sich von selbst verteilen, wenn sie eine Zeitlang bestanden haben, und sich wassergleich in das richtige Niveau setzen, ist bei der Kopfsteuer gar nicht möglich, kein Steuerrat kann die Verhältnisse der Reklamanten mit Richtigkeit beurteilen; schon das spricht dagegen.

Ein noch viel stärkerer Grund aber dagegen ist die Notwendigkeit der Exekution der Steuer, wenn sie nicht bezahlt wird, die Notwendigkeit, die Thatsache, daß mitunter für einen rückständigen Betrag von 50 Pfennig Mobiliarwerte von 20 bis 30 Mark abgepfändet werden, und daß der Steuerpflichtige bei der Unmöglichkeit, diese abgepfändeten Sachen im Wege der Exekution zu dem vollen Werte zu verkaufen, den sie für ihn haben, um den Staat, den reichen Staat, den Fiskus, um 50 Pfennig zu bereichern, seinerseits um 15 oder 20 Mark geschädigt,

in seiner bürgerlichen Existenz für eine Zeitlang erschüttert wird. Ich weiß nicht, ob die Anzahl der Exekutionen dieser Art, die die Klassensteuer mit sich führt, öffentlich hinreichend bekannt ist. Sie könnte es sein, denn die Durchschnittsrechnungen davon sind in den Motiven zum Verwendungsgesetz, welches der preußische Landtag zu beraten keine Zeit hatte, den Abgeordneten in 500 Exemplaren gedruckt zu Händen gegeben, sind aber dort totgeschwiegen. In der damaligen Verhandlung und in der jetzigen über das Monopol habe ich auch keine Silbe gehört über die Uebel, über die Leiden, die durch das mindere Uebel des Monopols geheilt werden sollen.

Ich erlaube mir deshalb, da es in Preußen im Landtage totgeschwiegen worden ist, Ihnen aus der gedruckten Begründung des Verwendungsgesetzes nachstehende Ziffern mitzuteilen. In dem Jahre 1879/80 — ich weiß nicht, warum vom 1. Oktober zum Oktober datiert — sind zur Klassensteuer veranlagt gewesen Einzelsteuernde und Haushaltungen in Preußen 5 087 470, davon beträgt die Anzahl der wegen Klassensteuerrückstände vollzogenen Pfändungen 438 973, (hört! hört! rechts) und zwar in der untersten Stufe der Arbeiter, die weiter nichts wie ihrer Hände Arbeit haben, von der sie leben, 254 166, (hört! hört! rechts) in der zweituntersten Stufe 102 584, in der dritten noch immer 28 516. Die vierte bis zwölfte sind nicht gesondert angeführt, aber auch in ihnen, also in den vergleichungsweise wohlhabenden Klassen, haben noch immer 53 707 Pfändungen stattgefunden, die wirklich vollzogen werden konnten und einen Ertrag lieferten. Ich mache darauf aufmerksam, daß eine solche Pfändung um so empfindlicher wirkt, auf eine je höhere Stufe der Steuer sie Anwendung findet. Die

Treppenstufen der wirtschaftlichen Leiter, welche der Betreffende damit heruntergeworfen wird, sind gerade so zahlreich, wie seine Klassensteuerstufe angibt.

Dann beträgt ferner die Zahl der fruchtlos versuchten Pfändungen außerdem 565 766 in der preussischen Monarchie, (hört! hört! rechts) davon in der untersten arbeitenden Klasse 386 017, in der zweiten 135 635, in der dritten 22 774, in den acht obersten immer noch 21 340 — also ein Zeichen, wie unvollkommen die Möglichkeit der Veranlagung dieser Steuer ist, daß in der vierten bis zwölften Klasse noch 21 000 Positionen inexistibel sein können. Es beträgt also die Summe der Spalten 3 und 4, d. h. die Gesamttheit der wegen Klassensteuer vollzogenen und versuchten Pfändungen für ein Jahr 1 004 739. Aehnliche Resultate liefert ein dreijähriger Durchschnitt, den ich dem statistischen Amte verdanke, der die Budgetjahre von 1878 bis 1881 — in deren Mitte bekanntlich ein Wechsel des Termins stattgefunden hat — umfaßt. Für diesen Zeitraum beträgt die Gesamtzahl der Auspfändungen im preussischen Staat 3 304 065, — ich will Sie verschonen mit der Aufzählung der einzelnen Jahre, Ihnen nur das Gesamtergebnis geben — wobei die vollzogenen Pfändungen 1 617 831 betragen, die fruchtlos versuchten Pfändungen daneben 1 686 234. Es kommen danach in beiden Positionen zusammen auf diese drei Jahre 3 300 000, durchschnittlich auf jedes Jahr 1 100 000 Pfändungen. Die Anzahl hat im ersten Semester des Jahres 1881/82 infolge der Besserung der Zustände, vielleicht auch infolge der eingeführten Klassensteuernachlässe, eine Reduktion erfahren. Obschon mir das ganze Jahr nicht vorliegt, so läßt sich doch glauben, daß in diesem Jahre infolge der gebesserten

Zustände und der Steuernachlässe die Pfändungen die 600 000 nicht vollständig erreichen werden. Indessen 600 000 ausgepfändete Staatsbürger, das ist auch schon eine starke Ziffer. Zu diesen starken Klassensteuerleiden kommt noch die Wirkung der Zuschläge. Es ist nicht ersichtlich, warum wegen der Kommunalzuschläge weniger Auspfändungen stattfinden sollten, als wegen der Staatsklassensteuern. Im Gegenteile glaube ich, der Staat kommt früher zu seinem Recht, und vielleicht wird er noch eher bezahlt. Ueber die Vorgänge in den Gemeinden liegen allgemeine Data nicht vor, wenigstens habe ich sie nicht ermitteln können; ich habe nur einige Angaben in Bezug auf die Berliner Ergebnisse der Steuer in den Jahren 1876 und 1877 vorliegen. Danach sind in der Stadt Berlin im Jahre 1876 im ganzen zur Klassensteuer veranlagt 355 992 Besteuerte. Von diesen sind zur Zwangsvollstreckung verwiesen — ich werde gleich den anscheinenden Widerspruch erklären — 393 837 in der Stadt Berlin, also mehr als veranlagte Posten. Das hat darin seinen Grund, daß jede Position viermal im Jahre erhoben wird und jede viermal zur Exekution kommen kann, daß also die Zahl der vorgekommenen Vollstreckungen die der veranlagten Steuerpositionen überschreitet. Von diesen 393 837 Fällen sind erledigt durch Stellung zur Exekution 276 902, durch Vollstreckung der Exekution, durch Versiegelung und Pfändung 25 280, durch fruchtlose Vollstreckung der Exekution 91 655. Auf 100 Klassensteuerveranlagte überhaupt, beziehungsweise in den betreffenden Steuerstufen vorkommende Fälle treffen danach in der untersten Steuerstufe 101,9 Exekutionen, in der zweiten 135,8, in der dritten 131,9, in der vierten Stufe von unten 114,6 auf 100 Steuer-

positionen, und in der fünften bis zwölften immer noch 64,7 Prozent, die zur Exekution geſtellt werden.

Im Jahre 1877 ſteigt die Ziffer noch höher. Da ſind in der unterſten Stufe 121,2 Perſonen exequiert worden, in der zweiten 156,8, in der dritten 159,6 — immer auf 100 Beſteuerte gerechnet —, in der vierten 151,8; alſo die höchſten Sätze ſind nicht in der unterſten, ſondern in der zweiten, dritten und vierten, alſo in den ſchon etwas wohlhabenderen, von der fünften bis zwölften ſind immer noch von 100 Perſonen 71 exequiert worden in Berlin, und ich mache darauf aufmerkſam, daß hier bei dieſen Berliner Poſitionen die Stufen von zwei bis vier von unten herauf ein ſtärkeres Kontingent ſtellen, als die unterſte, daß alſo der Fall, daß jemand von einer ſich heranbildenden Wohlhabenheit auf ſeinen Ausgangspunkt durch die Exekution zurückgeworfen wird, häufiger vorkommt.

Eine andre Berliner Angabe — die für 1880 habe ich nicht vollſtändig erhalten können — aber für 1881, bezieht ſich auf die Geſamtheit der direkten Steuern, wobei ich bemerke, daß die Staatsklaffenſteuer in Berlin von den Gemeindebehörden erhoben wird. Danach bringt die Haus- und Mietsſteuer im ganzen an Steuerpoſten 1 048 203, die Einkommen- und Klaffenſteuer 1 468 856, zuſammen alſo  $2\frac{1}{2}$  Millionen Steuerpoſten. Darauf ſind Mahnzettel ausgeſchrieben — wo alſo die Leute nicht prompt bezahlt haben — 647 981. Von dieſen Zetteln ſind erledigt durch Zahlung des Steuerreſtes nicht ganz die Hälfte, 308 814, durch fruchtloſe Zwangsvollſtreckung 244 968, (hört, hört!) durch Anmeldung bei der Abtheilung für Verzogene 85 302 — alſo Leute, die ſich der Steuerſchere in Berlin entziehen dadurch, daß ſie in die



Provinz hinausgehen; die werden sofort durch den Uriasbrief der „Abteilung für Verzogene“ dort kreditlos gemacht und außer stand gesetzt, sich neu zu etablieren, und sie kommen aus der Schere der Exekution nicht heraus; die Freizügigkeit hilft ihnen nichts, — sonst unerledigt geblieben und weiter zu verfolgen bleiben 8897.

Meine Herren, Sie werden daraus ersehen, wie ich vermute, daß die Zahl derjenigen, welche wegen der direkten Steuern in Preußen in Stadt und Gemeinde ausgepfändet werden, eine recht große ist.

Wenn Sie sich nun die Wirkung einer solchen Exekution vergegenwärtigen — es ist anzunehmen, daß, ehe es jemand dazu kommen läßt, er seinen Kredit beim Bäcker, Metzger, Milchmann ziemlich erschöpft haben wird, denn die sind noch nachsichtiger als der Steuerexekutor — nun erscheint der Exekutor, sofort geht der Kredit verloren, es wird ihm gekündigt, er fällt dadurch vielleicht einem gefälligen Manne in die Hände, der bereit ist, ihm das, was er braucht, zu hohen Zinsen vorzustrecken und sich in den Besitz dessen zu setzen, was der Ausgepfändete überhaupt noch hat, was von ihm noch herausgedrückt werden kann, oder er verfällt vor den Augen des Nachbarn der Thatsache, daß der Exekutor zu ihm kommt, das wenige an Hausrat, Wäsche und Mobilien, was sich ein junger Hausvater angeschafft hat, wird unter Siegel gelegt, zum Zwangsverkaufe gestellt, — vielleicht zu einem geringen Ertrage — eine Kommode, die für 15 Mark gekauft wurde, geht vielleicht für 3 Mark weg — daß das alles den Mann, der auf diese Weise in seinem Aufstreben auf der sozialen und wirtschaftlichen Leiter wieder zurückgeworfen wird, schwer kränkt, ihn mitunter zur Verzweiflung, manchmal zum

Selbstmord bringt, ihn jedenfalls mit Bitterkeit erfüllt, wenn der seiner Meinung nach überreiche Fiskus ihm wegen einer Kleinigkeit einen so ungeheuren Schaden an seinem häuslichen Besitztum, an seinem gesellschaftlichen Ansehen und an seinen aufstrebenden Hoffnungen zufügt, daß das den Mann mit Unzufriedenheit erfüllt, darüber, meine Herren, wird kein Zweifel sein, und ich schreibe einen großen Teil unserer Auswanderungen der Thatsache zu, daß die Auswanderer das Bedürfnis haben, sich der direkten Steuerschraube und Exekution zu entziehen und nach einem Lande hinzugehen, wo die Klassensteuer nicht existiert und wo sie außerdem die Annehmlichkeit haben, die Produkte ihrer Arbeit gegen fremde Konkurrenz beschützt zu wissen. (Sehr richtig! rechts.) Die amerikanischen Schutzzölle und die preussische Klassensteuer halte ich für die Hauptmotive der Auswanderung. (Zuruf aus dem Zentrum: O nein!) — Hauptsächlich, ich sage nicht ausschließlich, und es ist ja auch ganz natürlich. Ich weiß nicht, wer von den Herren Phantasie genug hat, sich in die Lage einer solchen, vom Steuerfiskus zerdrückten Existenz hineinzufühlen, daß da eine tiefe Bitterkeit eintritt gegen die Einrichtungen, unter denen er lebt, Einrichtungen, die in Frankreich, England, Amerika, in allen zivilisierten Staaten längst zu den überwundenen Standpunkten gehören, dort längst, weil dort die Fraktionspolitik die Regierung nicht hinderte, Verbesserungen einzuführen, dort längst durch weniger drückende indirekte Steuerquellen ersetzt sind, — daß er da nach andern Ländern geht, daß er gegen unsre Einrichtungen einen stillen Anfaß von Haß behält, das ist wohl nicht verwunderlich.

Nun finde ich es ganz erklärlich, daß eine Opposition,

welche die Absicht hat, die bestehende Regierung zu stürzen oder bei den Wahlen zu diskreditieren, einen Bedarf an Unzufriedenheit hat und gar keinen Grund, da, wo sie vorhanden ist, die Hand zu bieten, daß sie gemildert werde, solange diese mißliebige Regierung besteht. Die Opposition behält sich vielleicht vor, wenn sie selbst ans Ruder gelangt, sich dann das Verdienst zu erwerben, diese Leiden zu mildern. Es ist ja außerordentlich leicht, bei der Leichtgläubigkeit des Wählers und der ungeheuerlichen Verlogenheit unsrer kleinen Presse (sehr richtig! rechts) ist es ja außerordentlich leicht, den Wählern einzureden, daß eigentlich doch die Regierung an diesem allem schuld ist, obschon sie sich seit Jahren ehrlich und aufrichtig bemüht, diese Uebelstände abzuschaffen, obschon Seiner Majestät dem König die Leiden seiner Unterthanen schwer am Herzen liegen, und der König thut, was er kann; aber der König hat das Recht der Steuerbewilligung außer Händen gegeben, er hat die indirekte Steuerbewilligung an das Reich abgegeben, das Reich versagt sie ihm, Seine Majestät der König kann tiefen Schmerz empfinden, kann sich dabei aber verfassungsmäßig nicht helfen. Nun, diese Unzufriedenheit also auf die Regierung abzuwerfen, die Regierung anzuklagen, das ist ja der Presse gar nicht schwer. Das Motiv, weshalb wir mit unsern Reformen nicht vorwärts kommen, ist, daß es so sehr viel Leute gibt, die gar kein Bedürfnis und keine Neigung haben, der jetzigen Regierung bei irgend einer Verbesserung zu helfen. Es ist eine alte Whistregel: „dem Feinde keinen Stich!“ das heißt für Sie: der Regierung keinen Erfolg, denn „der Feind“ bei uns ist die Regierung. (Oho! und Unruhe links. Sehr richtig! rechts.)

Wie bereitwillig acceptiert der deutsche Wähler stets

die Behauptung, daß er eine Regierung hat, mit der er unzufrieden zu ſein berechtigt iſt; es iſt ihm ſogar nicht unlieb, wenn er eine ſolche wirklich hat, denn er hat noch ſo viel Gewiſſen, daß er ſich doch zuzeiten ſchämt, auf die Regierung, die es nicht verdient, zu ſchimpfen. Hat er eine, auf die er mit Recht ſchimpfen kann, ſo iſt es ihm eine angenehme Satiſfaktion. Das war das Erzeugniß der Politik in früheren Zeiten, wo die Regierungen im ganzen, ich will nicht ſagen ſchlechter und ungeſchickter waren, aber ſich weniger aus Eindrücken machten und mehr Macht hatten; da war das Schimpfen berechtigt, und es gehört zum deutſchen Bedürfniß, beim Biere von der Regierung ſchlecht zu reden, und wer den Ton anſchlägt, der hat noch heut Wähler, von dem ſagt man: das iſt unſer Mann, für den ſtimmen wir, das iſt kein Regierungsmenſch, der iſt nicht ſervil, der wird dem Kanzler „den Willen brechen“. Meine Herren, das iſt ja wirklich eine traurige Satiſfaktion, dem Kanzler den Willen zu brechen, wenn der Wille vielleicht berechtigt iſt, vielleicht zum Nutzen des Landes iſt. Das will doch erſt geprüft ſein; es kann ſein — es läßt ſich ohne Sie ja nichts machen, und wenn Sie nichts bewilligen wollen, ſo iſt es Ihr Recht und iſt ja gut; aber daß der Kaiſer als König von Preußen es ſchwer empfindet, daß er ſeinen Unterthanen nicht helfen kann, daß er ſich fragt: waren die Gründe, die mein Bruder, König Friedrich Wilhelm IV., derzeit gegen die Reichsverfaſſung hatte, die ihn abhielten, die Kaiſerkrone anzunehmen, vielleicht doch nicht ohne Berechtigung? habe ich wohlgethan, mich der Möglichkeit zu berauben, meinen Unterthanen zu helfen, indem ich die Quellen, die ich dazu anwenden könnte, aus den Händen gegeben und

von andern abhängig gemacht habe? Solche Nachgedanken können einem Könige, der seine von Gott ihm gegebene Mission ernst auffaßt, der ein Herz für die Leiden seiner Unterthanen hat, wohl kommen mit der Zeit. Daß eine parlamentarische Körperschaft, auch selbst die des preussischen Landtages, wenn die heißen Tage eintreten, dieselben ernstern Mitempfindungen für solche Notstände haben soll, wie der König von Preußen, das ist ja gar nicht zu verlangen. Eine Majorität hat viele Herzen, aber ein Herz hat sie nicht — ein König hat ein Herz für sich, was Leiden mitempfindet. Aber, die preussischen Landeskinde, die im Landtage sind, hätten so viel Herz für dieses Elend, welches sie aus den Druckschriften kennen, doch wohl haben können, daß sie der Sache ein paar Tage Sitzungen, auch bei gutem Wetter, mehr geliehen und nicht so unwillig die Sitzungen abgebrochen und der Regierung die Vorwürfe gemacht hätten, daß die Würde des Landtages beeinträchtigt werde durch die späte Vorlage. Ja, wir können die Vorlage nicht eher machen, ehe wir sie fertig haben, hören können wir auch nicht, wir müssen unsre Arbeitszeit irgendwie haben und Bedenken berücksichtigen und prüfen, auch wenn sie spät kommen; der Landtag hätte wohl Zeit haben können in den drei Wochen, die nach der Vorlage verloren wurden, das Wohl des Landes zu beraten und die Vorlage näher zu prüfen. Die Frage der Parallelsitzungen, die dabei den Hauptvorwand abgab, um uns der mangelnden Rücksicht zu zeihen, ist ja eine Zwangslage, aus der wir uns nicht retten können, denn wir können in den Sommermonaten vom Juni bis zum 1. Oktober die parlamentarischen Versammlungen nicht berufen, ohne uns schon einer Verstimmung auszusetzen, die sich nachher in

gewissem Uebelwollen gegen die Regierung fühlbar macht und namentlich bei denen, die, wenn sie nicht Abgeordnete sind, doch auch noch etwas Nützliches zu thun haben. Wir müssen also, wenn wir irgendwie können, diese vier Monate außer Rechnung lassen. Im Oktober ist es auch schwierig, teils noch aus denselben Gründen, teils müssen doch auch die Minister und der Bundesrat irgend eine Zeit zur Vorbereitung dessen haben, was sie vorlegen sollen. Sie können doch nicht verlangen, daß wir Tag und Nacht arbeiten, daß wir von eiserner Gesundheit sind, — Sie trauen uns das auch nicht zu. Kurz und gut, 5 Monate gehen ziemlich auf die Abneigung des Zusammenkommens und auf das Bedürfnis der ministeriellen Beratungen. Dann haben die parlamentarischen Körperschaften die Gewohnheit, zu Weihnachten, Ostern, Pfingsten jedesmal 3 Wochen Ferien zu machen, das macht 9 Wochen, das sind wiederum 2 Monate, damit sind 7 Monate verbraucht. Ist es nun möglich in den übrigen 5 Monaten, die bleiben, die Budgetfragen, wie sie bei uns betrieben werden, befriedigend zu erledigen, und Gesetze, welche die Notdurft des Landes, die Notlage unsrer Mitbürger betreffen, zu erledigen? Der preußische Landtag in diesem Frühjahr hat gezeigt, daß es nicht möglich ist, daß ihm die Zeit zur Prüfung der Not seiner Mitbürger und der preußischen gravamina fehlt. Das Bedürfnis des Königs von Preußen, Abhilfe zu schaffen, beschränkt sich nicht auf die Klassensteuer allein, es ist außerdem allgemein bekannt, daß unsre Gemeinden zum Teil trotz aller Klassensteuerexemptionen, die ich vorhin vortrug, doch in einer großen Notlage in Bezug auf ihre Finanzen sind, und daß die Regierung sehr geneigt ist, ihnen zu helfen. Sie kann dies aber nur,

wenn ihr Mittel dazu bewilligt werden. Ich habe hier eine Angabe über Gemeindebesteuerungen mitgebracht, die — es war dies in gewissen Gemeinden in der Rheinprovinz — Berechnung der Steuerbelastung eines für 1881/82 zur zweiten Klassenstufensteuer veranlagten, Grund- und Gebäudesteuer nicht entrichtenden Zensiten in verschiedenen rheinischen Gemeinden. Danach zahlt in der Stadt Witten jemand, der 6 Mark Klassensteuer entrichtet, 350 Prozent Zuschlag als Kommunalsteuer, worin die Schullast mit enthalten ist, da dieselbe auf den Kommunaletat übernommen ist — macht 21 Mark, 50 Prozent evangelische Kirchengeld — macht 3 Mark, zusammen wird aus den 6 Mark, die der Staat verlangt, 30 Mark. In der Stadt Wattenscheid stellt sich dieselbe Rechnung von 6 Mark durch denselben Zuschlag von Kommunalsteuer und evangelischer Schulsteuer auf 39 Mark 20 Pfennig; in der Stadt Hattingen von 6 Mark auf 34,08 Mark, in der Gemeinde Königsteele von 6 Mark auf 42,60 Mark, in andern wieder auf 39 Mark 2c.

Also Sie sehen, daß das eine sehr starke Belastung unsrer Gemeinden ist, und es ist zu vermuten, daß bei diesen Kommunalsteuern im ganzen nicht weniger Exekutionen stattfinden werden, als in den Staatssteuern, daß auch dort die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen künstlich genährt wird, namentlich in der Art, wie die Zuschläge zum Teil aufgebracht werden zur Häusersteuer, wobei die Schulden, die auf dem Hause lasten, vom Steuerobjekt nicht abgezogen werden. Rheinische und auch hannoversche Gemeinden sind, wie aus den öffentlichen Blättern bekannt ist, bei der Regierung eingekommen, man möchte ihnen gesondert gestatten, daß sie indirekte Steuern erheben. Sie sind also ihrerseits

auch vollständig zu der Ueberzeugung gelangt, die die Staatsregierung leitet, daß indirekte Steuern leichter zu tragen und leichter aufzubringen sind, als die direkten. Aber weit entfernt, für die Gesamtheit ihrer Mitbürger diese Erleichterung zu erstreben, durch ihre Abgeordneten die Regierung in dieser Richtung zu unterstützen, verlangen sie für sich das Privilegium, nur auf ihrem engeren Bezirk die Wohlthat der indirekten Steuer einzuführen und bei ihnen das Leiden der direkten abzustellen, es dann aber der misera contribuens plebs auf dem platten Lande zu überlassen, sich weiter zu helfen, wie sie kann. Sie haben dann ihrerseits kein Bedürfnis mehr und haben noch weniger Neigung als heute, die Regierung in ihren Reformbestrebungen zu unterstützen. Die Regierung aber hält an dem Prinzip fest: „gleiche Gerechtigkeit für alle“ und ist entschlossen, Privilegien in dieser Beziehung nicht zu geben. Daß die großen Städte ihrerseits, weil sie in noch höherem Maße als die Kreise und Landgemeinden eigentliche Staatslasten übernommen haben, bei einer Verteilung und bei einer Zuwendung von Erträgen indirekter Steuern, die wir vom Reich erstreben, stärker bedacht werden müssen, als die gleiche Kopfanzahl der sonstigen Bevölkerung, daß sie mit dem, was für sie in Aussicht genommen ist, Zuweisung der halben Gebäude- und Grundsteuer, nicht auskommen, ist ganz klar; es ist aber dann Sache der Prüfung und Bewilligung in den Verhandlungen des Landtags, wie der Hauptsache nach die Verteilung von Mitteln, sobald wir deren haben, stattfinden soll. Wir sind nicht bereit, einzelnen Klassen unsrer Mitbürger vor andern ein Privilegium zu geben, sondern die Erleichterung gleichmäßig zu schaffen für alle. Die Kreise sind in derselben Lage und bei ihnen ist die



Ungerechtigkeit des Zuschlages zu der Steuer, die ohne Rücksicht auf die Verschuldung der besteuerten Einnahmequelle auferlegt ist, allerdings in höherem Maße auf die Grundsteuer anwendbar, wie sie es auf die Häusersteuer ist.

Nun sind die Herren in den großen Städten gewöhnlich der Meinung, daß die Grundsteuer hauptsächlich den reichen Grundbesitzer treffe, der ihnen unangenehm auffällt, wenn er selbstzufrieden und wohlgenährt in die Stadt kommt, sich bei Borchardt oder sonstwo sehen läßt. Das ist aber entfernt nicht der Fall, und aus jedem statistischen Buche können Sie sich dahin belehren, daß die Gesamtheit der Gutsbesitzer, die noch lange nicht lauter reiche Leute sind, sondern vielfach arme, da auch dem kleinsten Besitze angehörige Zensiten zu den Gutsbezirken gehören, von den 42 Millionen Grundsteuer, die im ganzen bezahlt werden, nur 8 Millionen tragen, 28 Millionen auf den Kleinbesitz, auf die Landgemeinden fallen, und der Ueberrest auf die Städte. Wenn Sie also geneigt sind, über den Gutsbesitzer eine gewisse Ungerechtigkeit zu verhängen, weil er Ihrer Meinung nach eine üble Persönlichkeit ist, — so treffen Sie mit demselben Schlag, mit dem Sie einen Gutsbesitzer treffen, immer wahrscheinlich fünf arme Leute. Die Kreise, wie Sie aus den statistischen Listen ersehen, sind fast alle verschuldet und meist mit sehr starken Kreisbudgets belastet. Davon machen allein eine Ausnahme achtzehn hessische Kreise, und annähernd einige holsteinische; aber das nicht etwa, weil die Lasten, die sonst die Kreise verschulden und beschweren, dort überhaupt nicht getragen werden, — sie werden nur von andern Formationen getragen, so in Hannover von den Aemtern, so in der Rheinprovinz, in Hessen und in Holstein theils von den

Gemeinden, theils früher vom Staate, theils sind sie überhaupt erst existent geworden nach der preussischen Besitznahme.

Der einzige Kreis in der preussischen Monarchie, der vermöge seiner eignen Wohlhabenheit steuerfrei ist, ist das Herzogtum Lauenburg, welches von seinem Abgeordneten, Herrn Westphal, seiner Zeit hier als die „ausgequetschte Citrone“ bezeichnet wurde, die nach der „Ausquetschung“ mit dem Fuße fortgestoßen worden wäre. Das ist der einzige Kreis, der so reich ist, daß er keine Kreissteuern umzulegen braucht, der bares Vermögen hat, und der bei einer richtigen Art der Verwaltung seines Vermögens noch erheblich mehr zu leisten in der Lage wäre. Ich kenne die Verhältnisse sehr genau, weil ich — ich weiß nicht: 8 oder 10 Jahre — Minister dieses Ländchens gewesen und noch heute der größte Grundbesitzer in diesem Kreise bin und dadurch gezwungen werde, an den dortigen Kreisinteressen Anteil zu nehmen. Aber außerdem giebt es überhaupt keinen Kreis, der nicht entweder in sich, in seinen Korporationen oder in den Gemeinden, aus denen er besteht, verschuldet wäre. Auch diesen hat Seine Majestät der König von Preußen das Bedürfnis zu helfen, und er steht hilfesuchend vor der Pforte des Reichstags und klopft an, ob Sie ihm beistehen wollen, seine preussischen Unterthanen aus den ungerecht und drückend veranlagten Steuern zu befreien.

Ein dritter Punkt ist die Schule, deren Belastung auch in der Regel nicht nach ihrem vollen Werte gekannt wird. Aus den sehr lehrreichen Motiven, die der preussische Landtag nicht Zeit hatte zu verlesen und zu beraten, geht unter andrem hervor, daß die Schullasten in ihrer Gesamtheit für Personal- und Realausgaben zwischen

94 und 95 Millionen betragen, und daß sie die Belastung des Staates durch die Klassensteuer mehr als doppelt übersteigen, indem in Preußen auf den Kopf 3,59 Mark an Schullasten kommen und wahrscheinlich auch in demselben Bruchteil von Exekutionen, namentlich für diejenigen Lasten, die unter dem Namen von Schulgeld exigibel sind, von den ärmsten Mitgliedern der Gemeinde und immer in erhöhterem Maße von kinderreichen Familien als von kinderlosen oder einkinderigen, und wie es dabei für die Stellung des Lehrers eine betrübende Beziehung gibt, daß der Lehrer, der in Bezug auf Kleidung und Lebensstand doch gegenüber dem barfüßigen Schuljungen eine höhere Lebensstufe einnimmt, die Mutter durch die Kinder mahnen lassen muß wegen weniger Groschen Schulgeld. Schon im Interesse der Lehrer haben wir in Preußen das Bedürfnis, daß diese Sache aus der Welt geschafft wird.

Es sind außerdem noch die Ihnen bekannten Bedürfnisse des Königs von Preußen, seine Beamten auf diejenige Stellung im Gehalt zu bringen, die unter Vortritt der Reichseinrichtungen den Richtern bewilligt worden sind. Es besteht dabei eine Ungleichheit, die zu Unzufriedenheiten Anlaß giebt, und diese wird ausgeglichen werden müssen entweder durch eine Steigerung der Gehälter der übrigen Beamten oder durch Herabsetzung der jetzigen Richtergehälter. (Bewegung.)

Dasselbe findet statt in Bezug auf die Ungleichheit der Verstempelung des mobilen und immobilien Vermögens. Ihnen ist bekannt, und das Gravamen ist schon öfter vorgebracht, daß der Stempel der Immobilien ein ganz maßlos hoher ist, ebenfalls ganz ohne Rücksicht auf die Belastung eines Grundstücks mit Schulden; wenn es für 80 000 Thaler verkauft wird, und es sind 80 000

Thaler Schulden darauf, ſo muß es doch ſeine 800 Thaler Stempel zahlen, und das vermehrt die Noth des in Konkurs befindlichen oder ſonſtigen Beſizers. Es handelt ſich ja auch nicht immer um Grundſtücke von 80 000 Thaler, ſondern auch um kleinere. Jede Verpachtung wird in der ungerechten Weiſe verſtempelt, daß z. B. bei einer 30jährigen Verpachtung die ganze Summe zuſammengezählt wird, die der Pächter in 30 Jahren zu zahlen haben wird, und daß dieſe ſofort am Tage des Abſchlusses der Verpachtung verſtempelt werden muß, als wenn ſie heute gezahlt würde. Tritt inzwiſchen in der Perſon des Pächters eine Aenderung ein oder löſt ſich durch Konkurs oder ſonſt vor Ablauf der 30 Jahre dieſer Kontrakt, ſo wird der zu Unrecht verſtempelte Theil, und wenn der Vertrag auch noch 23 Jahre lief, nicht zurückbezahlt, ſondern der neue Pachtvertrag muß wieder neu und voll verſtempelt werden, und ſo kann man in die Lage kommen, bei einer längeren Pachtdauer drei-, viermal dieſelbe Summe für daſſelbe Geſchäft zu verſtempeln. Schon eine bloße Aenderung der Firma, daß ein Aſſocié ausſchied, hat mich in die Lage gebracht, einen neuen Pachtvertrag abzuschließen zu ſollen; ich habe mich dagegen mit Erfolg gewehrt, aber doch nur in verſchiedenen Inſtanzen. Dadurch wird die Exiſtenz aller Pächter unbillig beſchwert.

Wenn ich alle dieſe Gravamina, die der König von Preußen für ſeine Unterthanen beim Reich anbringt und für die er Deckung verlangt, hier einmal aufzählte, ſo habe ich damit nur das Bedürfniß, Ihnen die Größe der Noth, in der der preußiſche Steuerzahler ſich befindet, zu ſchildern. Keineswegs verbinde ich damit die Hoffnung, daß der geſamte Bedarf dieſer Summe nun mit einer Bewilligung gedeckt werden könnte. Aber ich glaube,

wir müssen doch ein Ziel anerkennen, nach dem gestrebt werden muß, dem man allmählich sich zu nähern sucht. Wir müssen wenigstens den guten Willen bethätigen, der Prüfung dieser Sache näher zu treten, sie nicht zu scheuen und nicht unter dem Vorwande, daß Witterung und Parallelsitzungen uns daran verhindern, uns die Prüfung der Noth unsrer Mitbürger zu versagen. Dieses Bedürfnis zur Anerkennung zu bringen, war unsre Hoffnung, als wir das Verwendungsgesetz dem preussischen Landtage vorlegten. Dieser Landtag hat unsre Hoffnung getäuscht, und wenn ich dazu nehme, daß auch mehrere der verbündeten Regierungen ihrerseits ein Bedürfnis zur Steigerung des Landeseinkommens aus Reichsquellen nicht empfinden, indem sie das Monopol abgelehnt haben, ohne einen andern Vorschlag oder auch nur die Neigung auszusprechen, auf andern Wegen zur Beschaffung der Mittel die Hand zu bieten, wenn ich dazu nehme, daß der Bericht Ihrer Kommission das Bedürfnis geradezu bestreitet und, ganz abgesehen von der Resolution Lingers, die sich in schroffen Gegensatz zu der königlichen Botschaft vom 17. November 1881 stellt und das Reich als bedürfnislos bezeichnet und seine Glieder, — wenn ich sehe, daß auch das Gutachten der Kommission dahin vorläufig sich äußert, daß kein Bedürfnis vorläge, die Allgemeinheit mit neuen Steuern zu belasten, wenn ich dazu nehme die indirekte Leugnung des Bedürfnisses, wie sie in der Abneigung des preussischen Landtages liegt, die Frage auch nur zu beraten, — wenn ich das alles zusammennehme, so kann ich zweifelhaft werden, ob das Bedürfnis, was Seine Majestät der König und seine Minister mit ihm in Preußen sehr lebhaft empfinden, im ganzen Lande empfunden wird, ob es wirklich vorhanden ist.

Wir ſtehen in Preußen vor neuen Wahlen, und ich rechne darauf, daß dieſe Wahlen uns darüber Auskunft und Entſcheidung bringen: fühlt das preußiſche Volk wirklich einen Steuerdruck, deſſen Erleichterung es wünſcht, oder nicht? Der biſherige Landtag hat uns eine Erklärung darüber verſagt. Wir erwarten, daß bei den bevorſtehenden Wahlen in Preußen die Frage ein Hauptkriterium bilde: ſoll die Klaſſenſteuer mit ihren Millionen Exekutionen beibehalten werden, mit ihrer Verfolgung der Verzogenen, das ganze veraltete Inſtitut? Soll die hohe Beſtattung der Gemeinden beibehalten werden, ohne ihnen zu helfen? Soll das Schulgeld beibehalten werden? Das werden Fragen ſein, über die der Ausfall der nächſten preußiſchen Wahlen der Regierung einen Fingerzeig und der Landtag eine durchſchlagende Antwort geben wird. Iſt der nächſte preußiſche Landtag gegen die Leiden ſeiner minderbegüterten Mitbürger ebenſo gleichgiltig wie der jezige, ja, dann, meine Herren, liegt vielleicht keine Not vor, ſonſt wäre er nicht gewählt worden, denn wozu der Lärm? was ſollen wir uns dann quälen mit der Sisyphusarbeit, eine weitere Erleichterung und Reform zu ſchaffen? — beneficia non obtruduntur! Ich kann das aushalten, ſobald ich ein reines Gewiſſen habe, und mein Gewiſſen zu befreien, iſt der Grund meines jederzeitigen Auftretens. Wollte der nächſte Landtag wiederum, wie der biſherige, ſich einer eingehenden Diſkuſſion der Bedürfniß- und Verwendungsfrage, einer Beſchluſſnahme darüber, welche Verwendung er haben will, verſagen, ſo könnte ich Seiner Majeſtät nur raten, ſo oft an die Wähler zu appellieren, biß darüber die notwendige Entſcheidung erreicht iſt, und ich werde kein Bedenken tragen, Seiner Majeſtät zu raten, den preußiſchen Landtag,

sobald er nur gewählt ist, zu berufen, ihm diese Frage zu stellen und ohne weiteres von neuem an die Wähler zu appellieren, wenn uns wiederum in der bisherigen Weise ausgewichen wird. Der Landtag kann beschließen, was er will, aber er darf sich die Beratung der Not seiner Mitbürger nicht versagen; wenn er das thut, so verdient er nicht den Namen „Volksvertretung“; (Bravo! rechts) die Volksvertretung liegt dann mehr bei dem Monarchen, der ein Herz hat für das Volk und dessen Leiden.

Ich habe schon erwähnt, daß wir das Monopol vorgeschlagen haben, weil wir dasselbe nach sorgfältiger Beratung und Erwägung der Sache für das beste und zweckmäßigste Mittel gehalten haben, dessen Ablehnung wir gebrauchen, bevor wir zu andern übergehen. Durch die Thatsache, die ja in die Augen springt, daß das Monopol sehr unpopulär ist und durch die Wahlarbeit künstlich noch unpopulärer gemacht ist, als es zu sein braucht, werden wir uns niemals abschrecken lassen, das vorzuschlagen, was wir für vernünftig halten. Ich frage gar nichts danach, ob eine Sache populär ist, ich frage nur danach, ob sie vernünftig und zweckmäßig ist; die Popularität ist eine vorübergehende Sache, die sich heute auf das, morgen auf jenes richtet, die ich genossen und verloren habe, worüber ich mich leicht tröste, sobald ich das Gefühl habe, meine Schuldigkeit zu thun, und das übrige stelle ich Gott anheim. Die Popularität einer Sache macht mich viel eher zweifelhaft und nötigt mich, mein Gewissen noch einmal zu fragen: ist sie auch wirklich vernünftig? Denn ich habe zu häufig gefunden, daß man auf Acclamation stößt, wenn man auf unrichtigem Wege ist. Also das interessiert mich nicht, ob die Sache

populär iſt, da meine Exiſtenz im Amte von jedem Wahlkreiſe unabhängig iſt, und der einzige Wähler, den ich habe, Seine Majeſtät der Kaiſer, mit mir zufrieden iſt. Alſo von Wahlfurcht und Sorgen, wie die Sache aufgenommen wird, bin ich nicht beherrſcht, und dieſe Freiheit erlauben Sie mir zu benutzen, denn die Freiheit iſt nicht viel vertreten in den parlamentariſchen Körperſchaften, da ſie ſich nicht unabhängig bewegen können von dem, was ein Wähler, von dem, was jedermann in ihren Wahlkreiſen aufwirft, der vielleicht im Liberalismus um ein paar Centimeter höher ſpringt als der Vorredner, und Mittel findet, ihn in ſeiner Stellung zu erſchüttern. Das iſt eine Fraktionsfrage, eine Mandatsfrage, wir aber ſind unabhängig von lokalen Verhältniſſen und Popularitäten. Die Frage iſt für mich allein die, ob der Vorzug, den wir dem Tabakmonopol geben, objektiv berechtigt iſt. Ich erlaube mir, unter den vielen Zeugniſſen, die mir in die Hand gekommen ſind, das eines Ausländers anzuführen, der auch von keinem deutſchen Wahlkreiſe abhängig iſt; es iſt ein vielen von Ihnen wohlbekannter Nationalökonom, Leroy-Beaulieu, der ſeinerſeits in ſeinem großen Werk über Finanzwiſſenſchaft vom Monopol ſagt:

Es fällt uns gar nicht ſchwer, die Steuer auf den Tabak zu billigen, ſelbſt wenn ſie zu ſehr hohem Saß und in der Form des Staatsfabrikationsmonopols eingehoben wird. Die Finanzen eines Landes müßten eigentümlich günſtig ſtehen, wenn es auf eine ſo unſchädliche, ſo moraliſche, ſo ergiebige Auflage, und auf eine ſo leichte Einhebungsweiſe verzichten wollte.

Der Mann iſt kein Freund unfres Regierungsprinzips; er iſt Freihändler.



Das Tabakmonopol hat selbst auf dem Standpunkt der Fabrikation und der Warenqualität nicht bloß Unzukömmlichkeiten; bei höchsten Steuerätzen liefert allein das Monopol unverfälschte Ware; das ist unzweifelhaft. Der (frühere) Vizepräsident des Reichstages Herr von Stauffenberg hat bemerkt: Wir Raucher wissen wohl, daß wir rauchen, aber nicht, was wir rauchen. Die Steuerätze in Frankreich sind viel höher als die vor drei Jahren in Deutschland diskutierten, gleichwohl sind die Fabrikate rein; das ist ein sehr starkes Argument für das Monopol. Die gemeinen Sorten französischen Tabaks sind, wie man weiß, sehr geschätzt. Wenn es sich um einen Gegenstand handelt, dessen Erzeugung nur Sorgfalt und Ehrlichkeit erheischt, und welcher überdies schädlich ist, ist das Monopol keine schlechte Sache, wenn es dem Staat jährlich 270 bis 280 Millionen Reinertrag liefert. Will man große Erträge aus dem Tabak ziehen, so hat man nur zwischen zwei Besteuerungssystemen die Wahl: demjenigen Englands und dem direkten oder indirekten (verpachteten) Staatsmonopol. Das direkte Staatsmonopol ist vorzuziehen; es bietet dem Raucher mehr Garantien . . . . Es ist nicht zu verwundern, wenn der Kanzler des Deutschen Reiches, Herr von Bismarck, daran gedacht hat, das Monopol in seinem Lande einzuführen. Man begreift nicht, wie ein Staat mit solchen Bedürfnissen sich damit zufrieden gibt, jährlich 20 Millionen aus einer Abgabe zu ziehen, welche bei guter Veranlagung das sechsfache und selbst das

zehnfache einbringen kann, ohne die ökonomiſche Lage des Reiches zu ſchädigen. Der Tabak iſt in Deutſchland geringer beſteuert als die geſunden Getränke; das iſt finanziell eine Abſurdität und moraliſch ein Skandal. Man macht geltend, die Einführung des Monopols koſte 300 Millionen Francs und werde lebhaftem Widerſtand begegnen; aber der Ertrag rechtfertigt es, daß man dieſe Ausgabe macht und einer vorübergehenden Unpopularität ſich ausſetzt.

Nun, meine Herren, der Bericht der Kommiſſion entkräftet keine dieſer Angaben. Ich habe den Bericht überhaupt mit Ueberrafchung geſehen; der Herr Verfaffer hat das ganze — allerdings ſehr umfangreiche Material, welches die Enquete von 1878 über dieſe Frage bietet, unbenutzt gelaffen, das ganze Material, welches für die Bedürfnisfrage die Motive des preußiſchen Verwendungsgesetzes geben, vielleicht gar nicht gekannt, jedenfalls unbenutzt gelaffen; alſo die Frage, ob wir überhaupt Geld brauchen, iſt gar nicht erörtert, und erſt, wenn dieſe klar iſt, können wir darüber reden, ob Monopol oder nicht. Das Ganze macht auf mich den Eindruck des Requiſitoriums eines Staatsanwaltes, der à tout prix eine Verurteilung braucht. Ich ſehe keine Berücksichtigung, keine Erwähnung des Regierungsſtandpunktes darin; die Kritik, die es enthält, haftet an Neußerlichkeiten, Detailfragen, einzelnen techniſchen Poſitionen — darüber ließe ſich ja diſkutieren und amendieren. An der Spitze von allen Einwendungen ſteht am wunderlichſten: die Beſchwerde darüber, daß die Straßburger Manufaktur ſich geweigert hätte, ihre Bücher vorzulegen. Was in aller Welt hat die Straßburger Manufaktur, die

außerhalb der Monopolverhältnisse steht, mit der Frage zu thun, ob der Staat, das Reich Bedürfnisse hat, die durch indirekte Steuern, durch neue Steuern befriedigt werden sollen und ob das Monopol der nützlichste Weg dazu ist? Bekanntlich wirtschaftet die Fabrik ohne Monopol, und sie könnte geschickt oder ungeschickt geführt sein, sie könnte Schätze sammeln oder sie könnte dicht vorm Bankerott sein, es würde uns nicht die leiseste Aufklärung über die Frage liefern, mit der wir uns hier beschäftigen, und ich halte es für einen unnötigen Wortverbrauch, durch Vorwendung von dergleichen Neußerlichkeiten die Diskussion des innern Kerns der Frage zu hindern. Aus dem ganzen Verlangen leuchtet die Auffassung der konkurrierenden Landsleute des Herrn Referenten vor, denen die Tabakfabrik in Straßburg ein Dorn im Auge ist. — Aber wenn der Herr Verfasser damit die Rentabilität des Monopols in Frage stellen will, weil etwa die Straßburger Manufaktur infolge nicht richtiger oder französischer Leitung nicht genügende Erträge brächte, was ich nicht weiß, so trifft dies Argument in keiner Weise die Rentabilität des Monopols; diese ist ja vollständig ad oculos demonstriert durch die Ergebnisse, die es in unsern Nachbarstaaten hat; dort ist die Sache geprobt, und sie wird toto die geprobt, und die Frage, ob das Monopol 1815 etwas eingebracht in Frankreich oder 1845, ist ebenso irrelevant, wie die Frage der Straßburger Manufaktur. Seit 1815 hat der Franzose überhaupt erst rauchen gelernt, und 1845 war selbst bei uns in Deutschland das Cigarrenrauchen eine Art von Privilegium der größeren Städte und wohlhabenden Leute, es war noch nicht in allgemeinen Gebrauch übergegangen; also der Vergleich hat gar keine Bedeutung. Wer in

Frankreich und England gewesen ist vor 40 Jahren und wieder hinkommt, wird erstaunt sein, wie das Rauchen zugenommen hat in Frankreich und in demselben Maße in England; was die Franzosen im Rauchen leisten können, können die Deutschen auch (Heiterkeit), und mehr als die. Die Rentabilität ist vollständig außer Betracht und auch an unsern einheimischen Fabriken und Händlern bis zur Evidenz nachgewiesen. Ich habe in der langen Zeit, daß ich mich mit der Monopolfrage beschäftigt habe — ich kann es aktenmäßig nachweisen, zurück bis zum Jahre 1867, wo ich zuerst bei dem Anerbieten der Stellung, die er nachher einnahm, den Minister Delbrück, ehe ich ihm Vorschläge machte, durch einen unter uns anwesenden Abgeordneten darüber sondierte, wie er über die Monopolfrage dächte, und es Seiner Majestät dem Könige mitteilte — mich davon überzeugt, daß in dieser Beziehung keine Schwierigkeiten sein würden, sobald ein Substrat vorliege, so dauerhaft wie das Deutsche Reich von ihm veranschlagt wurde und nicht mehr der kündbare Zollverein. Ich habe außerdem schon im Jahre 1878 daraus gar kein Hehl gemacht, daß ich die Besteuerung als Durchgangsform zum Monopol erstrebte, und die betreffenden Akten geben darüber Aufschluß; ich habe mich nur dem fiskalischen Prinzip nicht anschließen wollen, zuerst durch die Modalität der verlangten Steuern die Tabakfabrikation zu ruinieren, um nachher eine mindere Entschädigung zahlen zu müssen. Es liegt aber meiner Meinung nach die Zeit nicht fern, wo das Monopol allmählich populär werden wird, zuerst bei den Tabakbauern, wo es ja jetzt schon in denjenigen, die wirklich die Weltverhältnisse übersehen können und die so zivilisiert sind, daß sie nicht jeder Unwahrheit

über die Wirkung des Monopols zugänglich sind, populär ist. Es ist darin sehr lehrreich, was z. B. in der Pfalz darüber gesagt wird, von wo ich von der Hauptgemeinde dort erst kürzlich eine Petition mit der Bitte bekam, an dem Monopol festzuhalten, und worin ich eine Notiz finde über die Stellung des Elsaß dazu; da heißt es:

Wenn noch Zweifel über die Gründe beständen, warum die reichsländischen Reichstagsabgeordneten sich auf die Seite der Gegner des Monopols stellten, so wären dieselben endgiltig durch die Ausführungen beseitigt, welche der „Eypreß“ dieser Tage veröffentlichte.

Einer der Abgeordneten machte nämlich den Versuch, die elsass-lothringische Vertretung im Reichstage gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß sie sich in dieser Angelegenheit in Gegensatz zu der ausgesprochenen Ansicht ihrer Wähler gesetzt habe. Die wirtschaftlichen und finanziellen Vorteile der Vorlage, heißt es in dem Artikel, müssen vollkommen anerkannt werden. Wenn gleichwohl die reichsländischen Abgeordneten das Wort zur Verteidigung des Monopols nicht ergriffen haben, so seien sie im letzten Augenblicke durch politische Bedenken davon abgehalten worden.

Nun, die politischen Bedenken kann man sich vorstellen, worin sie bestehen, — Sie fürchten das Reich zu kräftigen durch Bewilligung des Monopols; aber im übrigen geht daraus hervor, daß die Elsasser Abgeordneten ihren Wählern gegenüber genötigt sind, durch politische Gründe, reichsunfreundliche politische Gründe, ihre Abstimmung gegen das Monopol zu rechtfertigen.

Die Rentabilität ist keine terra incognita, auch bei

uns nicht. Wenn Sie die Listen der Ladenmieten hier in Berlin für die Cigarrenhändler durchgehen, wie sie für kleine Lokale bis zu 9000 Mark steigen, so muß das Geschäft doch etwas abwerfen. Mir hat ein persönlich befreundeter Inhaber einer der größten Cigarrenfabriken in Schleswig-Holstein darüber mitgeteilt, daß er seinerseits als Hauptprodukt eine Gattung Cigarren fertigt, die von seinen Abnehmern unter verschiedenen Nummern verkauft wird; er erhalte seinerseits für das Tausend 28 Mark, die Herstellung dieser tausend Cigarren koste ihm 18 Mark und, wenn er eine so große Einrichtung hätte wie im Monopol, vielleicht nur 17; aber für ein Fabrikat, was mit 18 Mark zu Buche steht, bekäme er 28 Mark, das sind ungefähr 60 Prozent. Er sagt ferner: wenn ich zufällig meine Cigarren nicht bei mir habe, dann muß ich diese von mir zu 18 Mark hergestellten Cigarren mit 5 Mark per 100, mit 50 Mark per 1000 meinerseits bezahlen, um sie zu rauchen, und wenn ich sie einzeln kaufe, kosten sie überall 5 Pfennig. Das ist etwa 75 Prozent, was der Händler Profit nimmt; zwischen beiden stecken also etwa 130 Prozent, die an dem Geschäft profitiert werden. Wenn Sie danach die Rentabilität bezweifeln, so glaube ich nicht, daß Sie das mit Ueberzeugung thun können. Das Monopol ist keine terra incognita mehr, seine Ergebnisse sind anderwärts vollständig bekannt.

Was die sonstigen Einwendungen gegen das Monopol betrifft, so will ich zuerst eine Frage berühren, die, soviel ich habe sehen können, in dem Bericht gar nicht berührt ist. Es ist das die Arbeiterfrage. Die hat früher eine große Rolle gespielt. Ich habe behaupten hören, es würden 400 000 Arbeiter brotlos, dann waren

es 40 000, und ich weiß nicht, welche phantastischen Ziffern den Wählern darüber beigebracht sind. Das einzige amtliche Material, was wir darüber haben und was zuverlässig ist, liegt in der Tabaksenquete von 1878. Da ist die Zahl der gesamten in der Tabakfabrikation beschäftigten Arbeiter auf 110 000 angegeben, von denen 4000 außerhalb des Zollvereins wohnen. Die Zahl aller der in dem Tabakhandel beschäftigten Individuen — und in ihnen liegt der Hauptwiderstand — ist angegeben auf 8525 Köpfe im ganzen Deutschen Reich. Die regieren ihrerseits die heutige Bewegung und haben ja einen erheblichen Einfluß, und jeder, der Opposition gegen die Regierung treibt, steht ihnen ja bereitwillig bei. Aber diese 110 000 Arbeiter mitsamt den 8000 im Handel beschäftigten, also sagen wir 120 000 Leute, würde die Regie doch mit Leichtigkeit absorbieren und unterbringen, und es werden da keine Arbeiter brotlos. Wenn Sie jeden, der ab und zu als Kellner oder sonst mit Cigarren handelt, oder jeden, der in dem Materialladen zwischen Häringssäffern und Petroleum auch ein paar Cigarren stecken hat, dazu rechnen wollen, dann freilich werden Sie höher kommen. Aber die Enquete liegt vor; sie ist amtlich, hier ist sie gedruckt. Seite 14 in Nr. 37 der damaligen Drucksachen giebt keine höhere Ziffer an.

Diesen Arbeitern würde es keinesfalls so schlecht gehen; es würde besser für sie gesorgt werden, als z. B. für die meiner Rechnung nach ca. 100 000 Arbeiter der Eisenindustrie, die vor einigen Jahren dem Moloch des Freihandels ohne alles Mitleid geopfert wurden. (Sehr wahr! rechts.) Ist denn der Eisenarbeiter seinerseits minderwertiger als der Tabakarbeiter? Wenn wir das Tabakgeschäft schädigen, werden wir angeklagt, als wenn

wir uns an den Heiligtümern der Nation vergriffen hätten. Und damals wurden lediglich aus theoretischen Freihandelstendenzen von den, mögen es 4- oder 600 000 sein — die Statistiken sind sehr unvollkommen in dieser Beziehung — aber ca. 100 000 Arbeiter in der Eisenindustrie ganz sicher brotlos, und um ihr Schicksal hat sich kein Mensch gekümmert, weder um sie, noch um ihre Frauen und Kinder. Während der Einführung des Eisenbahnmonopols in früheren Zeiten — ob da die Fuhrleute, die Gastwirte brotlos wurden, wer hat danach gefragt? Und das Eisenbahnmonopol war meines Erachtens sehr viel ungerechter, in dem Maße ungerechter, als es ein Privatmonopol war. Eine an Privataktien- gesellschaften verpachtete Ausbeutung der Verkehrsbedürfnisse einer Provinz — das war der Ausdruck für das faktische Eisenbahnmonopol. Das Monopol entstand notwendig, nachdem alle andern Transportmittel tot gemacht waren, und jeder, der sie brauchte, der Eisenbahn in die Hände fallen mußte, nachdem man nach Analogie der französischen Generalpächter der Steuern einer Provinz die Ausbeutung des Verkehrs einer Landschaft an eine Privatgesellschaft abließ, um daraus so hohe Aktien- dividenden herauszuschneiden wie möglich — das war ein außerordentlicher Mißbrauch des steuerzahlenden und verkehrsbedürftigen Publikums zu gunsten der Kapitalisten, die dieses Monopol der Eisenbahnen erhielten. Wer hätte daran gedacht, die Brennereien zu entschädigen, als 1820 das jetzt mutatis mutandis noch geltende Brennereigesetz eingeführt wurde? Da gingen zwischen 20- bis 30 000 landwirtschaftliche Brennereien ein, (sehr richtig!) die nicht mehr bestehen. Die Besitzer haben das Schicksal getragen mit der Ergebenheit und Bescheidenheit, die man



von einem Landwirte überhaupt in steuerlicher Beziehung erwartet. (Heiterkeit.) Sie haben gehungert, haben gehorcht, sind zum Teil bankerott geworden und ihrer Wege gegangen. Es ist kein Geschrei gewesen, und es waren nicht lauter Landjunker, (Heiterkeit) es waren eine Menge Bürgerliche darunter. So schlecht soll es also den Tabakarbeitern nicht ergehen.

Auch die Leiden der Stadt Bremen, die dem Herrn Referenten am Herzen liegen müssen, als die seiner engeren Heimat, werden nicht so schwer sein, wie er sich vorstellt. Tabakhandel wird die Regie auch brauchen, und es ist nicht zu denken, warum sie nicht durch die geübten und erfahrenen Bremer Firmen ihre Geschäfte besorgen sollte. Ich wenigstens würde mich dem nie widersetzen, — ich werde es ja nicht erleben, aber ich spreche nur meine Ansicht aus, um den Sinn klar zu machen, in dem ich die Vorlage gemeint habe. Man würde doch immer noch den bisherigen Handelsweg festhalten, um das Rohmaterial zu beziehen. Ich erinnere die älteren Herren daran, daß Hamburg früher der Hauptort für indischen Zucker war. Hamburg wimmelte von Zuckersiedereien. In Hamburg gab es allein 90 Zuckermakler. Wie groß muß die Zahl der dortigen Fabrikarbeiter gewesen sein! Durch die Entwicklung des Rübenzuckers und zum Teil auch durch die Zollgesetzgebung ist diese Hamburger Industrie, ohne welche Hamburg damals nicht leben zu können glaubte und bankerott zu werden fürchtete, zu Grunde gegangen. Solche Fälle sind öfter vorgekommen, und immer ist man wieder zu neuer Blüte gekommen, von den Kalamitäten nichts mehr zu spüren. Und wie es mit dem Zusammenbruch der indischen Zuckerraffinerien und Siedereien gewesen ist, so wird es auch bei

Bremen mit dem Tabak gehen, daß es in ein paar Jahren überwunden ſein wird.

Aber den Vorwurf des Sozialismus möchte ich noch erwähnen. Sozialiſtiſch ſind viele Maßregeln, die wir getroffen haben, die wir zum großen Heile des Landes getroffen haben, und etwas mehr Sozialismus wird ſich der Staat bei unſrem Reiche überhaupt angewöhnen müſſen. (Sehr richtig!) Wir werden den Bedürfniffen auf dem Gebiete des Sozialismus reformierend entgegenkommen müſſen, wenn wir dieſelbe Weiſheit beobachten wollen, die in Preußen die Stein- und Hardenbergſche Geſetzgebung bezüglich der Emanzipation der Bauern beobachtet hat. Auch das war Sozialismus, dem einen das Gut zu nehmen, dem andern zu geben, ein ſehr viel ſtärkerer Sozialismus als ein Monopol. Ich freue mich, daß es ſo gekommen iſt, daß man dieſen Sozialismus geübt hat; wir haben dadurch einen ſehr wohlhabenden, freien Bauernſtand erhalten, und ich hoffe, wir werden mit der Zeit ähnliches für die Arbeiter erreichen, — ob ich es erlebe, kann ich bei dem allgemeinen, prinzipiellen Widerſtande, der mir auf allen Seiten entgegentritt und mich ermüdet, nicht wiſſen. — Aber Sie werden genötigt ſein, dem Staate ein paar Tropfen ſozialen Oels im Rezepte beizugeben, wie viel, weiß ich nicht, aber es wäre meines Erachtens eine große Vernachläſſigung der Pflichten der Geſetzgebung, wenn ſie die Reform auf dem Gebiete der Arbeiterfrage nicht erſtreben würde, von der wir den Anfang Ihnen jetzt gebracht haben, wenn wir auch zur unbequemen Sommerzeit kaum erwarten können, daß Sie ſofort bis zum Ende durchberaten. Sozialiſtiſch war die Herſtellung der Freiheit des Bauernſtandes; ſozialiſtiſch iſt jede Expropriation zu gunſten der Eisenbahnen;

sozialistisch im höchsten Grade ist z. B. die Kommassation, die Zusammenlegung der Grundstücke, die dem einen genommen werden — in vielen Provinzen ist das Gesetz — und dem andern gegeben, bloß weil der andre sie bequemer bewirtschaften kann; sozialistisch ist die Expropriation nach der Wassergesetzgebung, wegen der Verlesung u. s. w., wo dem einen sein Grundstück genommen werden kann, weil es ein anderer besser bewirtschaften kann; sozialistisch ist die ganze Armenpflege, der Schulzwang, der Wegebau, d. h. der Zwang zum Wegebau, indem ich auf meinen Grundstücken einen Weg für die Durchreisenden unterhalten muß. Das ist alles sozialistisch. Ich könnte das Register noch weiter vervollständigen; aber wenn Sie glauben, mit dem Worte „Sozialismus“ jemand Schrecken einflößen zu können oder Gespenster zu zitieren, so stehen Sie auf einem Standpunkte, den ich längst überwunden habe, und dessen Ueberwindung für die ganze Reichsgesetzgebung durchaus notwendig ist.

Nun, wenn ich hier einen Panegyrikus für das Monopol halte, so will ich damit nur motivieren, warum wir gerade diesen Weg, trotz seiner Unpopularität, zuerst vorgeschlagen haben, daß wir Ihnen aber das volle Recht zuerkennen, zwischen den Wegen eine Auswahl zu treffen; die Frage liegt auf Ihrem Gebiete und in Ihrer Attribution, und ich kann nur mit einer alten Berliner Redensart sagen: Darum keine Feindschaft, wenn Sie das Monopol ablehnen! Nur mögen Sie es uns auch nicht übel nehmen, daß wir es vorgeschlagen haben, und ich begreife gar nicht, wo der Zorn herkommt, als wären wir mit Landesverrat und Verkennung aller konstitutionellen Rechte und Verfassungsbruch zu Werke gegangen. Wenn wir Ihnen einfach eine Vorlage darüber bringen,

ob Sie das Geld, das gebraucht wird, auf dieſem Wege aufbringen oder auf einem andern Wege — Ihre Berechtigung zur Ablehnung in Zweifel zu ziehen, wird niemand einfallen —, ſo verſtehe ich nicht, warum der zornige Eifer über dieſe reine Utilitätsfrage überhaupt entſtanden iſt. Ich kann ihn nur auf demſelben Gebiete ſuchen, auf dem ich die Urſachen der Abneigung ſuche, dieſe Fragen überhaupt zu diſkutieren. Ich habe den Eindruck von dem Verhalten des preußiſchen Landtages und der da führenden und herrſchenden Parteien und von dem Verhalten des Reichstags dem jetzigen Monopolgeſetze gegenüber, daß die Gegner der Regierung die Diſkuſſion ſcheuen; ſie ſuchen ſie zu verhüten und, ſoweit das nicht gelingt, die Sache ſo raſch und flüchtig wie möglich abzumachen, ohne gründliche Prüfung der Fragen für und wider. Das iſt ein ſehr brillantes Zeugnis für die Richtigkeit der Vorlage. Sie ſcheuen die gründlichſte Diſkuſſion derſelben, wir aber nicht; und wenn Sie uns durch eine ganz beſtimmte Weigerung nötigen, ſie einſtweilen vom Brette abzuschieben, ſo werden Sie die Verantwortlichkeit dafür tragen vor dem Volke. Wir lehnen die Laſt dieſer Verantwortung von jetzt an ab, wir bedauern, daß Sie ſich ſo beſtimmt dagegen erklären; aber in der Thatſache, daß Sie die Diſkuſſion ſcheuen, finde ich zugleich die Begründung der Ueberzeugung, daß der Gedanke ſich ſchließlich doch durchſchlagen wird, wie Goethe von dem braven Reiter und dem guten Regen ſagt: er findet ſeinen Weg überall. Ein Miniſter kann ja heute bei der hochgradigen Wahltechnik niedergelogen werden, aber ein Gedanke, der richtig iſt, kann auf die Dauer nicht niedergelogen werden, und wäre er unrichtig, ſo mag er meinethalben in die Brüche

gehen. Ich halte ihn für richtig und glaube, er wird sich mit Erfolg schlagen und er wird noch von andern Leuten in Zukunft mit Ueberzeugung vertreten werden. Ich habe kein Bedürfnis, ihn jetzt wieder aufzunehmen. Lehnen Sie also immerhin das Monopol ab, — die Regierung wird dadurch nicht aus ihrer Bahn geschoben werden, aber glauben Sie nur nicht, daß Sie mit der Ablehnung die Reformfrage aus der Welt schaffen, weder die Reformfrage noch die Frage, ob der Tabak höher besteuert werden könnte. Sie kann aufgeschoben werden, wird aber immer wieder kommen. Mit der einfachen Ablehnung schaffen Sie auch den Steuerexekutor nicht aus der Welt, und der muß doch aus unsrer Steuererhebung beseitigt werden, wenn wir in steuerlicher Beziehung die reine Wäsche einer zivilisierten Nation uns erwerben wollen. Also ich habe genug gethan und sage mit dem kurzen französischen Ausdruck, was das Monopol anbelangt: j'en ai fait mon deuil — ich bin die Verantwortung los.

Die Unausführbarkeit der Abhilfe wird Seiner Majestät dem Kaiser als König von Preußen sehr schmerzlich sein, daß er seinen Unterthanen nicht helfen kann. Ich werde aber, so viel nur meine Kräfte erlauben, nicht müde werden, nach andern Plänen und Mitteln zu suchen, um diesen Leiden meiner Mitbürger Abhilfe zu schaffen. Ich fürchte allerdings, daß ich damit ebensowenig Erfolg haben werde, wie mit den bisherigen Bemühungen im Monopol und wie beispielsweise, — es wird ja sehr viel von der Besteuerung der Getränke gesprochen, es war im Jahre 1880 oder 1881, da hatten wir ein Schanksteuergesetz vorgelegt, was namentlich den Branntwein erheblich besteuern sollte. Ja, das ist einfach abgelehnt

worden, kaum mit einer tieferen Begründung, als daß man es uns eben nicht bewilligen wollte. Ich befinde mich da in meinen Bemühungen, ich möchte sagen, einem Ring von Fraktionen gegenüber, wo ich voraussehe, daß jeder Schritt, den ich nach irgend einer Richtung behufs der Reform thue, erfolglos sein wird, weil die Fraktionen, auf deren Zustimmung es ankommt, entweder der Regierung überhaupt keinen Erfolg gönnen, oder doch nur unter gewissen Bedingungen mit irgend einem „do ut des“, was die Regierung in dem Maße nicht leisten kann. Wir würden die Unterstützung mancher Fraktion vielleicht haben, wenn wir uns in ihren Dienst begeben, wenn wir dem Kaiser zureden wollten, irgend ein Canossa zu machen, — ich meine nicht ein klerikales (Heiterkeit und Zuruf links), ich meine ein liberales Canossa. Kaiser Heinrich IV. hatte auch die Wahl zwischen vielen Gegnern, und ich erinnere Sie daran, daß vor ihm, unter Heinrich III., noch das Deutsche Reich in höchster Machtfülle dastand, und zwar seit lange, seit den karolingischen und sächsischen Kaisern her, und die kurze Zeit der Minorität Heinrichs IV. hat hingereicht, um den dem deutschen Gemüte einwohnenden zentrifugalen Elementen eine solche Stärke zu schaffen, daß Heinrich IV., den man dafür zu hart beurteilt, in der Notwendigkeit war, mit einem seiner Gegner Frieden zu machen, um gegen den andern freie Hand zu bekommen. Er unterwarf sich dem Papste, als dem bedeutendsten, nicht etwa aus Kirchlichkeit, aus Christlichkeit, — in ihm steckte das germanische Arianerblut, und die Art, wie er sich benahm, nachdem er aus dem Bann gethan war, gibt darüber vollständige Klarheit; aber er war politisch in der Notwendigkeit, eine der Parteien, der reichsfeindlichen Parteien, die im Reiche

ihm gegenüberstand, zu versöhnen. Hätte er sich gebeugt vor den Großen des Reiches, vor den damaligen Billungen oder Welfen oder vor den Sezess . . . — (große Heiterkeit links) vor den partikularistischen Niedersachsen, ich meine die plattdeutschen alten Sachsen, hätte er sich vor denen gebeugt, dann würde der Klang, den der Name Canossa in den deutschen Reminiscenzen hat, vielleicht Harzburg oder Mainz oder einen andern Namen tragen. Kurz und gut, die deutsche Reichsgewalt ist schon öfter in die Lage gekommen, sich einem ihrer Gegner zu fügen und mit ihm zu paktieren, um gegen die andern freie Hand zu bekommen, und es hängt ja von jeder Regierung ab, welche Wahl, wenn sie überhaupt dazu kommt, sie darin treffen will. Es wird in diese Verlegenheit immer nur eine Parteiregierung kommen. Wir, eine unparteiische, von jedem Partikularismus freie, wie die bisherige Reichsregierung, können in diese Lage nicht gut kommen; die deutschen Großen, die die Reichseinheit unter Heinrich IV. in Frage stellten, die niedersächsischen Partikularisten von damals, diese Großen gefährden die Reichseinheit nicht mehr. Wir haben statt ihrer die Zerstückung in 25 souveräne Staaten, deren Grenzen wiederum durchschnitten sind von den viel tiefer einschneidenden Grenzen von 8 bis 10 Fraktionen, so daß wir zu 200 bis 250 Partikeln des Deutschen Reichs kommen und der Partikularismus der Dynastien und der Regierungen ist sehr rückgängig geworden. Sie werden das ja auch in Ihren Fraktionen fühlen, daß er bei den Abgeordneten viel lebendiger geworden ist in letzterer Zeit.

Diesem Fraktionspartikularismus befindet sich nun die Reichsregierung mit ihren Einheitsbestrebungen gegenüber, und ich habe das Gefühl, uns durch die Fraktionen

überhaupt dilatorisch behandelt zu ſehen; es giebt da viele Leute, die denken: „Zeit gewonnen, alles gewonnen, interim fit aliquid, und dann wird alles anders, und dann mit dem Hochdruck der Macht der Neuwahlen, dann werden wir eine große Partei ſchaffen.“ Es iſt ja alles möglich, ich kann in die Zukunft nicht ſehen. Meine Mitwirkung kann dazu nicht in Ausſicht genommen werden, und ich bin überhaupt nicht mehr in der Lage, viel zu wirken auf dieſer Welt, und ich habe das Gefühl, daß keiner dieſer Regierung irgend einen Erfolg noch gönnt; man meint: warum ſollen wir die noch befeſtigen in ihrer Exiſtenz, wie lange kann die überhaupt noch dauern, dann fängt unſer Reich an! Nun, ich will es abwarten, aber es würde Ihnen das auch gar nicht helfen, wenn irgend eine Partei, eine Fraktion zur Regierung käme. Einmal, es iſt in Deutschland und in Preußen keine ſtark genug, um die Regierung zu führen, und auch nicht, wenn ſie alle Unterſtützung hätte, die ſie dabei nur wünſchen könnte, dann iſt weder Deutschland noch Preußen von dem Parteistandpunkt überhaupt zu regieren, das liegt in unſern Fraktionsverhältniſſen, und die Fraktionskrankheit iſt ja eine, an der das konſtitutionelle Prinzip überhaupt in allen Ländern ſchwer leidet und in manchen zu Grunde gehen kann. (Hört! hört! rechts.) Die Fraktion iſt etwas, was ſich ja als eine große Bequemlichkeit des politiſchen Verkehrs für jeden neu eintretenden Abgeordneten erweiſt. Wer ſich nicht berufen fühlt, der großen Geſamtheit des Reiches perſönlich gegenüber zu treten, der findet eine anſprechende Vermittlung in dem Eintritt in eine Fraktion. Er hat vielleicht nicht das politiſche Kapital bei ſich, um ſich hinreichende Geltung zu verſchaffen ohne eine ſolche Vermittlung, aber er hat immer



genug Kapital, um für die Aktiengesellschaft, die politische Gründung, die eine Partei in sich bildet, (Oh! links) einen Einschuß und eine Mitwirkung zu leisten. Er wartet auf seine politische Dividende und hat außerdem eine große Bequemlichkeit, er braucht sich keine eigene Meinung zu bilden, er kriegt sie fertig geliefert von der Majorität, (Bravo! rechts) und wenn er zu Hause diskutiert, so braucht er sich nicht zu rechtfertigen, er kann sagen: die Majorität unserer Freunde war dafür, und die Fraktionstaktik hat es notwendig gemacht, so zu handeln. Stat pro ratione numerus! Die Fraktion hat sich entschieden, die sachliche Seite ist vollständig gleichgültig.

Auf der andern Seite liegt in dem Fraktionswesen eine große Schädigung unserer politischen Leistungsfähigkeit. Ich glaube, daß unsere politisch begabten Männer, unsere Staatsmänner, durch die Fraktion, durch das Fraktionsleben dem Staatsleben entzogen und entfremdet werden. Ich habe den Eindruck, daß in unserm heutigen politischen Leben überhaupt der Satz gilt: „Fraktion geht vor Reich“, „das Aktienunternehmen geht vor der Allgemeinheit“. Man hat mir einmal eine ähnliche Aeußerung schuld gegeben: „Gewalt geht vor Recht.“ Das war eine Lüge, das habe ich nie gesagt.

Dies ist mein Eindruck, den ich habe. Der Führer einer Fraktion wird für seine Verwendbarkeit im großen und für die Möglichkeit seiner politischen Zukunft im ganzen geschädigt. Ich will ja nicht davon sprechen, daß ohnehin, wie man sagt, unsere bedeutendsten und edelsten Kräfte im Hausierhandel beschäftigt sind. (Große Heiterkeit. Rufe rechts und im Zentrum: Sehr gut!) Aber die wir für die Politik dabei übrig haben, werden durch das Fraktionswesen in die Lage gesetzt, daß sie, wenn

eſ darauf ankommt, die Regierung zu übernehmen, den Fraktionsballaſt aus ihrem Schiffe nicht loſ werden können, um eine praktiſche und ſtaatsmänniſche Ladung einzunehmen. Sie bleiben von der Fraktion abhängig, ſie bleiben in der Wahlangſt, die unſre Verhältniſſe beherrſcht, abhängig von Wahlumtrieben. Sobald eſ heißt: „der und der wird nicht wieder gewählt, wenn daſ und daſ nicht geſchieht,“ ſo iſt ein Führer in der Lage, daſ er jeder Wahlſorge Rechnung tragen ſoll, ein Miniſter aber nicht. Der kann auf Fraktionsfreunde und auf Wahlſorgen und Parteitaktik nicht Rückſicht nehmen; er muß daſ alleſ abſchütteln. Daſ Deutſche Reich und der preuſſiſche Staat kann von einer Partei nicht regiert werden; dazu iſt keine Partei ſtark genug und keine verſöhnlich genug, ſie können nur unabhängig von jeder Parteiſtellung, unabhängig von jeder Fraktionſtaktik und von Wahlkreisrückſichten regiert werden. Die Fraktionen bilden für mich einen Ring, den ich nicht durchbrechen kann und auch nicht zu durchbrechen brauche. Ich habe genug in meinem Leben gethan und bin gegen Enttäuſchungen ziemlich abgehärtet. Wenn ich meine Schuldigkeit gethan zu haben glaube, ſo überlaſſe ich Gott daſ übrige, die Geſchäfte haben daſ Intereſſe für mich verloren.

Ich habe alſo kein Bedürfniſ, dieſen Fraktionsring meinerſeits zu durchbrechen. Ich komme immer mehr zu der Rolle deſ Zuſchauers, der ſieht, wie ſich die Sachen auf der Bühne entwickeln, aber ich habe lange genug in dieſen Verhältniſſen gelebt, um ſie zu kennen und meine Anſichten darüber haben ſo viel Wert, wie die eineſ jeden andern in Deutſchland, nur außerhalb Deutſchlands vielleicht einen höheren. Kein Prophet gilt im

eigenen Lande. Ich erwarte auch nicht, daß sich jemand danach richten werde, aber ich lege mein Zeugnis ab. Eine Fraktion ist gewissermaßen eine Satire auf das Arndtsche Lied: „Das deutsche Vaterland muß größer sein, das ganze Deutschland soll es sein!“ Der in die Fraktion tritt, dem ist das Ganze zu groß; es schrumpft, durch seine Brille gesehen, zusammen auf das Fraktionsinteresse, und in der Fraktion — ich will ja niemand zu nahe treten, wie ein Naturforscher — verliert der Volksvertreter den Blick für das Allgemeine. Die Fraktionsbrille verdunkelt seinen Blick für die Gesamtinteressen. Man fragt nur noch: was hat die Fraktion davon, nicht: was hat das Reich davon? wenn man einen Entschluß faßt. Ich habe gelegentlich gelesen oder gehört, daß man sagt: „Wir haben dem Kanzler 135 Millionen bewilligt.“ Das ist eine wunderliche Redensart. Was sollte ich mit dem Gelde? (Heiterkeit.) Mir kann es einerlei sein, ob Sie Geld bewilligen. Der Ausdruck „Bewilligung“ ist überhaupt falsch; Sie haben beschlossen, daß das Geld zu bestimmten Zwecken des Landes verwendet werden soll. Ist Ihr Beschluß richtig, so muß es dabei bleiben, ist er schlecht gewesen, so hätten Sie ihn nicht fassen sollen; aber ich habe mit dem Gelde nichts zu thun, Sie bewilligen nicht mir, sondern dem Volke Geld, der Nation, dem Reiche, das heißt: Sie beschließen, daß so und so viel für bestimmte Zwecke aufgewendet werden soll, und wir können das ohne Sie nicht aufwenden; aber wir schulden Ihnen keinen Dank dafür. Der Gedanke, Sie hätten mir etwas bewilligt, klingt fast komisch; mir ist es vollständig gleichgiltig, was Sie bewilligen.

Nun, meine Herren, wenn ich so wenig Hoffnung

habe und dennoch in meiner Stellung ausharre und mir so viel Mühe und Arbeit mache und Ihnen eine so bedauerlich lange Rede halte, wie die heutige, so können Sie mich ja fragen: was veranlaßt denn diesen matten Greis, seine Sisyphusarbeit fortzusetzen, wenn er selbst die Ueberzeugung hat, er kommt zu nichts? Meine Herren, wir haben, in Preußen wenigstens, eine eigentümliche militärische Tradition, das ist die des Dienst- und des Pflichtgefühls. Sie wissen, daß ich nicht freiwillig in meiner Stellung bleibe, und wenn Sie mir in Gnaden und mit Zustimmung meines Herrn, des Kaisers, den Abschied verschaffen können, so bin ich außerordentlich dankbar. Interesse am Geschäft ist es nicht mehr, was mich hält; aber da ich aus persönlichen Gründen, aus den Rücksichten, die ich Seiner Majestät schulde, verhindert bin, der Absicht weiter Folge zu geben, die ich 1877 hatte, indem ich fühlte, daß meine Gesundheit meiner Thätigkeit ein Ziel setze, — wenn ich daran verhindert bin, so bin ich auch nach meinem Gefühl, wie ich es von Jugend auf in Preußen gelernt habe, so lange ich das Amt trage, verpflichtet, dieses Amtes zu warten, und ich muß meinen Dienst thun, es mag mir sauer werden, es mag mir wider den Strich sein. Ich lebte viel lieber auf dem Lande, als unter Ihnen, so liebenswürdig Sie auch sind. (Geiterkeit.) Wenn ich es dennoch thue, so ist es nur das Gefühl dessen, was man mit dem rohen Ausdruck „verdammte Pflicht und Schuldigkeit“ benennt, so lange ich den Titel des Kanzlers trage. (Bravo! rechts.) Ich habe das Gefühl gehabt, ich wäre berechtigt gewesen zu gehen, im Jahre 1877. Es ist mir damals die Erlaubnis dazu versagt worden, und es kam darüber das Jahr 1878. Nachdem ich dort meinen Herrn und König

nach dem Nobilingschen Attentat in seinem Blute habe liegen sehen, da habe ich den Eindruck gehabt, daß ich dem Herrn, der seinerseits seiner Stellung und Pflicht vor Gott und den Menschen Leib und Leben dargebracht und geopfert hat, gegen seinen Willen nicht aus dem Dienste gehen kann. (Bravo! rechts.) Das habe ich mir stillschweigend gelobt, und das ist der alleinige Grund, warum Sie mich überhaupt hier noch sehen, das einzige Fleisch und Blut meines alten Herrn, dem ich geschworen habe, dem ich anhänge und den ich liebe. (Lebhaftes Bravo rechts.) Sonst im übrigen würde ich die Geschäfte gern einem andern übergeben. Außer diesem Grunde des Pflichtgefühls ist es ein andres, sehr natürliches, daß ich mit einer gewissen Sorge der Zukunft, den Einrichtungen entgegen sehe, deren Herstellung ich dreißig Jahre meines Lebens und meine besten Kräfte gewidmet habe. Daß es mich mit Besorgnis erfüllt, wenn sie rückgängig werden, sich abnutzen, sich nicht bewähren sollten, das ist ein natürliches Interesse, über das ich mich aber auch bescheiden muß. Ich kann mich mitunter in schlaflosen Nächten des Gedankens nicht erwehren, daß vielleicht unsre Söhne nochmals wieder um den mir wohlbekannten runden Tisch des Frankfurter Bundesrats sitzen könnten. Die Art, wie die Geschäfte gehen, schließt die Möglichkeit nicht aus, wenn die Achtung und das Ansehen, dessen wir uns heutzutage im Auslande erfreuen, erst mal einen Stoß erlitten haben sollte. Wir haben eine große Autorität gewonnen, sie ist aber leicht zu erschüttern. Ich habe, als unsre Verfassung geschaffen wurde, unter dem Eindruck gehandelt: die Gefahr für den nationalen Gedanken, für unsre Einheit liege in den Dynastien, der Anker der Rettung und der Kitt für unsre

Einheit liege im Reichstage, deshalb müsse man dem Reichstage möglichst viele Rechte geben und ihn möglichst stark hinstellen. Weil ich damals unter dem Eindruck der alten bundestäglichen Verhältnisse, die ich noch nicht überwunden hatte, ganz von der Besorgnis beherrscht war, der nationalen Einheit und damit der Unabhängigkeit von Fremden einen möglichst prägnanten, scharfen, bindenden Ausdruck zu geben, deshalb habe ich damals zugestimmt, den Reichstag in die Möglichkeit zu setzen, daß er seinerseits das Reich nicht nur fördern, sondern allerdings auch wesentlich schädigen kann, wenn er die Aufgaben, die von der Vorsehung in die Dekonomie des Deutschen Reichs eingefügt sind, nicht vollständig erfüllt.

Nun, meine Herren, ich gebe diesen Befürchtungen für die Zukunft keine Audienz, aber mein Vertrauen darüber, daß unsre Einheit auch in Zukunft gesichert sei, beruht heutzutage auf den Dynastien. (Hört! hört!) Die deutschen Dynastien sind heutzutage national gesinnt, sie haben das Bedürfnis, Rücken an Rücken zusammenzustehen gegenüber allen auswärtigen Gefahren, aber auch ihre monarchischen Rechte, soweit wie sie verfassungsmäßig bestehen, nicht untergraben zu lassen. Wir haben feste Verbindung mit den außerhalb des Deutschen Reichs belegenen großen Monarchien, welche gleiche Interessen mit uns vertreten, erhaltende, friedliebende. Ich glaube auch, daß diese Verbindungen dauernde sein werden, und daß die Verhältnisse, wie sie einst erstrebt wurden, ohne vielleicht einen festen Glauben an ihre Verwirklichung zu haben, im Jahre 1848 und später, sich befestigen und immer schärfer ausprägen und immer deutlicher gestalten werden, und daß in der Mitte von Europa eine große, feste, erhaltende Gewalt sein wird, und ich habe

zu den deutschen Dynastien das Zutrauen, daß sie den nationalen Gedanken stets hochhalten werden, daß sie ihrerseits die politische und militärische Einheit des Reiches unverbrüchlich bewahren und jeder Versuchung Fremder widerstehen werden und uns dann vielleicht auch über die Gefahren und Krisen hinweghelfen werden, denen das Reich ausgesetzt sein könnte, wenn seine parlamentarische Gestaltung und wenn die Thätigkeit hier im Reichstage vielleicht vorübergehend an dem Marasmus der Fraktionskrankheit leiden sollte — (Lachen links) in einer bedenklichen Weise leiden sollte. Dann, meine Herren, habe ich das Vertrauen zu der Zukunft unsrer Einigkeit. Diese Einigkeit ist die Vorbedingung unsrer nationalen Unabhängigkeit. Deshalb hüten Sie sich vor der Zerfahrenheit, der unser deutsches Parteileben bei der unglücklichen Zankucht der Deutschen und der Furcht vor der öffentlichen Meinung, bei der byzantinischen Dienerei der Popularität, wie sie bei uns eingerissen, ausgesetzt ist.

Meine Herren, ich werde nicht oft mehr zu Ihnen sprechen können, ich bin matt, ich habe keine Lust und keine Kraft dazu und auch kein Interesse, aber ich möchte nicht von der Bühne abtreten, ohne Ihnen dies ans Herz zu legen: Seien Sie einig und lassen Sie den nationalen Gedanken vor Europa leuchten; er ist augenblicklich in der Verfinsterung begriffen! (Lebhaftes andauerndes Bravo rechts; wiederholtes Zischen links.)

Nach dem Reichskanzler sprach als Berichterstatter der Kommission der Abg. Dr. Barth, welcher zunächst konstatieren zu sollen glaubte, daß nach dem Resultat und Eindruck der ersten Lesung die überwiegende Mehrheit des Reichstages der Regierungsvorlage die verfassungsmäßige Zustimmung versagen werde. Im übrigen sei sowohl der Vorwurf, daß die Kommission das Material der Tabaksenquete von 1878 unbenutzt gelassen habe, unbegründet, wie

die Behauptung des Reichskanzlers unrichtig sei, daß die Rentabilität der geforderten Regie außer aller Frage stehe. Bezüglich der Straßburger Manufaktur habe die Kommission kein eigentliches Verlangen auf Vorlegung der Rechnungsabschlüsse gestellt, sondern nur einen Wunsch ausgesprochen. Der von dem Reichskanzler angezogene französische Nationalökonom Leroy-Beaulieu sei gewiß eine Autorität in manchen wirtschaftlich-politischen Fragen, das schließe aber nicht aus, zu untersuchen, ob diese Autorität auch in der vorliegenden Frage von Bedeutung, und ob das, was für Frankreich zweckmäßig, bei gänzlich veränderten Verhältnissen nicht vielleicht völlig unzweckmäßig sei. Mit Entschiedenheit für die Vorlage trat der nationale Abg. v. Treitschke ein, worauf der Abg. Bamberger das Wort zu sehr langer Rede gegen dieselbe nahm, welcher aber der Reichskanzler, der eigentliche „König des Festes“, wie der Redner sich ausdrückte, nicht mehr beimohnte. Letzterer beklagte sich zunächst darüber, daß Fürst Bismarck den Reichstag heute mehr als preußisches Abgeordnetenhaus denn als deutschen Reichstag betrachtet habe. Dazu hätte man doch den letzteren nicht einzuberufen brauchen, um hier spezifisch preußische Angelegenheiten und Steuerbedürfnisse zu verhandeln. Freilich sei die ganze Reichstagsession, deren wesentliche Ursache doch nur das Monopol gewesen, als eine verfehlt zu bezeichnen. Der Reichskanzler selbst habe das Monopol eine verlorene Sache genannt und nur seine Quittung darüber verlangt; nun, so mag er auch die Idee verschmerzen, die Tabaksteuer weiter in die Höhe zu treiben. Der Redner erging sich dann in einer ausführlichen Verteidigung des Freihandelsprinzips gegenüber dem Monopol, welches, wie das Beispiel Oesterreichs und Frankreichs lehre, schlechte und immer schlechtere Cigarren liefere. Aber das Tabaksmonopol sei nur ein Teil in dem ganzen System der inneren Politik des Reichskanzlers, welche seit vier Jahren, seit dem Zolltarif abwärts gegangen sei und immer neue Niederlagen erlitten habe, ein wahres Trümmerfeld von Vorlagen sei. Nur deshalb trete der Fürst so lebhaft für die indirekten gegen die direkten Steuern ein, weil erstere sich weniger leicht kontrollieren ließen. Die so oft betonte „Förderung des Reichsgedankens“ habe damit nichts zu thun. Die 165 Millionen, welche nach Rechnung der Motive das ganze Geschäft der Tabakfabrikanten, der Tabakhändler und Verschleißer abwerfe, sollen



rein „dem Publikum gestohlen sein“ — das sei eine rein sozialistische Richtung in der Regierung, gegen welche die Partei des Redners sich verwahre, und auch das Zentrum wolle von dieser Tendenz des omnipotenten Staats nichts wissen. Der Redner schloß „im Namen des deutschen Volkes“ mit der Bitte an den Reichskanzler, dessen große Verdienste um die Erhaltung des europäischen Friedens er vollauf anerkenne, er möchte auch der Nation den inneren Frieden geben, damit jeder seiner Arbeit leben könne, ohne Furcht oder Hoffnung, daß die Gesetzgebung sich in dieselbe einmische.

Der Reichsschatzsekretär Scholz führte darauf aus, daß es dem Reichskanzler gewiß nicht schwer werden würde, die großen und kleinen Angriffe, welche der Vorredner gegen seine Person gerichtet habe, zu widerlegen, namentlich denjenigen, als habe er je den Reichsgedanken geopfert. Der Versuch des Herrn Bamberger, die heutigen Ausführungen des Reichskanzlers als nicht im Zusammenhange mit dem Inhalte der Verhandlungen stehend darzustellen, sie als einen maskierten Rückzug, als eine Verlegung des Gefechts auf eine Seitenlinie zu bezeichnen, sei ein recht unglücklicher.

Der Abg. Lasker kam auf sein von dem Reichskanzler heute zitiertes, in der ersten Lesung der Gewerbeordnungsnovelle (am 5. Mai) gebrauchtes Wort von den Hausierern als den „tüchtigsten Kräften der Nation“ zurück. Er ließ sich dazu folgendermaßen aus: „Ich hatte hier im Hause gesagt, daß unter den Hausierern sich die tüchtigsten Kräfte befinden. Als ich zu Hause den stenographischen Bericht durchlas, habe ich statt „tüchtigsten Kräfte“ verbessert „tüchtige Kräfte“. Ein witziger Herr im Hause hat den von mir gebrauchten Ausdruck verwandelt in den Satz: die besten und edelsten Kräfte der Nation befinden sich unter den Hausierern. Seitdem werde ich täglich mit Zeitungen beehrt, in welchen in langen Artikeln ausgeführt wird, ich hätte gesagt: die Hausierer wären die besten und edelsten Kräfte der Nation. Nachdem ich den Unterschied auseinandergesetzt, werden Sie ersehen, daß nur Unverständige oder Böswillige so verwandeln konnten, was ich wirklich gesagt habe. Zu meinem größten Bedauern habe ich heute vernommen, daß der Herr Reichskanzler sich diese Entstellungen der Zeitungen zu eigen gemacht hat. Ich wollte nur sagen, daß unter den Hausierern tüchtige Kräfte sind; die Differenz zwischen meinem Aus-

druck und der Korrektur besteht darin, daß ich statt des im Lauf der Rede etwas zu scharf herausgekommenen Superlativ den Positiv hingesezt habe. Es scheint mir weder der Billigkeit noch der Wahrheit entsprechend, das mündlich etwas zu scharf herausgekommene Wort noch zu überbieten und zu steigern, um einem vielleicht Bestreitbaren einen völlig lächerlichen Gedanken zu substituieren."

Die Fortsetzung der Debatte wurde auf den 13. Juni vormittags 11 Uhr vertagt.

### 3. Fürst Bismarck und die Fortschrittspartei; Absolutismus und Parlamentarismus.

14. Juni 1882.

Der Reichskanzler war am 13. Juni verhindert, in der Sitzung des Reichstages zu erscheinen; den Abwesenden machte der Abg. Richter (Hagen) zum Gegenstande leidenschaftlichster Angriffe. Die gestrige Rede des Herrn Reichskanzlers, so etwa begann er, war lediglich eine neue Auflage seiner Ausführungen von 1879; es scheine sich bei ihm eine gewisse stereotype Rede herauszubilden, welche er immer halte, wenn es sich um die Bewilligung neuer Steuern handle. Damals wie gestern schilderte er den Druck der preussischen Klassensteuer, dem Bilde fehlte nicht der Nachbar, welcher der Exekution zuschaut, und die Schande des Exequierten — nur die Kommode ist in dem gestrigen Bilde als Pfändungsobjekt hinzugekommen; der Exekutor gehe heute gerade so umher wie damals, trotzdem er damals, als es sich um die Bewilligung von 145 Millionen neuer Steuern handelte, sagte, er wollte eine Politik ohne den herumgehenden Steuerexekutor. Der Redner erging sich in einer längeren Beurteilung der Steuerreformen des Reichskanzlers und rügte dann dessen sehr abfällige nachträgliche Kritik des Abgeordnetenhauses, trotzdem dasselbe so konservativ gewesen sei, wie vorher kein anderes. Aber es werde dem Reichskanzler immer schwerer, überhaupt noch mit einem Parlament zu regieren, selbst wenn es konservativ sei, denn er vertrage keine Spur von Selbständigkeit mehr. „Der Reichskanzler hat erklärt, der Landtag sei der Auflösung wert — was hat der Landtag denn

gethan? Er hat es verweigert, das Fell des Bären zu verteilen, der noch nicht geschossen ist. Wir hier sind noch schlimmer, wir verweigern es sogar, den Bären zu schießen — warum lösen Sie uns nicht auf? Der Herr Reichskanzler hat gesagt, wenn der Landtag wieder ablehnt, wird er aufgelöst, und dann wird er nochmals aufgelöst. Ist das die richtige Methode? Es gibt eine Methode der Auflösung, welche sich nur der Form nach vom Staatsstreich unterscheidet. Wenn man unbekümmert vom Wahlergebnis einen solchen Gebrauch von der Auflösungsbesugnis macht, so ist das von der Vergewaltigung der Nation nicht mehr allzufern. Der Herr Reichskanzler leugnete gestern die Redeweise: Macht geht vor Recht, ab, aber eine Volksvertretung so lange aufzulösen, bis sie zu Kreuze kriecht, das ist die Bahn der Vergewaltigung der Nation, aber nicht die Bahn und der Maßstab der Achtung, die jede Volksvertretung verlangen kann. Monarchen haben von der Volksvertretung nie so gesprochen, wie der Minister, der erste Beamte, der nicht über der Volksvertretung steht, sondern ihr verantwortlich ist. Hüten wir uns vor einer dilatorischen Behandlung dieser Frage, sonst sind wir für einen Konflikt verantwortlich. Der Herr Reichskanzler schloß gestern mit einer Aufforderung zur Einigkeit: nun, wären wir dem Herrn Reichskanzler gegenüber immer so einig gewesen, wie beim Tabaksmonopol, so stände manches besser. Wir sind ihm gegenüber nur allzusehr einig, das ist in seinen Augen der Fehler — nur mit ihm sind wir nicht einig. Er spricht von Fraktionen, er sagt, der richtige Zustand wäre es, wenn jeder mit seiner politischen Kraft, im Gefühl seines politischen Kapitals der Allgemeinheit gegenüberträte. Es war nicht immer so, die Fraktionen waren in den Augen des Herrn Reichskanzlers nicht immer so schlimm. In einer Rede vom 9. Oktober 1878, bei Gelegenheit des Sozialistengesetzes, beklagte er sich über das Umgekehrte, da wollte er keine Fraktionslosigkeit, fürchtete weder die Herrschsucht, noch die Majorität, noch den Marasmus der Fraktionen — sie waren eben für ihn. Damals forderte er, die drei großen Fraktionen sollten sich wie drei Kompanien aneinander schließen, das verlangte er im Interesse des Landes (vgl. die Rede Band IX S. 207 ff.). Damals wollte er einen „Ring“ der Fraktionen, einen Ring für sich; jetzt, wo sich in der Frage des Tabakmonopols der Ring gegen ihn schließt, da ist es ein Ring wie derjenige der Berliner Stadtver-

ordneten, wenn ſie ihm die Mietsſteuer erhöhen. Jetzt ſoll die Macht und Mehrheit der Fraktionen Fraktionszwang, Byzantinismus ſein — hätte es doch nie einen andern Byzantinismus gegeben! — Der Herr Reichskanzler ſagt, nur die Rückſicht auf den Monarchen hielte ihn am Platz, nicht mehr das Intereſſe zur Sache. Nun, uns feſſelt wahrlich nicht Ehrgeiz an dieſen Platz, viele unter uns bringen ihrem Beruf ſchwere Opfer, um überhaupt hier ſein zu können. Was der Kanzler ſpricht, iſt die Sprache des Abſolutismus. Wenn er von den Dynaſtien ſpricht, wenn er ſagt, die Monarchen hätten ein Herz für das Volk, die Volksvertretungen nicht, ſo iſt das die Sprache des Abſolutismus. — In Wahrheit, der Reichstag vollzieht eine nationale That, wenn er das Monopol ablehnt als eine fremdländiſche Einrichtung, die dem deutſchen Volke in ſeinem innerſten Weſen verhaßt und zuwider iſt.“

Zu dem Geſezentwurf ſprachen in derſelben Sitzung noch mit großer Ausführlichkeit der Reichſchatzſekretär Scholz, die Abgeordneten v. Minnigerode, Windthorſt, v. Kardorff, Magdzinski, Mommsen und Bamberger, worauf die Sitzung bis zum 14. Juni, morgens 11 Uhr, vertagt wurde. In dieſer nahm alſobald der Reichskanzler Fürſt Bismarck das Wort:

Es iſt mir geſtern anderweitiger Geſchäfte wegen nicht möglich geweſen, der Sitzung beizuwohnen, und ich habe von den Vorgängen in derſelben nur durch die mir biſher zugänglichen gedruckten Berichte Kenntnis nehmen können. Ich habe auch die vorgestern bereits gehaltene Rede des Herrn Abgeordneten Bamberger nicht hier mit anhören können, ſondern mir nur davon anderweit Rechnung geben können. Ich habe in dieſer, ſoviel ich weiß, nichts gefunden, was die uns beſchäftigende Frage objektiv berührte und die Gründe, die ich für die Regierungsvorlage angeführt habe, widerlegte. Der Herr Abgeordnete hat meine Politik im allgemeinen angegriffen, wie bei andern Gelegenheiten, und nach Möglichkeit durch ſeine Rede dazu beigetragen, die nachteilige Meinung, die er von meinen politiſchen Abſichten und Leiſtungen in der

inneren Politik hat, in möglichst weiten Kreisen zu verbreiten, ohne sich dabei sehr an die Vorlage des Tabakmonopols zu binden. Ich muß mir das gefallen lassen, ich bin daran gewöhnt und habe darauf auch weiter nichts zu erwidern. Dagegen habe ich heute früh aus dem Oldenbergschen Berichte Kenntniss von der Rede des Herrn Abgeordneten Richter erhalten, die eingehend die Frage selbst behandelt, die uns beschäftigt.

Ich vermeide in der Regel, so viel ich kann, mit dem Herrn Abgeordneten Richter direkt in Diskussion zu treten; es hat das Schwierigkeiten für mich, denn ich sehe in der Art, wie jemand hier öffentlich spricht, eine Art von Selbsteinschätzung, keine finanzielle, aber doch in Bezug auf das Maß der Achtung und Höflichkeit, welches jemand dadurch in Anspruch nimmt, daß er es ändern gewährt. In Bezug auf diese Einschätzung treffe ich mit der meinigen und der Abgeordnete Richter mit der seinigen nicht vollständig zusammen, und es ist schwer, auf Vorwürfe gewisser Art und auf Argumente gewisser Art anders als in dem gleichen Tone zu antworten. Ich werde indessen doch eine sachliche Kritik versuchen und hoffe, daß es mir dabei möglich sein wird, mich innerhalb der Grenzen meiner Erziehung und meiner Gewohnheit zu halten. (Bravo! rechts.)

Der Herr Abgeordnete hat mir zunächst — ich kann nur nach dem Oldenbergschen Berichte urteilen, etwas anderes liegt mir nicht vor — zunächst vorgeworfen, die gestrige Rede des Herrn Reichskanzlers sei eine neue Auflage seiner bereits vor 1879, dem Reichstag 1879 vor der Zollbewilligung, gehaltenen Rede. Ja, ich glaube, der Abgeordnete Richter sowohl wie ich kommen, wenn wir bestimmte Ziele verfolgen, recht häufig in die Lage,

dieselben Argumente in mäßig veränderter Form öfter als einmal vorbringen zu müssen, und der Abgeordnete Richter, der darin eine so reiche Erfahrung hat bei den vielen Reden, die er innerhalb und außerhalb dieses Hauses hält, sollte doch, wenn er selbst in einem Glashause wohnt, nicht mit Steinen werfen. Er hat mir damit einigermaßen die Anspielung zurückgegeben, die ich einmal ihm gegenüber mit dem Umzug der Statisten in der Jungfrau von Orleans machte. Wir sind aber doch nicht ganz in derselben Lage. Einmal glaube ich, wiederhole ich mich nicht so oft, wie der Herr Abgeordnete Richter, und sage nicht so häufig dasselbe, schon deshalb, weil ich überhaupt viel seltener spreche; dann aber auch glaube ich, ist der Unterschied zwischen uns: das, was ich wiederhole, ist wahr, das, was der Herr Abgeordnete Richter wiederholt, halte ich nicht immer für wahr, ja, in dem, was er hier von oft gesagten Dingen wiederholt hat, in der Regel nicht! Es kommt aber doch auf die Wahrheit dessen, was man sagt, einigermaßen an. Ich komme mit weniger Wiederholungen aus, weil ich mich an die Wahrheit halte. Eine zweifelhafte Behauptung muß recht häufig wiederholt werden, dann schwächt sich der Zweifel immer etwas ab und findet Leute, die selbst nicht denken, aber annehmen, mit so viel Sicherheit und Beharrlichkeit könne Unwahres nicht behauptet und gedruckt werden.

Der Herr Abgeordnete hat dann erwähnt, es fehlte nicht die anschauliche Schilderung einer Exekution, der Steuerexekutor, der damals schon beseitigt werden sollte, gehe jetzt immer noch um, wie damals. Meine Herren, das ist es ja eben, wogegen ich kämpfe und was ich bedaure, daß alle Anstrengungen, die im Namen des Königs

von seiten der Regierung gemacht werden, um diese Anomalie der Kopfsteuer, die in allen andern Staaten verschwunden ist, aus dem preußischen Staatsleben auch zu entfernen, fruchtlos sind. Ein Uebel wird dadurch nicht erträglicher, daß es länger dauert, und wenn es vor drei Jahren bestand, noch früher bestand und noch immer fortbesteht, so werden Sie erleben, daß, wenn ich zum Reden im stande bleibe und genötigt bin, mein Amt noch weiter zu verwalten, ich Ihnen diesen Steuerexekutor noch öfter vorhalte, und zwar so lange, bis einer von uns beiden tot ist, entweder der Exekutor oder ich. (Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Richter hat ferner gesagt, und darin liegt eine Unwahrheit, eine objektive: der Schluß liege nahe, ob nicht das System der Neubewilligten Zölle die Ursache sei — von den Exekutionen nämlich. Sie werden sich erinnern, der stenographische Bericht wird es ausweisen, daß ich in der Hauptsache von der Zahl der Exekutionen von 1876 und 1877 gesprochen habe, dann vom Jahre 1878, also auch noch ein Jahr vor dem Erlaß von 1879, wo wir die Zölle machten, von 1880, wo sie noch nicht in Wirkung waren, und von weiter nichts. Diese Insinuation des Herrn Abgeordneten Richter steht also vollständig in der Luft, der Herr Abgeordnete hat nicht seine gewöhnliche Geistesgegenwart in Bergegenwärtigung der Daten, von denen die Rede war, wie sie in der Zeit aufeinander gefolgt sind, in promptu gehabt. Wie sollen die Zölle, die wir erst 1879 beschlossen haben und die 1881 ungefähr einigermaßen in Wirkung waren, aber noch nicht zu vollem Maße, wie sollen diese auf die Exekutionen von 1876 und 1877 gewirkt haben! Da fordere ich dem Herrn Abgeordneten Richter den Beweis dafür ab, und jeden seiner Gegner bei Wahlreden ersuche

ich, auf dieses Faktum, was ich hiermit öffentlich in perpetuam rei memoriam verkünde, Bezug zu nehmen, wenn Herr Richter wieder eine solche Insinuation über die Wirkung der Zölle macht.

Er sagt dann, er klagt:

Wer im Laufe des Monats derart sein Brot teurer bezahlen muß, den Liter Petroleum um 6 Pfennige, das Pfund Schmalz um 5 Pfennige, der hat natürlich am Schluß des Monats die 16 Pfennige nicht mehr übrig für die Klassensteuer, denn strenger als der Exekutor wirkt der Hunger.

Nun, in Bezug auf das Petroleum kann der Hunger bei unsren Landleuten wohl nicht wirken (Rufe links: Au! Heiterkeit); in Bezug auf das übrige, wenn er noch immer wirklich meint, daß die Zölle die Nahrung und das Brot verteuern, und wenn ihn die Bäcker und Mehlpreise darüber nicht belehren können, so muß ich wieder etwas früher Gesagtes wiederholen und frage den Herrn Abgeordneten Richter: wie oft hat er dieses unrichtige Argument schon wiederholt und vorgebracht hier in diesem Raume, außerhalb im Wahlkreise und bei seiner Thätigkeit in der Presse? Wie kann er also einem Minister vorwerfen, der seit 18 Jahren dasselbe Ziel verfolgt, daß auch der sich wiederholt, wenn er für dieselbe Sache, die ihm immer wieder bestritten wird, wieder dasselbe Argument bringt? Ich glaube, daß tausendmal nicht reicht, daß Richter jenes Argument gebraucht hat. Er vergift dabei immer die andre Seite der Sache, die ich anführte, als damals darüber debattiert wurde, seitdem aber nicht wiederholt habe, und ich sehe daraus, wie nützlich es ist, dergleichen öfter zu wiederholen, vielleicht alle Tage.



Der Herr Abgeordnete nötigt mich zur Wiederholung von Gemeinplätzen. Auf unsern Konsum an Brot und Brotforn wirkt nicht allein der Kornzoll. Der Kornzoll beträgt, ich weiß die Summe nicht genau auswendig, etwas wie 13 oder 14 Millionen im Jahr. Nicht wahr? (Zustimmung.) Unser gesamter Brot- und Kornkonsum besteht aber doch nicht bloß aus den zwischen 16 und 30 Millionen variierenden Einführungen von Getreide, sondern im sehr viel größeren Teil aus dem bei uns gebauten Getreide, und unsre gesamte Getreideproduktion beträgt im Durchschnitt jährlich zwischen 160 und 220 Millionen Zentner an Brotgetreide, wobei ich bloß Weizen und Roggen rechne und von Gerstenbrot und dergleichen Surrogaten, von Kartoffeln gänzlich absehe. Damit sind die 16 bis 30 Millionen Zentner Mehl und Getreide, nach Abzug dessen, was von dem Eingeführten wieder ausgeführt wird, was überhaupt an eingeführtem Getreide bei uns verbraucht wird, mit eingerechnet, wenn ich die Ziffer auf circa 230 Millionen Zentner ausdehne. Auf diesem Gesamtkonsum von 230 Millionen Zentnern des deutschen Volkes lastet nun der Eingangszoll von 14 Millionen plus sämtliche direkte Abgaben, die unsre einheimische Landwirtschaft bestreiten muß, ehe sie überhaupt das Korn in Reinertrag ziehen, ehe sie ihr Korn zu Markte bringen kann. Sie muß, soviel sie irgend kann, die direkten Steuern, die sie bezahlt, aufschlagen auf den Scheffel Korn, den sie zu Markte bringt. Die direkten Steuern der einheimischen Landwirtschaft wirken also, wenn überhaupt die Getreidepreise nicht von viel größeren Verhältnissen des Weltmarktes als der Gesamtheit unsrer Steuern und Lasten abhängig wären — eine gute Ernte in Rußland und Amerika und eine Mißernte

in beiden macht sehr viel größere Unterschiede —, aber die einheimischen direkten Lasten, die auf unserm Kornbrot ruhen, betragen, wie Sie das ebenfalls aus den vom preussischen Abgeordnetenhaus leider nicht gelesenen und noch weniger in der Presse benutzten Motiven für das Verwendungsgesetz ersehen können, zusammen 200 Millionen Mark, welche bloß auf den Landgemeinden lasten an Grundsteuer, an Klassensteuer, an Schulsteuer und sonstigen Schullasten und an Zuschlägen hierzu, an Häusersteuer — auf diese komme ich weiter wieder zurück. Diese Gesamtbelastung der einheimischen Getreideproduktion schwankt nach der zitierten Quelle um 200 Millionen herum, also um ungefähr 1 Mark per Zentner auf den Gesamtkonsum des einheimischen und ausländischen Getreides, welches wir verbrauchen, in manchen Jahren etwas niedriger, in manchen Jahren höher. Zu dieser wirklich recht schweren Belastung von dem Zentner des bei uns im Inlande produzierten Getreides mit 1 Mark einheimischer direkter Steuern kommt der verhältnismäßig geringe Eingangszoll mit ca. 14 Millionen. Diese 14 Millionen Zoll an sich betragen auf 45 Millionen Einwohner praeter propter auf je drei Einwohner 1 Mark — wenn ich im Kopf augenblicklich richtig rechne —, also auf jeden Einwohner ungefähr 30 Pfennige im Jahre. Das ist also ein sehr schwaches Gegengewicht gegen die ungeheure Belastung des inländischen Getreidepreises mit mehr als 4 Mark pro Kopf der Bevölkerung, die durch die direkten Steuern dem „hungernden Armen“, für den der Abgeordnete Richter sich so sehr interessiert, den Zentner Brotkorn um eine volle Mark verteuert; denn ohne zu seinen ausgelegten Steuern wieder zu kommen, kann

der Landmann das Getreide auf die Dauer nicht verkaufen, er müßte sonst die Wirtschaft aufgeben, er muß notwendig versuchen, was er kann, um seine ausgelegten Steuern durch den Marktpreis wieder zu bekommen. Die direkte Steuer, und nicht bloß die Grundsteuer, sondern alle Steuern — 28 Millionen Grundsteuer lasten allein schon auf den Landgemeinden, also eine Mark, die allein an Grundsteuer pro Kopf bezahlt wird — alles das muß durch den Marktpreis wieder eingebracht werden, wenn der Landwirt bestehen soll.

Nun sind die Herren immer aufs tiefste zerknirscht über die verteuernde Wirkung der 14 Millionen Auslandszoll, der auf dem Konsum des armen Mannes lastet, und thun, als wenn auf jedem Scheffel, der im Inlande produziert und verbraucht wird, der gleiche Einfuhrzoll und sonst nichts läge, verschweigen aber jederzeit vollständig die Thatsache, daß dem armen Brotesser durch die direkten, auf unsrer Landwirtschaft ruhenden Steuern der Zentner um mindestens eine volle Mark im Vergleich mit 3 Pfennigen, also um mindestens das Dreißigfache der Wirkung des ausländischen Zolles verteuert wird. Es ist also wohl berechtigt, wenn die Regierung bemüht ist, diese Ungleichheit in der Besteuerung des inländischen Getreides bei der Verzollung des im Auslande steuerfrei erzeugten, grundsteuer-, klassen- und schulsteuerfrei erzeugten fremden Getreides in etwas wenigstens auszugleichen. Wenn sie das wirklich in vollem Maße erstrebt, so müßte sie nach dem, was ich eben gesagt habe, den Einfuhrzoll auf 200 Millionen bringen oder die direkten Steuern der deutschen Landwirtschaft auf 14 Millionen Mark herabsetzen. Sie ist weit entfernt, sich mit solchem Plan zu tragen; sie wird sich

begnügen mit dem jetzigen finanziellen Erträgnis, und sie wird der von mir oft gerühmten Geduld unsrer ackerbauenden Bevölkerung vertrauen, daß diese sich bemühen werde, die Ungleichheit in der Besteuerung des inländischen und eingeführten Getreides durch Fleiß und Ordnung zu überwinden, und wenn wir eine gute Ernte haben und mehrere der Art, so wird die vorhandene Ungleichheit eine Zeitlang bestehen können, weil die Einfuhr gering sein wird. Aber es wird immer dahin gewirkt werden müssen, daß die Lasten, die auf unsrer Kornerzeugung im Inlande ruhen, vermindert werden. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben kein Recht, die Kornerzeugung im Inlande zurückgehen zu lassen, wir würden dabei mit großen Gefahren für die Zukunft spielen, wenn wir die Grundbesitzer, die Landgemeinden nötigen, immer mehr von ihren geringeren Bodenklassen dem Waldbau oder der Vernachlässigung zu übergeben und den Kornbau einzuschränken. Wenn wir wirklich dahin kämen, daß wir das Getreide, was wir notwendig verzehren müssen, nicht mehr selbst bauen können: in welcher Lage sind wir dann, wenn wir in Kriegszeiten keine russische Getreideeinfuhr haben und vielleicht gleichzeitig von der Seeſeite blockiert sind, also überhaupt kein Getreide haben, oder wenn gleichzeitig in Rußland und Amerika eine Mißernte eintritt, was bekanntlich bei den dortigen klimatischen und Ackerbauverhältnissen ebenso häufig ist, wie die überreichen Ernten, weil dort die klimatischen Verhältnisse und Witterungswechsel auf die Erträgnisse des Getreides aus physikalischen Gründen, die ich hier nicht zu erörtern habe, einen viel einschneidenderen Einfluß haben, als es in einem regelmäßig bebauten, durch Wald, Gebirge u. s. w. geschützten Lande alter Kultur der Fall

ist? Es ist eine Pflicht gegen unsre Nachkommen, daß wir den inländischen Getreidebau nicht in Verfall geraten lassen, und die Aeußerung, die der Herr Abgeordnete Richter nicht müde wird immer zu wiederholen, „die Lasten des inländischen Getreidebaues womöglich zu erhöhen und die des ausländischen bei uns zu vermindern,“ kann ich nicht für patriotisch halten, aber ich halte sie auch für unbegründet und für nicht nachweisbar, höchstens in einer Wählerversammlung von leichtgläubigen Leuten. (Sehr gut! rechts.)

Der Herr Abgeordnete Richter sagt dann: „Weiß denn der Kanzler nicht, daß 1873 die Klassensteuer u. s. w. beschränkt ist?“ Er wiederholt diese Wendung: „Weiß denn der Kanzler nicht, daß das und das ist?“ an andern Stellen wieder. Es ist dies eine von den Wendungen, die das Grenzgebiet, welches ich mir in der Erwiderung gesteckt habe, überschreiten, — ich könnte ja sonst in derselben Tonart auch unhöfliche Bemerkungen ähnlicher Art machen. Aber das, worüber ich nach Meinung des Abgeordneten Richter so unwissend bin, daß man berechtigt wäre, mir öffentlich meine Unwissenheit vorzuwerfen, ist wiederum nicht wahr. Es ist gesetzlich allerdings ausgesprochen, daß alle diejenigen, die weniger als 140 Thaler Einnahmen haben, von der Klassensteuer befreit worden sind, und man hat deren eine ganze Menge herausgerechnet. Ich bestreite die Wahrheit der Annahme, von der die Gesetzgebung damals ausgegangen ist. Es gibt überhaupt keinen Hausstand bei uns, der weniger als 140 Thaler Einnahme hat, wenn nur richtig gerechnet wird. Wenn die Wohnung, Kleidung, die Heizung, die thatsächliche Ernährung gerechnet werden, so ist dies einer der schlagendsten Beweise der Unbekanntschaft unsrer

städtischen, wissenschaftlichen, büreaukratischen, gesetzgebenden Kreise mit den wirklichen Verhältnissen, daß sie annehmen, es könnte auch in den ärmsten Provinzen überhaupt eine Familie — ich will nur eine von vier Köpfen annehmen — existieren, die weniger als 140 Thaler Einnahme hat und doch besteht. Wenn Sie annehmen, daß die kümmerlichste Ernährung — ich will sagen eines heranwachsenden Jungen, eines Lehrlings, der in der Landwirtschaft, Gärtnerei, Försterei, untergebracht ist — unter den billigsten und entgegenkommendsten Verhältnissen pro Kopf niemals unter 50 Thaler bis 64 Thaler im Jahr geleistet werden kann, und wenn Sie nun dagegen einen erwachsenen Mann mit seinen Kleidungsbedürfnissen, mit seiner Wohnung, mit allem, was an ihm hängt, auch mit seinen Genußbedürfnissen, die auch der Aermste, der Bettler hat, annehmen, so sage ich, es gibt keine ortsarne Familie, die für 140 Thaler erhalten werden kann; — und wer das widerstreitet, hat keine Erfahrungen (Bravo! rechts), hat seine Erfahrungen aus den großen Städten gesammelt, wo die armen Familien überhaupt nicht regelmäßig unterhalten werden, einige über Gebühr, andre gar nicht, und wo Selbstmorde aus Nahrungsorgen vorkommen, die bei uns auf dem Lande ganz unerhört sind. Also wenn dieser Maßstab ferner angewandt werden soll, so ist von Rechts wegen kein Mensch klassensteuerfrei, kaum ein Ortsarmer, und nur die Kontingentierung schützt vor neuer Ausdehnung. Es sind das Rechnungsfehler, wie sie ja bei Berechnung des Einkommens der Lehrer und dergleichen auch vorkommen, weil da unpraktische Leute rechnen.

Der Abgeordnete Richter führt ferner die Gebäudesteuer an, mit der Frage, ob der Kanzler nicht wisse,

daß landwirtschaftliche Gebäude von der Gebäudesteuer überhaupt frei seien. Ja, der Herr Abgeordnete Richter irrt sich wieder und weiß seinerseits nicht, daß die Landwirtschaft Gebäudesteuer reichlich zahlt. Ich selbst zahle sie, ich weiß nicht wie viel. Ich bin überzeugt, es werden über 1000 Mark sein, die ich für Gebäudesteuer auf dem Lande zahle lediglich für landwirtschaftliche Einrichtungen. Da müßte es keine Fiskalität geben. Unbewohnte Häuser, die mir gehören, die niederzureißen mehr Kosten machen würde, als die Steuer, die darauf steht, werden mir zu 500 Thaler Mietzwert eingeschätzt, verlassene, unbenutzte Fabrikgebäude, solange sie nicht niedrigerissen werden, werden eingeschätzt. Aber was die große Hauptsache ist: alle Wohnungen werden besteuert. Wer kann eine Landwirtschaft treiben ohne Wohnung, ohne Menschen, ohne Arbeiter, also ohne Arbeiterwohnungen? — und jedes Wohnhaus wird nach seinem angeblichen Mietzwert eingeschätzt, und damit hat der wirkliche Wert sehr wenig zu thun, sondern, wie in den östlichen Provinzen, im ganzen, soweit sie augenblicklich auf der fiskalischen Seite fungieren, sind es immer fiskalisch gesinnte Taxatoren und fiskalisch thätige Einschätzer; denen ist es ganz einerlei, ob die Hütte eines Arbeiters in 10 Jahren verbessert ist in ihrem Wert oder nicht; sie beschließen: der Mietzwert ist gestiegen, — er mag verschlechtert sein, das Gebäude mag verfallen sein, man mag nachweisen, daß seit 15 Jahren kein Dachstroh angerührt ist — sie sagen doch, es ist besser, als es vor 15 Jahren war; wir haben sie zwar vor 15 Jahren nicht gekannt und nicht gesehen, aber wir sollen soviel Steuern mehr herausbringen, und da wir hier quasi als Beamte stehen, so ist uns der Steuerpflichtige weniger nahe als der Fiskus, — und

auf diese Weise bin ich zu meinem äußersten Erstaunen in meinen Besizungen vor einigen Jahren, während die Gebäude thatsächlich verschlechtert waren, um mehrere Hundert erhöht worden. Und dabei sagt der Herr Abgeordnete Richter, daß die landwirtschaftlichen Gebäude überhaupt frei sind, und wirft mir die Unwissenheit darin vor. Es würde für Herrn Richter eine recht angemessene Vorbereitung und bei der großen Begabung, die ihm beiwohnt, auch für das ganze Land nützlich sein, wenn er im öffentlichen Interesse sich entschließen könnte, einmal ein einziges Jahr als Lehrling oder als Gutsbesitzer aufs Land zu gehen (große Heiterkeit), dann würde er zu andern Erfahrungen und Ansichten kommen und würde in dergleichen Irrtümer nicht verfallen.

Der Herr Abgeordnete sagt ferner in seiner Verteidigung der Klassensteuer:

In sämtlichen großen Städten halten sich viele Tausend Menschen nur in Schlafstellen auf, wechseln dieselben fortwährend, wo der Steuererheber sie nicht gleich findet.

Daraus würde ich gerade das Argument entnehmen, daß in großen Städten bei unsern heutigen Verkehrsverhältnissen die Klassensteuer überhaupt kein geeigneter Modus der Besteuerung ist. Der Herr Abgeordnete Richter aber nimmt dieses Argument als einen der Vorzüge der Klassensteuer an, die ihre Besteuerten nicht zu finden vermag, und daß die Besteuerten große Leichtigkeit haben, sich ihr zu entziehen, — auch kein pfandbares Objekt bieten; — ich kann daraus nur einen Grund entnehmen, daß er mir beistehen sollte, weil die Steuer nichts taugt.

Nachher sagt Herr Richter: „die Klassensteuer ist bei



uns nicht ein Recht der feudalen Vorzeit.“ Es kommt dabei nur darauf an, was man unter „feudal“ versteht. Ich bin lange nicht so gelehrt und arbeitsam wie Herr Richter, aber so unwissend bin ich doch nach zwanzigjähriger Ministerzeit auch nicht, daß ich nicht wüßte, wie die Klassensteuer entstanden ist. Wenn ich sage „feudale Zeit“, habe ich mich damit dem Sprachgebrauch der Freunde des Abgeordneten Richter angepaßt, die alles für feudal behandeln, was vor 48 existierte. Ich konnte mich prägnanter ausdrücken, wenn ich sagte: aus der Zeit des Absolutismus, aus der Zeit des Mangels an Verkehr und wirtschaftlicher Entwicklung, kurz und gut, aus einer vergleichsweise unvollkommenen Zeit; ich habe geglaubt, es den Freunden des Abgeordneten Richter geläufiger zu machen, wenn ich es mit „feudal“ bezeichnete.

Sie trat auch nicht an Stelle einer Wahlsteuer, das ist ein Irrtum von dem Abgeordneten Richter, den ich auch nicht in eine vorwurfsvolle Frage kleiden will, denn in den Städten — um diese handelt es sich ja hier hauptsächlich, sie sind hauptsächlich durch die Klassensteuer überbürdet —, in den Städten namentlich ist die Klassensteuer ganz unhaltbar, auf dem Lande ist sie haltbar, aber ungerecht; aber in den Städten wird der Herr Abgeordnete bei seiner kommunalen Thätigkeit mit mir wissen, daß sie ursprünglich nicht an die Stelle einer Wahlsteuer trat, „weil die Könige von Preußen, wie Friedrich der Große, nicht durch Steuern das Brot ihrer Untertanen verteuern wollten“, sondern daß die Könige von Preußen im ersten Anfange auch auf dem Lande eine Wahlsteuer — ich glaube, sie hieß Mühlensteuer, ich weiß es aber nicht gewiß — auferlegt hatten, aber

ihre Finanzminister fanden, daß die Erhebung schwierig wäre, und hoben deshalb auf dem Lande die Mahlsteuer, in der Zeit des zweiten Jahrzehnts unsres Jahrhunderts, wieder auf, um dort die Klassensteuer einzuführen. Ich weiß, daß in Schönhausen beispielsweise die Mühlensteuer kurze Zeit gezahlt worden ist; diese Steuer war aber mit der Kontrolle der Mühlen außerordentlich lästig, so daß sie wieder aufgehoben ist, um auf dem Lande der Klassensteuer Platz zu machen; — daß aber die Mahlsteuer in den Städten von den Königen von Preußen nicht aus dieser Rücksicht aufgehoben wurde, wie hier gesagt ist, das wird mir der Herr Abgeordnete auch wohl zugeben.

Er bemängelt ferner meine Ansicht in Bezug auf Auswanderung; er sagt: die Auswanderer sind in der Mehrzahl Landarbeiter. Ja, meine Herren, das ist ja gerade das Charakteristische, worauf ich schon öfter aufmerksam gemacht habe, daß die Auswanderung nicht ein Ergebnis der Uebervölkerung ist; denn gerade aus den überbevölkerten Landesteilen ist die Auswanderung die geringste; die Auswanderung ist bekanntlich am stärksten in den am wenigsten bevölkerten Provinzen, in der ersten Stufenleiter aber unbedeutend; vor Nr. 2 steht Westpreußen, dann folgt Pommern, Posen, und nur eine auffällige Ausnahme macht Ostpreußen. Daß da die Auswanderung geringer ist, kann ich mir gar nicht anders erklären, als durch die heilsame Verwaltung der dort herrschenden Fortschrittspartei (sehr wahr! Heiterkeit), die in ihrer Liebenswürdigkeit auf den litthauischen Gütern den Arbeiter an einer Auswanderung zu verhindern weiß. Sie hat ihre heilsame Wirkung auf Westpreußen, auch in der Zeit der Zugehörigkeit, nicht

auszudehnen vermocht. In Westpreußen ist die Auswanderung außerordentlich viel stärker, der Ostpreuße hat ein besonders starkes Heimatsgefühl und hat vielleicht auch die Empfindung, daß er, sobald er den Kreis seiner Landsleute verläßt, nicht diejenige freundliche Aufnahme in fremden Kreisen findet, die man durch Liebenswürdigkeit zu gewinnen pflegt; zu Hause merkt er das nicht, da ist er unter seinesgleichen, — aber ich kann es mir nicht erklären, es ist nur eine Vermutung, die ich habe.

Warum wandern nun die Leute gerade aus diesen landwirtschaftlichen Provinzen aus? Weil diese Kreise keine Industrie haben, und weil die Industrie durch den Freihandel heruntergedrückt und erstickt worden ist, die da früher ziemlich lebhaft statthatte. Friedrich der Große hat sie sehr gepflegt, jede kleine Stadt in Pommern, Posen, Westpreußen hatte eine große Wollen- und Tuchindustrie, von der einzelne Reste noch bestehen: es sind da noch Wollwebereien, aber sie sind auch im Verfall. Den Provinzen Pommern, Posen, Westpreußen schließt sich an Mecklenburg, Schleswig-Holstein; Hannover ist sehr stark vertreten, weil es außerhalb einiger Zentren, namentlich der Stadt Hannover, wenig Industrie hat. In der reinen landwirtschaftlichen Bevölkerung ist die Laufbahn, die ein Arbeiter durchmachen kann, schnurgerade, ohne Abwechslung; er kann sie, wenn er 28, 30 Jahre alt ist, übersehen bis ans Ende, er weiß, was er verdienen kann, er weiß, daß er sich über den Stand, den er einnimmt, durch eine landwirtschaftliche Beschäftigung nicht aufschwingen kann.

Ich glaube, ich habe auch dies früher schon einmal gesagt; ich bitte den Herrn Abgeordneten Richter um

Entschuldigung, aber ich glaube, es ist ziemlich in Vergeffenheit geraten, ich muß es doch wiederholen.

In der Industrie kann kein Arbeiter übersehen, wie er sein Leben abschließt, auch wenn er sich über das Niveau des gewöhnlichen vielleicht nicht erhebt und keine Konnexion hat. Wir haben sehr viele Industrielle, die vom einfachen Arbeiter in einer oder zwei Generationen zu Millionären, zum mächtigen bedeutenden Mann aufgestiegen sind; ich brauche keinen von ihnen zu nennen, die Namen schweben auf jedes Lippen, sie schweben aber auch auf den Lippen der Arbeiter. Die Industrie hat für den Arbeiter den Marschallsstab, von welchem man sagt, daß der französische Soldat ihn im Tornister trüge; das hebt die Hoffnung des Arbeiters und belebt sie, er braucht gar nicht Millionär zu werden. Aber die Industrie bietet tausende Beispiele, wie ich sie bei den industriellen Einrichtungen der davon sonst unberührt gebliebenen Provinz Pommern selbst schon gesehen habe, daß der Mann, der als landwirtschaftlicher Arbeiter niemals über das gewöhnliche Tagelohn hinauskommt, in den Fabriken, sobald er mehr Geschick als andre zeigt, in kurzer Zeit sehr viel höheren Lohn verdienen kann, schließlich Werkführer wird und höher hinaufkommt; und für geschickte Arbeiter, die ja oft als Autodidakten weiter kommen, als die gelehrtesten Techniker, ist die Hoffnung, Associé seines Chefs zu werden, nirgend ausgeschlossen. Das hält die Hoffnung lebendig und steigert zugleich die Arbeitslust. Industrie und Landwirtschaft sollten sich decken und ergänzen; die Industrie ist der Verzehrter der lokalen Agrarprodukte, die in einer öden Gegend die Landwirtschaft nicht absetzen kann, und wiederum ist der Landwirt, falls er Geld hat, der Abnehmer der Industrie.

Ich glaube, daß der Mangel an einer Industrie, mit andern Worten an Schutz der nationalen Arbeit, an Schutzzöllen, ebensosehr wie der Druck der direkten Steuern den Hauptgrund dafür abgibt, daß gerade die am wenigsten bevölkerten Provinzen die höchste Zahl der Auswanderungen haben. Es ist das Veröden der Hoffnung in dem Menschen, was ihn zur Auswanderung treibt, die Terra incognita der Fremde bietet ihm alle mögliche Hoffnung, er könnte dort etwas werden, wozu er es hier niemals bringen kann. Also darin liegt es, daß die Landarbeiter auswandern, weil sie in der Nähe keine Industrie haben und weil sie das Produkt ihrer Arbeit im kleinen nicht verwerten können.

Dann sagt der Herr Abgeordnete, gerade in Amerika giebt es keinen Schutzzoll für die Landwirtschaft. Hat denn der Herr Abgeordnete den amerikanischen Tarif wirklich nie in seinem Leben gelesen? Meines Wissens ist der amerikanische Schutzzoll gegen Einfuhr des fremden Getreides etwa das vierfache von dem unsrigen, 2 Mark für den Zentner, also ein Prohibitivzoll, während er bei uns eine halbe Mark beträgt. Ich weiß nicht, ob mein Herr Kollege mein Gedächtnis darin unterstützen kann, es kann ja aber gleich nachgeschlagen werden, ich glaube nicht zu irren, und ich ersuche den Herrn Abgeordneten Richter, mich zu widerlegen, wenn es nicht richtig ist; mit voller Sicherheit behaupte ich nur, daß seine Behauptung, es bestände kein Schutzzoll für die Landwirte, irrig ist; ich kann nicht alle Zahlen in petto haben, ich habe als Material nichts weiter als diese mir vorliegende Rede. Ich glaube, es ist das vierfache von unsern landwirtschaftlichen Zöllen, und das ist eine Thatsache, die ich bei Wahlbewerbungen den Gegnern

des Herrn Abgeordneten Richter empfehle, daß seine Anführungen nicht so ohne weiteres für richtig anzunehmen sind.

Dann geht der Herr Abgeordnete über auf die Statistik der Tabaksteuerprozesse. Ja, damit plaidiert er ja für das Monopol: entweder gegen die von Ihnen beschlossene Tabaksteuer, die abzuschaffen, da haut er in dieselbe Kerbe wie ich, indem ich sage, die jetzigen Tabakverhältnisse haben auf die Dauer viel mehr Schwierigkeiten für die Interessenten, mit alleiniger Ausnahme der 8000 beim Tabakhandel beschäftigten Köpfe, viel mehr Schwierigkeiten für die Tabakinteressenten, als das Monopol, und ich bin dem Herrn Abgeordneten sehr dankbar, daß er mir diese, mir bisher unbekanntes Angaben gemacht hat, daß die Tabakprozesse von 2150 auf 15940 gestiegen sind. Es wird wohl so nicht bleiben, es liegt auf der Hand, daß bei neuen Einrichtungen die Prozesse zuerst häufiger sind, und daß mit der Zeit das Augenmaß der Prozeßführenden schärfer wird; aber je mehr Prozesse, desto stärker ist der Beweis, daß das bisher nicht von der Regierung allein eingeführte, sondern von der Majorität des Reichstages beschlossene Tabaksteuergesetz manche Härten hat, von denen das Monopol frei ist.

Der Herr Abgeordnete hat ferner den häufig mir schon gemachten, tausendmal mir gemachten Vorwurf zum tausend und einten Male wiederholt, ich hätte Versprechungen gemacht auf Grund der Gesetzgebung von 1879, die ich nicht erfüllt hätte. Nun könnte ich ja sagen: seit 1879 ist doch die Wirkung der neuen Zölle noch keine durchschlagende gewesen in so kurzer Zeit; organische Prozesse großer Völker gehen langsam; aber

ich kann viel durchschlagender dagegen auftreten: ich habe gar keine Versprechungen gemacht, nie und nimmer, und das ist eine Unwahrheit, die ich auch schon widerlegt habe. Ich habe keine Versprechungen gemacht, ich habe Bitten ausgesprochen, ich habe gesagt: helfen Sie mir doch, den Städten oder andern Steuerbelasteten diese Vorteile zu verschaffen. Dieses Petitionieren bei dem Reichstage, den Armen zu helfen, wird mir dann in eine Versprechung verdreht, die ich gemacht haben soll; — wie kann ich etwas versprechen, was ich nicht habe? Ich kann die Gelder nicht schaffen, wenn sie nicht bewilligt werden, und jeden Versuch zur Beschaffung von Mitteln, wie z. B. den einer erhöhten Branntweinkonsumtionssteuer, abzulehnen und dann zu sagen: der Kanzler hält seine Versprechungen nicht — da, wo der Kanzler nur gebeten hat: setzen Sie mich doch in den Stand, daß ich dergleichen versprechen kann —, das ist eine Verschiebung der Verhältnisse, die von gewissen Verteidigern, wie wir sie heutzutage vor Gericht kennen, wohl gemacht werden kann, aber hier nicht am Platze ist. Ich bestreite auf das bestimmteste, daß ich jemals irgend jemandem auch nur einen Pfennig versprochen habe. Ich habe gebettelt beim Reichstage: setzen Sie mich in die Lage, die Leute schadlos zu stellen; aber versprochen habe ich nichts. Ich habe den Wunsch, die Entlastung der direkten Steuern viel höher zu treiben — und diesen Wunsch habe ich geäußert — bis zu einem Einkommen von 2000 Thalern wenn möglich abzuschaffen, (aha! links) und von den direkten Steuern nur die höheren Klassen der Einkommensteuer als eine „Anstandssteuer“ beizubehalten. Treiben Sie diese zu hoch in den höchsten Klassen, so drücken Sie den Kapi-

talisten unter Umständen aus dem Lande hinaus — der Grundbesitzer muß ja bleiben, der liegt immer geschlagen an Gottes offener Sonne —, aber der große Kapitalist geht entweder selbst heraus oder domiziliert durch ein einfaches Telegramm seine Kapitalien im Auslande. Und dann kann es mir ja nicht einfallen, diese gewaltigen Summen, die ich als wünschenswert für den preussischen Steuerzahler betrachtet habe, nun von einer plötzlichen Bewilligung des Reichstages zu erhoffen, sondern ich habe bloß geschildert, wie groß die Noth ist, und daß es wohl der Mühe lohne, sie zu prüfen, ihr näherzutreten und sich zu bestreben: wie nahe kann man dem Ziele der Abhilfe kommen? Ich erinnere Sie daran, daß ich vorgestern ganz genau gesagt habe: erreichen können Sie dieses Ziel nicht, aber ihm näher kommen; es giebt die Richtung an, in der wir streben. Wie kann also der Herr Abgeordnete Richter so unmittelbar den Tag darauf mir unterschieben, als hätte ich die Gesamtheit dieser Erleichterungen sofort versprochen oder auch nur erstrebt!

Der Herr Abgeordnete sagt ferner, in der Thronrede hieß es damals, daß die neuen Steuern und Zölle verwandt werden sollten zu Steuerentlastungen. Nun, meine Herren, die Steuern und Zölle haben wir ja nicht allein verwandt, sondern wir haben uns verständigt mit den parlamentarischen Körperschaften, mit dieser und dem preussischen Landtag, über deren Verwendung. Diese parlamentarischen Körperschaften haben in ihrer Majorität diejenigen Beschlüsse gefaßt, nach denen jetzt verausgabt wird; sie haben die Ausgaben, die sie beschloffen haben, jenen vorgezogen, die sonst gemacht werden konnten. Wer also diese Ausgaben angreift, greift das parlamentarische



System und die Majorität an, der ist ein Reaktionär, indem er als *laudator temporis acti* die Beschlüsse des Reichstags umstürzen will. Er will Reaktion für den Freihandel treiben, die jetzt rite gefassten Beschlüsse der Reichsgesetzgebung sucht er zu untergraben und anzufechten, als ob die Regierung ganz allein und willkürlich diese Verwendungen gemacht hätte, während sie geprüft und eingehend beraten sind, von Ihnen beschlossen. Die Herren sind in der Minorität geblieben und finden deshalb für gut, hier davon gar nicht zu sprechen, daß es sich um Parlamentsbeschlüsse handelt. Die von Ihnen sonst verehrte Majorität — sobald Sie sie haben, ist der Glanz der Majorität gar nicht hoch genug zu preisen, sobald Sie sie nicht haben, dann schieben Sie die Vertretung der Regierung zu, als ob sie durch willkürliche Akte Unheil angerichtet und ihre Versprechungen gebrochen hätte, als ob wir ein absolutes System in Händen hätten, von dem wir jederzeit Gebrauch machen könnten und nicht an Parlamentsbeschlüsse gebunden wären. Ich weiß nicht, ob es wirklich nützlich ist für die Konsolidation des Reichs, auf diese Weise dem leichtgläubigen Leser die Regierung stets als übelwollend, unfähig *toto* die darzustellen. Alle diese Aeußerungen des Herrn Abgeordneten Richter würden wahrscheinlich unbesprochen ins Publikum gegangen sein, wenn mir nicht zufällig heute unter den Vorlagen beim Frühstück das erste gewesen wäre diese Rede, und bei dem Interesse, was ich für den Herrn Abgeordneten Richter habe, (Heiterkeit), schon in *stylistischer* Beziehung, und um mir die Grenzen klar zu machen, bis wohin ein Abgeordneter sprachlich gehen kann und die er nicht überschreiten sollte, habe ich sie zuerst gelesen und dann

eben Zeit gefunden, auch noch meine Aeußerungen dazu zu machen.

Er ſagt weiter: „Um dieſe Ausgaben alle zu decken, reichen fünf Monopole nicht aus.“ Da muß ich wiederholt daran erinnern, daß ich ausdrücklich ſelbſt geſagt habe: ſie können nicht auf einmal gedeckt werden. Es iſt mir bloß darauf angekommen, die große Not zu ſchildern, um dadurch, wenn auch nicht den Herren hier, aber doch im Lande Klarheit über die Verhältniſſe zu verbreiten, die Klarheit, die zu ſchaffen durch den Strike des preußiſchen Landtags verhindert wurde. Der Herr Abgeordnete kommt nachher nochmals zurück auf die Verſprechen, die an die Kommunen gemacht, aber nicht erfüllt worden wären. „Der Reichskanzler exemplifiziert auf 350 Prozent Klassenſteuer.“ Iſt das etwa unrichtig? Die amtlichen Angaben, will er ſie widerlegen? Die 350 Prozent ſind wirklich bezahlt und den Kommunen iſt nicht ein Verſprechen gegeben worden, ſondern ich bin beim Reichstage als Bittſteller im Intereſſe der Kommunen aufgetreten, und haben Sie dann die Mittel, der Not der Kommune abzuhelpen, verſagt, ſo haben Sie wirklich nicht das Recht, mir vorzuwerfen, als ob ich ein Wort von „Verſprechung“ geſagt und nicht gehalten hätte.

Die evangeliſche Kirchenſteuer habe ich gar nicht als etwas durch das Monopol zu Deckendes aufgeführt, ſondern ich habe ſie aufgeführt als ein „ante lineam“ den Steuerzahler Belastendes, was vorher abgezogen werden muß von ſeiner Steuerkraft. Um ſo drückender aber wirkt, was übrig bleibt und durch das Monopol gedeckt werden kann.

„Von allen Ausſichten für die Kommunen hat ſich nichts erfüllt, dagegen iſt die Gebäudefteuer höher ver-

anlagt worden.“ Ich kann letzteres nur im höchsten Grade bedauern. Es widerspricht meinen Absichten und Wünschen. Ich halte die Gebäudesteuer für genau so ungerecht wie die Grundsteuer, ich bekämpfe beide Steuern, nicht weil die Vermögenslage einmal geschädigt ist und ohne analoge Ungerechtigkeit nicht wieder gut gemacht werden kann. Ich bekämpfe sie nur als Grundlage und Maßstab für Zuschläge, weil sie mehr als das Vermögen trifft, und die Schulden nicht abgezogen werden. Es ist genau so auch bei der Gebäudesteuer; da ist aber eine Erhöhungsklausel im ursprünglichen Gesetze, die ausgebeutet wird in fiskalischer Richtung, und ich bitte Sie, helfen Sie mir, zu verhindern, daß eine solche Erhöhung nicht wieder stattfindet. Ich halte die Steuer an sich für eine ungerecht veranlagte, gerade wie die Mietssteuer und die Grundsteuer, welche auf das wirkliche Vermögen keine Rücksicht nimmt und die Schulden davon nicht abzieht. Deshalb teile ich das Bedauern darüber vollständig.

Der Herr Abgeordnete hat ferner gesagt, nach meinem Systeme würden die Städte über 25 Millionen — es ist das wohl ein Druckfehler, es soll 25 Tausend heißen — Einwohner nur 6 Millionen erhalten. Da hat es sich der Herr Abgeordnete sehr leicht gemacht, indem er meine gestrige Aeußerung nur teilweise zitiert, aber worauf ich den Hauptaccent gelegt, und was ich ganz *expressis verbis* in Voraussicht der Entstellungen, denen ich ausgesetzt sein würde, gesagt habe, hat der Herr Abgeordnete verschwiegen und fallen gelassen. Ich habe, wie die Herren sich erinnern werden, hinzugefügt: für die großen Städte, welche in größerem Maße gezwungen sind, staatliche Bedürfnisse zu erfüllen, werde nachher mit Bewilligung des Landtages besondere Berücksichtigung stattfinden

müssen. Hat der Herr Abgeordnete sich nicht erinnert, hat er nicht zugehört? Jedenfalls wird er sonst die Ungerechtigkeit wieder gut machen wollen, die er mir dadurch zugefügt hat, daß er mich in seiner Rede angeklagt, ich hätte diese Ungleichheit nicht bemerkt oder nicht beachtet.

„Denn vor kurzem hat noch der Herr Reichskanzler für die einzelnen Städte die Schlachtsteuer wieder einführen wollen.“ Das ist mir nicht erinnerlich. Ich habe es als Fehler behandelt, daß man die Schlachtsteuer überhaupt aufgehoben hat, und wenn sie wieder eingeführt würde, so wäre ich der Meinung, sie sollte allgemein wieder eingeführt werden. Wenn ich eine solche Ueberzeugung habe, so komme ich jeder einzelnen Bewegung, die sich im Detail in der Richtung meiner eignen Ueberzeugung bewegt, bereitwillig entgegen, und in dieser Beziehung bitte ich auch die Vertreter der Stadt Berlin, zu erwägen, daß sie diese Möglichkeit, eine Schlachtsteuer wieder einzuführen durch den Schlachtzwang, die sie schon verspielt hatte, nicht gehabt hätte, wenn ich nicht als preussischer Handelsminister fest auf ihre Seite getreten wäre in der damaligen Sitzung des preussischen Landtages; einer der wenigen Fälle, wo ich dort überhaupt das Wort ergriffen, ist der gewesen, wobei es sich handelte, der Stadt Berlin die Möglichkeit, für die Schlachtsteuer sich Ersatz zu verschaffen, wiederzugeben. Aber was ich in der Richtung thue, — ich bin ja daran gewöhnt, daß das vergessen, ignoriert, niedergeschwiegen wird, und ich muß mir das gefallen lassen. Ich bin auch gegen das, was man gegen mich denkt, ziemlich abgestumpft, das werden Sie mir glauben nach der langen Zeit, wo ich demselben übelwollenden Regime nun schon ausgesetzt gewesen bin, unter dem ich jetzt Resignation lernen könnte,

wenn ich sie nicht schon hätte, da werden Sie mir das wohl glauben.

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich lang werde und wiederum heute zu viel rede, aber der Herr Abgeordnete Richter ist auch lang gewesen, und ich kann die einzelnen Angriffe nicht in das Land laufen lassen. Ich habe zwar nicht die Mittel, an demselben Tage noch die Antwort auf den Herrn Abgeordneten Richter an die Provinzialpresse zu telegraphieren, denn ich habe keinen Einfluß auf die provinziale Presse, nicht einmal auf die konservativen Blätter. (Heiterkeit links.) Meine Herren! Ist dieses Lachen wirklich ein Argument? Ich habe gefunden, wenn ich eine Sache sage, gegen die Sie nichts einwenden können, so lacht einer der Chorführer laut, und dann lachen alle mit. Das ist das Signal, darauf folgt ein unartikulirter Ton, der soviel heißen soll: Der Kanzler sagt etwas Lächerliches, ich gebe das Signal, — Tambourmajor! (Große Heiterkeit.)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Richter sagt, der Wähler würde es lieber sehen, ohne neue Steuer entlastet zu werden. Das glaube ich auch; aber hat der Herr Abgeordnete Richter das Geheimniß dazu erfunden? wo will er entlasten, wo will er die Ausgaben sparen oder die Einnahmen hernehmen? Wenn jeder Versuch, den die Regierung macht, neue Quellen zu öffnen, nicht etwa als Anknüpfung zu Gegenvorschlägen benutzt wird, wenn er jederzeit an und für sich angebrachtermaßen abgewiesen wird, weil er nicht gefällt, so kann der Herr Abgeordnete Entlastung nur durch Verminderung der Ausgaben meinen. Nun hat er einen Luxus zitiert, das ist der bauliche Luxus. Meine Herren, darauf habe ich wenig Einfluß, das müssen Sie an einer andern Stelle

vorbringen. Ich billige Luxusbauten auch nicht, ich bin für das haushälterische System, das Friedrich Wilhelm I. bei uns in Preußen eingeführt hat, und meinetwegen führen Sie bei uns Regierungskasernen ein mit der strengsten spartanischen Einfachheit. Sie können sich da mit dem Herrn Abgeordneten Reichensperger auseinandersetzen, ob er die ornamentale Baukunst in den Hintergrund schieben will. Ich habe dafür kein Interesse, mein Sinn ist auf das rein Praktische gerichtet, ich bin für das Aesthetische ein schlechter Beurtheiler.

Im Hintergrunde steht bei Ersparungen schließlich immer die Verminderung des großen Militärbudgets. Ja, meine Herren, glauben Sie denn, daß es uns in der Regierung Vergnügen macht, eine so große Armee zu halten? Ich weiß nicht, ob es den andern Ländern, die an uns grenzen und von denen unsre beiden großen Nachbarn, Frankreich und Rußland, jeder an sich mehr Truppen unterhält als das Deutsche Reich, ob es denen eine besondere Freude macht, oder was sie für Zwecke damit verbinden. Das habe ich nicht zu untersuchen, sondern nur die Thatsache, daß diese Millionen Bajonnette ihre polare Richtung doch im ganzen in der Hauptsache nach dem Centrum Europas haben, daß wir im Centrum Europas stehen und schon in Folge unsrer geographischen Lage, außerdem in Folge der ganzen europäischen Geschichte den Koalitionen andrer Mächte vorzugsweise ausgesetzt sind. Unsre Schwäche hat früher diese Koalition gefühlt, die Koalition der drei größten Kontinentalmächte der Zeit, Rußland, Frankreich, Oesterreich und das Deutsche Reich gegen Friedrich den Großen, — die Kaunitz'sche Politik ist Ihnen zu bekannt. Warum kann dergleichen sich nicht wieder erzeugen? Wir haben

die Objekte, die Gegenstände der Begehrlichkeit für jeden unsrer Nachbarn sein können nach den verschiedensten Seiten, und wenn ich mir in der auswärtigen Politik irgend ein Verdienst beilegen kann, so ist es die Verhinderung einer übermächtigen Koalition gegen Deutschland seit dem Jahre 1871. Meine ganze politische Kunst aber wäre daran vollständig gescheitert ohne Hinblick auf die deutsche Militärorganisation, ohne den leider heute nicht anwesenden Marschall hier, und ohne den Respekt, den wir einflößen, ohne die Abneigung, die man hat, mit unsern wohlgeschulten, intelligenten und wohlgeführten Bajonnetten anzubinden. (Bravo! rechts.) Thun Sie diesen Respekt aus der Welt, und Sie sind genau in der ohnmächtigen Lage von früher, so daß Deutschland für die andern Mächte eine Art von Polen für die Teilung sein würde, was fruchtbare Grenzprovinzen enthält, die jedermann brauchen kann, und bei dem wenig ausgebildeten nationalen Sinn der Deutschen (oho! links) — warten Sie das Beispiel ab — gibt auch keine fremde Macht die Hoffnung auf, daß es mit andern deutschen Landschaften gerade so gut gelingen werde, wie es Frankreich mit Elsaß gelungen ist, sich deutschsprechende, deutschabstammende Leute so zu assimilieren, daß sie lieber die Livree Frankreichs tragen mögen, als den Rock des freien deutschen Bauern. (Bravo! rechts.)

Also an die Armee, meine Herren, rühren Sie nicht! Da sage ich Ihnen auch nicht bloß meine Meinung, sondern die Meinung der Majorität der Nation, da hört die Gemütlichkeit auf. (Unruhe links.) Probieren Sie's, Sie werden sehen, was daraus folgt.

Also ich weiß nicht, wo der Herr Abgeordnete die Entlastung ohne neue Mittel eigentlich suchen will. Daß

der Steuerpflichtige am liebsten gar keine Steuern bezahlte und doch gut regiert und sicher beschützt und vor Fremdherrschaft behütet werden will, das glaube ich gerne; aber wenn man einer solchen Theorie das Wort redet, dann sollte man überhaupt nicht Politik treiben.

Der Herr Abgeordnete sagt ferner in Bezug auf das Schulgeld, schon sein Parteiprogramm von 1878 verlange dasselbe wie ich, seine Februarrede im Abgeordnetenhaus habe zuerst die Forderung der Aufhebung gestellt und „unmittelbar nach dieser Rede schloß sich der Kanzler mir an“. Ich glaube, in unfrem weiteren Benehmen ist doch ein erheblicher Unterschied. Der Herr Abgeordnete hat für die Abschaffung des Schulgeldes geredet und ich habe dafür gehandelt. Ich habe mich bemüht, wirklich der Aufgabe praktisch näher zu treten, die der Herr Abgeordnete so als theoretisch wünschenswert hingestellt hat. Er kann dann später sagen: ich habe davon geredet, damit war alles geschehen. Es ist gerade wie mit der Herstellung des Deutschen Reiches, — alle die Herren, die jemals dafür geredet haben (Heiterkeit rechts), die es als frommen Wunsch in die Welt geschickt haben, die sagen heut: wir haben es eigentlich gemacht. Gehandelt haben sie nicht dafür. Ich komme vielleicht auf das Thema noch einmal zurück, und es ist ja möglich, daß nachher, wenn wir endlich dahin gelangen, den Lehrer anständiger zu stellen und den Armen von den Kosten für die Schule zu entlasten, daß dann ebenso wie jetzt die Herren, die in der Konfliktzeit in der Fortschrittspartei waren, sagen: wir haben das Deutsche Reich gemacht, denn wir haben es in unfrem Herzen getragen, daß ebenso der Herr Abgeordnete Richter sagt: ich habe den Lehrern dies verschafft, denn ich habe



schon damals im Jahre 1878 das hingeschrieben: so muß es kommen; ohne meine Anregung wäre das nicht geschehen; der Kanzler hat sich Jahre hindurch die Lunge aus dem Leibe gesprochen und sich bemüht darum, das hat aber nichts geholfen; meine Rede (Heiterkeit rechts) war die Hauptsache.

Der Herr Abgeordnete spricht ferner von einem Steuerzuschlag auf die Kapitalrente. Da überrascht mich nur das „Hört, hört!“ daneben. Es ist ganz natürlich, daß wir darauf zurückkommen können und, in Ermangelung anderer Mittel, zurückkommen müssen, denn das ist die einzige direkte Steuer, die wir überhaupt noch auflegen können, daß wir das fundierte Einkommen, welches bloß durch Couponschneiden erworben wird, höher besteuern, als das mit der Arbeit des Geistes, der Hände und der Feder oder des Kapitals durch Gefahr und Risiko mühsam verdiente und unsichere. (Sehr richtig! rechts.) Also verstehe ich nur das „Hört!“ nicht.

Der Herr Abgeordnete sagt ferner, unser ganzes gegenwärtiges Finanzsystem sei eine Folge des großen Staatseisenbahnsystems und der Vermehrung der indirekten Steuern. Ich weiß wirklich nicht, was das Staatseisenbahnsystem damit zu thun hat. Einzig und allein doch vielleicht das, daß wir seitdem in dem preussischen Budget einen Einnahmetitel haben, den wir früher zwar kannten, aber niemals in der Höhe, mit der Sicherheit, daß wir eine große Vereinfachung unsres Eisenbahnsystems überall haben, und so viel ich höre, nach Anerkennung aller beteiligten Interessen und des Publikums, eine wohlgeschultere und höflichere Verwaltung als früher. Das ist freilich zum großen Teile das Verdienst der ausgezeichneten Persönlichkeit, die an der Spitze der preussischen

Eiſenbahnverwaltung ſteht und die wir nicht immer zu haben rechnen dürfen, die wir aber deſhalb ſchonern und deren Verbrauch durch Arbeit wir nicht ſteigern ſollten dadurch, daß die empfindliche Ehrliche, die jedermann von Verdienſt hat, bei jeder Gelegenheit in irgend einer Form gekränkt wird. (Bravo! rechts.)

Die Verſtaatllichung der Eiſenbahnen iſt eine der richtigſten Maßregeln geweſen, die wir überhaupt ergriffen haben. Es war eine — der Herr Abgeordnete hat das Thema angeſchlagen, ich muß alſo auch darauf eingehen — es war das früher eine Einrichtung, urſprünglich hervorgehend aus dem Mißtrauen gegen den Wert der Eiſenbahnen, welches mir noch erinnerlich iſt aus den Zeiten des Miniſters von Bodelſchwingh, ich meine nicht des letzten, Ihnen bekannten Finanzminiſters, ſondern des älteren Bodelſchwingh. Wie die Anhalter Bahn gebaut werden ſollte, da waren gleichzeitig drei Projekte, eins nach Magdeburg, eins auf Leipzig, eins auf Dresden vorliegend, und die damalige preußiſche Regierung erklärte: wir haben die ſicherſten Beweiſe durch unfre Kenntniß des Güterverkehrs, daß kaum eine einzige Bahn in dieſen drei Richtungen überhaupt notdürftig das Leben haben wird, und die wird auch Bankerott machen, wenn der Herzog von Anhalt nicht die Elbbrücke baut. Wir zwangen alſo dieſe drei Linien, ſich zu dieſem unförmlichen Ding, was damals in Koſlau mündete, zu fuſionieren, und wir ſind lange Zeit auf demſelben Anhalter Bahnhof nach Magdeburg und nach Leipzig und auf dem ungeheuerlichen Umwege nach Dresden gefahren. Infolge ſolcher Anſchauungen hat Preußen damals das ebenfalls dem abſoluten, ja dem franzöſiſchen Feudalſtaate angehörige System, die Eiſenbahnprivatmonopole, aufkommen

lassen. Jede Eisenbahn ist in ihrem Bezirke, sobald sie praktisch eingerichtet, ein Monopol, es kann niemand gegen sie aufkommen, jede andre Verkehrsanstalt muß eingehen, dann ist sie Generalpächterin der ganzen Verkehrsinteressen, der ganzen Landschaft, um die es sich handelt, eine gerade so schlimme Institution, wie sie unter dem alten französischen Regime stattfand, daß den Generalpächtern, die eine gehörige Pacht dafür gezahlt hatten — während unsre Bahnen die Ausbeutung gratis privilegiert erhielten —, daß denen die Ausbeutung einer Provinz mit dem Gesetze in der Hand überlassen wurde, und je nach ihren Privatinteressen ihnen die Berechtigung zuerkannt wurde, ihre Dividende so hoch als möglich zu schrauben, ohne Rücksicht auf das Volk und seinen Verkehr. Das war das System der Privatbahnen, und durch die Verstaatlichung haben wir dem Staate wiedergegeben, was ihm gebührt. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, in Anknüpfung an das, was ich vorgestern sagte, daß wir auch die Privataktiengesellschaften in der Politik dazu bewegen werden, die Hand dazu zu bieten, daß auch die Politik des Deutschen Reiches wieder verstaatlicht wird. (Heiterkeit.)

Der Abgeordnete hat nachher, wie der Abgeordnete Bamberger in seiner vorgestrigen Rede, schließlich gegen das Monopol, namentlich unter dem Druck der Autorität seines Freundes und Gesinnungsgenossen Leroy-Beaulieu, eine gewisse Weichheit gegen das Monopol dokumentiert; es sagt auch der Abgeordnete Richter: auf ewige Zeiten verwahrt sich der Abgeordnete nicht gegen neue Steuern, und das ist nur wieder ein anderer Ausdruck für das Wort: „diesem Ministerium keinen Erfolg“, oder „diesem Ministerium bewilligen wir kein Geld — wenn wir daran

kommen werden, — und darauf rechnen doch die Herren, — würden wir neue Steuern einführen, wir wollen uns das nicht entgegenhalten lassen, wir hätten dies auf ewige Zeiten abgesagt. Wir wollen das abwarten.“ Es thut mir leid, daß ich nicht in der Lage bin, darüber zu verfügen. Wenn ich das Unglück hätte, mit der höchsten Autorität in diesem Lande bekleidet zu sein, hätte ich Sie schon vor drei Jahren zur Regierung berufen, um Sie operieren zu sehen. (Heiterkeit.) Also: „nicht auf ewige Zeiten“ — das ist doch schon etwas. Wie lange der Herr Abgeordnete rechnet, etwa bis zum nächsten Jahre, das weiß ich nicht.

Dann ist der Vorwurf wieder gemacht worden, daß das Verwendungsgesetz zu spät vorgelegt wurde. Indem der Herr Abgeordnete die Verteidigung des meines Erachtens gar nicht zu verteidigenden preussischen Landtags übernimmt, sagte er: „Erst am 14. März, zwei Monate nach dem Zusammentritt, ist dem Landtage das Verwendungsgesetz zugegangen, und die Regierung hat volle vierzehn Monate gebraucht, um es auszuarbeiten.“ Ja, meine Herren, die Regierung, das geht schon aus dem Namen hervor, die hat doch auch noch einige andre Geschäfte, außer Gesetzentwürfen zu machen, und sie hat auch ab und zu, da sie auch aus Fleisch und Blut besteht, ein gewisses Bedürfnis der Erholung. Die Unmöglichkeit, Sachen rasch zustande zu bringen, geht in Preußen schon aus dem Zustand hervor, den Sie als Palladium der Freiheit betrachten, daß das Staatsministerium ein per majora abstimmandes Kollegium ist, welches unter gegenseitigen Repliken, Dupliken und Quadrupliken, unter gelegentlicher Einwirkung Seiner Majestät sehr allmählich und schwierig mit seinen Entschlüssen zustande kommt.

Der Ministerpräsident hat nichts zu befehlen in Preußen, er hat nur zu bitten und zu vermitteln. Im Reich ist es anders, da habe ich schließlich die Berechtigung, wenn die Gründe der Ressortchefs mich nicht überzeugen, so, wie der Ministerpräsident in England sie hat, wie sie bei uns ein Staatskanzler hatte: das Recht der Entscheidung, da werden auch solche Verschleppungen nicht vorkommen. Aber es kommt bei preußischen Vorlagen vor, daß, wenn man glaubt, die Sache wäre fertig, ein Separatvotum eingeht mit einem untergeordneten oder einem prinzipiellen Bedenken. Das muß erledigt werden, wir können die Herren nicht ab und zur Ruhe verweisen; das zirkuliert, da wird gegen votiert, und die preußische Maschine arbeitet so notwendigerweise langsamer als die Reichsmaschine. Ich bestreite aber, daß am 14. März die Herren nicht volle Zeit gehabt hätten, doch wenigstens einer Prüfung näher zu treten. Die Reichstagsitzungen haben in pleno doch erst nach Pfingsten begonnen, ich weiß nicht mehr das Datum, ich glaube 21. oder 26. Mai. (Zuruf.) Also 6. Juni. (Zuruf: Ja, nach Pfingsten.) Nun, sollte vom 14. März bis 6. Juni nicht dennoch Zeit gewesen sein für den preußischen Landtag, wenigstens einige Sitzungen der Prüfung des wirklich sehr bedeutenden Materials zu widmen, welches die Regierung ihm vorgelegt hatte? Wenn nicht andre Gründe obgewaltet hätten, als bloß der äußerlich vorgewandte der Entrüstung über „Verletzung der Würde“ und die Parallelsitzung, ich glaube, sachlich hätte man vollständig Zeit gehabt, und ich muß also die Behauptung des Zuspätvorgelegtwerdens bestreiten. Ich erinnere die Herren daran, daß wir in früherer Zeit im Juli, August und im September gefessen haben — diejenigen, die alt genug

sind, um mit mir noch des Vereinigten Landtages zu gedenken, — wir waren im Sommer beisammen. In der Zeit von 1848 bis in die ersten fünfziger Jahre wurde nach der Jahreszeit nicht gefragt, und wir haben im August hier gefessen, im September und auch im Juli, und das war die Verpflichtung, die wir mit der Wahl übernommen hatten.

Nun aber wird schon am 14. März auf „Nicht beschließen“ hingearbeitet und gesagt, wir haben nicht mehr Zeit, wir können nicht mehr, und man läßt die Zeit verfließen, bis es wirklich recht warm und recht hübsches Wetter und die Unlust außerordentlich groß geworden ist, wenn namentlich alle Landwirte Freude am Wachsen ihrer Ernten zu Hause haben — gerade das Datum des 14. März, das der Herr Abgeordnete anführt, ist ein recht selbstmörderisch schlagendes Argument gegen ihn und seine Freunde, daß noch vollständig Zeit war.

Dann sagt der Herr Abgeordnete, wir hätten das Gesetz selbst zurückgezogen; „der Reichskanzler hat auf die §§ 1 und 2 eine Antwort bekommen!“ Der Reichskanzler ist in Preußen gar nicht vorhanden, und es ist das wieder darauf berechnet, daß die meisten Herren das Verwendungsgesetz nicht kennen und das Publikum nicht weiß, daß die §§ 1 und 2 überhaupt das ganze Verwendungsgesetz sind, welches damit abgelehnt worden war. Was ist das für eine Laterna magica, Schatten an der Wand erscheinen zu lassen, dem Publikum zu sagen: zwei Paragraphen haben wir abgelehnt, dann hat die Regierung die Vorlage selbst zurückgezogen! Diese zwei Paragraphen waren eben das Essentielle des ganzen Gesetzes, und die Beratung über die andern Paragraphen wäre eine frivole Zeitverschwendung gewesen, über die

Sie sich wirklich hätten beschweren können. Also hier zeigt sich nur die Absicht, einen unrichtigen Eindruck auf die Wähler zu machen. Das Bedürfnis, zu beraten, lag auf seiten der Regierung, das Bedürfnis, die Sache tot zu schweigen, lag auf seiten derjenigen, die es für nützlich halten, daß steuerlich weiter exekutiert und die Unzufriedenheit nach Möglichkeit gesteigert werde. Unsere Aufgabe ist es, diese Tendenz nach Kräften zu bekämpfen.

Der Herr Abgeordnete sagt: „Es zeigt sich, daß es dem Reichskanzler immer schwerer wird, überhaupt noch mit einem Parlament zu regieren.“ (Sehr richtig! links.)

Ja, meine Herren, trifft das bloß mich? Sehen Sie nach England, ist es dort etwa leichter geworden in diesem Musterstaat, mit dem Parlament zu regieren? Sehen Sie, was mein verehrter Kollege, Herr Gladstone, für Schwierigkeiten hat, und sehen Sie, wie in jenem Lande die parlamentarischen Schwierigkeiten sich in Mordthaten, in Gewehr- und Pistolenschüsse und Verstümmelungen von Pächtern übersetzen. So schwierig ist es bei uns noch nicht geworden, wir leben noch in Ruhe und Frieden, und ich glaube, wir können, wenn wir die Verhältnisse rundum in Europa vergleichen, mit dem, was die deutsche und preussische Regierung, der ich seit zwanzig Jahren angehöre, geleistet hat, immer noch zufrieden sein.

Sehen Sie nach England! Ist es dort leichter geworden, mit dem Parlament zu regieren, als es früher war? Früher war das in England kinderleicht, solange nur zwei Parteien dort waren, die Whigs und die Tories, beide interessiert an der Erhaltung der Maschine, die stimmten und zählten untereinander ab, — wer die Majorität hatte, regierte. Ich habe schon auf dem vereinigten Landtag im Jahre 1847 das Gefühl gehabt,

daß diese Einrichtung schwierig werden würde, sobald es mehr als zwei Parteien, wenn es auch nur drei Parteien sind. Jetzt sind es vier Parteien in England, es wird also notwendig sein, ein Koalitionsministerium zu bilden, das zu einer einheitlichen Politik aus dem Grunde niemals im stande sein wird, sondern die Parteien, die in demselben vertreten sind, werden sich gegenseitig Konzessionen machen müssen. Die Torypolitik hatte die Majorität nicht mehr, die Wighs hatten sie an sich auch nicht, wie sie dieselbe sonst den Tories gegenüber früher öfter gehabt hatten ohne Zustimmung der dritten Partei, der Radikalen, und der vierten Partei: der irischen Katholiken. Ich weiß nicht, ob diese Herren mehr Irländer oder mehr Katholiken sind, ich habe nicht unter ihnen gelebt, — ich glaube aber das erstere, daß sie eben aus nationalen Gründen widerstreben. Jetzt ist eine Regierung in England schwer zu führen, die nicht die über hundert Köpfe zählenden irischen Deputierten für sich hat; infolgedessen ist der parlamentarische Mechanismus in England auch nicht mehr im stande, in seiner ursprünglichen Reinheit — *le jeu de nos institutions*, wie der Franzose mit Stolz sagt — zu fungieren.

Von Frankreich will ich nicht sprechen, da ich keinen Beruf habe, dort Anlaß zu Empfindlichkeiten zu geben; in England fürchte ich dergleichen nicht, man kennt meine Gesinnung für England, und ich habe auch nichts gesagt, was nicht frei auszusprechen wäre.

Sehen Sie sich doch weiter um, bei dem uns so eng befreundeten Oesterreich-Ungarn — ist es denn da leichter geworden, mit den Parlamenten zu regieren? Die sogenannten „Herbstzeitlosen“ unter den Deutschen in Oesterreich haben der Regierung die Möglichkeit, mit



den Deutschen zu gehen, ruiniert, aus denselben Gründen, aus denen ich vorgestern behauptete, daß eine Parteilregierung bei uns unmöglich ist: einmal, weil auch dort die Partei nicht stark genug war, und dann, weil jede Partei stets unter dem Eindruck der Fortentwicklung ihrer Parteirichtung steht. Diese Fortentwicklung findet notwendig in der Richtung ihres Extremis statt, das weitere Fortschreiten erfolgt in der Richtung, der die Partei überhaupt angehört. Eine konservative Partei wird der Gefahr der Reaktion immer unterworfen sein, wenn sie längert regiert; es wird sich immer einer finden, der noch in konservativerer Richtung weitergehende Theorien aufstellt und für die er, wie für alle Extreme, leicht die Menge der Parteiwähler gewinnt. Dasselbe ist in der liberalen Partei der Fall, da wird immer einer den andern überbieten im Liberalismus — so ist es in Frankreich gegangen seit 1789, so ist es in England gegangen seit der Reform —, und der Ueberbotene wird immer Unrecht bekommen und die Neuwahlen brauchen gar nicht mit Kaufus bearbeitet zu werden, wie bei uns und in England, sie werden von selbst sich schon dem, der mehr als der frühere auf die Regierung schimpft, zuwenden, und auf diese Weise wird jede Partei — und so ist es auch der deutschen Partei in Oesterreich, in Cisleithanien ergangen — durch die Maßlosigkeit doktrinärer Forderungen der extremen Parteigenossen schließlich in die bedauerliche Lage kommen, daß sie die Dynastie nötigt, sich mehr an andre Parteien und Elemente anzulehnen im Interesse ihrer Erhaltung, — eine Dynastie, die in Oesterreich nach ihren ganzen Traditionen, ohne irgend eine Nationalität zu bevorzugen, ursprünglich doch in den Deutschen das ihr zunächst zur Hand liegende

Instrument zur Regierung des gesamten Reiches sehen mußte.

Ich bitte Sie, meine Herren, sich das Beispiel der Herbstischen Partei in Oesterreich — der „Herbstzeitlosen“ nenne ich sie, weil sie nie etwas zur rechten Zeit gethan — (Geiterkeit) sich doch einigermaßen zu Herzen zu nehmen, wohin eine Parteitaktik führt, in der jeder Führer von morgen den Führer von heute überbietet, nachdem der Führer von heute den Führer von gestern durch Uebergot schon ruiniert hat. — Deshalb sage ich, ist eine Parteiregierung bei uns ganz unmöglich, und wenn sie angefangen hat, so wird sie sich in kürzester Zeit in der Maßlosigkeit der Doktrin, die den Deutschen noch mehr als andern eigentümlich ist, und in dem Druck der Wahldämpfe, die künstlich geschürt werden oder von unten aufsteigen, ruinieren. Bei uns kann nur parteilos regiert werden.

Also soviel über die Schwierigkeiten, mit einem Parlament zu regieren. Der Vorwurf trifft mich einigermaßen ungerecht. Wo haben Sie denn einen Minister, der zwanzig Jahre lang am Ruder geblieben ist? Bei uns ist er nicht vorgekommen, im Auslande noch viel weniger. Wenn ich so beschaffen wäre, daß ich überhaupt mit einem Parlament nicht regieren und leben könnte, daß mit mir nicht auszukommen wäre, — ich habe Parlament und Verfassung vorgefunden, als ich in den Dienst eintrat, — so darf ich wohl kühn behaupten, ich hätte es auf eine so lange Zeit nicht gebracht. So ganz untraitable kann ich also nicht sein; und ich glaube auch hier durch das einfache Faktum, daß ich so lange an der Spitze der Geschäfte des Vaterlandes gestanden habe, nachgewiesen zu haben, daß der Abgeordnete Richter mir

Unrecht gethan hat, indem er sagte, ich könnte mit einem Parlament nicht regieren. Mit einem Parlament von Richtern, mit einem Parlament, in welchem der Abgeordnete Richter eine Majorität hat, würde ich allerdings nicht regieren können, damit kann überhaupt kein Mensch regieren. (Heiterkeit.)

„Auch die Spur einer Selbständigkeit, einer selbstständigen geschäftlichen Behandlung verträgt er nicht!“  
Vertrage ich nicht jede Ablehnung? Wie viel Ablehnungen habe ich mir schon geholt! Der Abgeordnete Bamberger hat gesagt, das Feld wäre mit Trümmern abgelehnter Vorlagen bedeckt, — gegen wen spricht das? Es ist die Frage: waren die Vorlagen vernünftig, so ist es eine Niederlage für denjenigen, der sie abgelehnt hat, waren sie unvernünftig, so ist es gut, daß durch die Ablehnung der unrichtige Weg, auf dem die Staatsregierung gegangen ist, mit einem Schlagbaum geschlossen ist. Darüber sollten Sie doch schweigen. Es ist das natürliche Ergebnis konstitutionellen Lebens. Sie schlagen ja Ihrerseits gar nichts vor, Sie haben die Initiative der Gesetzgebung, warum haben Sie nie ernsthaft davon Gebrauch gemacht? Die Fälle sind gegenüber den 1000 Vorlagen der Regierung zu zählen. Es ist aber außerordentlich bequem, die Regierung immer sozusagen herauskommen zu lassen, sich in die Hinterhand zu setzen und alles anzugreifen, herunterzureißen und zu befritteln mit Weglassung von notwendigen Argumenten, die für die Regierung sprechen, von dem, was die Regierung irgend vorgebracht hat, nach dem Prinzip: ich habe keine Meinung, solange die Regierung keine ausspricht; sobald sie sich ausspricht, werde ich eine haben und werde ihr dann widersprechen. Wozu haben Sie die Initiative? Wie

können Sie es vor Ihren Wählern verantworten, daß Sie von Ihrer Initiative niemals Gebrauch machen, sondern sich bloß aufs Abwarten, aufs Vigilieren, auf die Hinterhand legen, um zu warten, welche Farbe die Regierung ausspielt, um dann das Gegenspiel zu ergreifen. Damit können Sie eine Regierung ermüden, und dadurch würde jemand, der weniger von der Hingabe für vaterländische Zwecke getragen wird als die jetzige Regierung, ermüdet werden, zunächst schon einfach mit dieser Zwickmühle, die der Abgeordnete Richter wieder angeführt hat: „niemand sollte Verwendungszwecke festsetzen, ehe die zu verwendenden Summen vorhanden seien“, und auf der andern Seite: „man hat sich geweigert, das Fell des Bären zu teilen, der noch nicht geschossen ist, und wir weigern uns, im Reichstage den Bären zu schießen.“ Ja, dann mögen Sie doch ein andres Jagdobjekt vorschlagen, oder Sie bestreiten, daß wir überhaupt eine Vorlage brauchen.

Das ist also die Frage, die uns künftig beschäftigen wird: die Frage des Bedürfnisses, und auf dem Felde erwarte ich Sie; es wird immer das dem Herrn Abgeordneten Richter so unangenehme Gespenst des preussischen Exekutors sein, welches uns auf diesem Felde immer wieder begegnen wird. Aber ich mache nur darauf aufmerksam: wäre es nicht wirklich des preussischen Landtags und des Reichstags würdig, daß, wenn Sie der jetzigen Regierung, die sich abquält, Ihnen Vorlagen zu machen, jede Konzession verweigern, Sie endlich Ihrerseits einmal eine Andeutung machen, wohin Sie wollen? Geben Sie uns in dieser Richtung etwas, daß wir es thun, oder daß Sie sich vor dem Lande mit der Erklärung von der Verantwortlichkeit hinstellen: wir halten

die jetzigen Zustände so vortrefflich, wie Candide die Zustände der Welt hielt, und wollen sie in Ewigkeit beibehalten und werden diesem Ministerium, solange es regiert, nicht gestatten, daß es auf der erstrebten Bahn einen Schritt vorwärts kommt. Das wollen wir nur vor der Bevölkerung klar stellen. Der Wähler ist ja bisher über die Frage, wen er wählt und wofür, vollständig im Dunkel, er erfährt ja gar nicht, was hier verhandelt wird; er liest nur seine Presse, und da gibt jeder nur das, was seine Partei gesprochen hat, da herrscht die Agitation der Fraktionen, deren Interessen stehen voran, die Gründe der Regierung bleiben unerwähnt.

Der Herr Abgeordnete hat ferner mir eine Intention untergeschoben, die ich nicht habe und auch nicht kundgegeben, nämlich den Mißbrauch der Auflösung. Er hat gesagt, ich würde so lange auflösen, bis der Landtag zu Kreuze kriecht. Meine Forderung an den Landtag ist viel konstitutioneller; ich sage: der König hat das Recht und wird von diesem Rechte so lange Gebrauch machen, ihn aufzulösen, bis der Landtag auf die Frage, die vom Könige vorliegt, eine Antwort mit Ja oder Nein giebt. Fällt diese Antwort mit Nein aus, so wird der König sich vor der Verfassung beugen und sagen: Sie haben das Recht, abzulehnen, und die Verantwortung für Ihre Ablehnung. Sie haben das Recht, abzulehnen oder zu bewilligen, ich bedaure Ihre Ablehnung; aber wegen solcher wird man nicht wiederholt auflösen. Aber den Landtag, der Strife macht, wird man mit dem Beifall der ganzen Bevölkerung dauernd auflösen und die Regierung hat ein Recht, die Meinung des Landes durch dessen Vertreter zu erfahren, und eine parlamentarische Versammlung, die aus Parteirücksichten, weil ihr die Besprechung

der Sache unangenehm ist, weil sie fühlt, daß ihre Sache, die sie dabei vertritt, eine schwache ist, die deshalb die Diskussion totschweigen und verhindern will, die wird fünfzigmal aufgelöst werden können, ohne daß man konstitutionelle Prinzipien verletzt. Ein Recht auf Aeußerung, auf „Ja“ oder „Nein“ haben wir; wir verlangen nur, daß geprüft wird. Sobald der preußische Landtag seinerseits auch ablehnt, das habe ich ja schon gesagt, dann ist die Sache fertig, dann haben wir weiter nichts zu thun, und ich habe noch hinzuzufügen, daß mir persönlich das nicht unangenehm sein wird.

Der Abgeordnete hat ferner gesagt:

Woraus ist denn in Preußen der Konflikt entstanden? Aus der Schwäche einer liberalen Mittelpartei, die auf die Heeresorganisation nicht eine direkte Antwort gegeben hat.

Das bestreite ich; der Konflikt ist entstanden dadurch, daß eine Mehrheit des Abgeordnetenhauses sich ihrerseits in Konflikt setzte mit dem Geist und Beruf der preußischen und deutschen Nation. (Sehr richtig! rechts.)

Die Thatsache war, daß der König mit seinen Vorklagen die nationale Sache vertrat, der König mit seiner Armeeorganisation, und daß der König lediglich aus parlamentarischer Machtlust, aus Parteitaktik bekämpft wurde. Dieselben Herren sagen, sie wären von Anfang an für das Deutsche Reich thätig gewesen, und sie hätten eigentlich das Verdienst, daß es überhaupt zustande gekommen, und sie hätten den Gedanken zuerst gehabt. Das letztere, die Priorität ist einmal nicht da. Wer hat 1813 und 1815, in der ganzen Zeit seither, das Deutsche Reich nicht gewünscht? Vielleicht kaum ein reaktionärer Heißsporn, wie mir kaum einer bekannt ist; denn selbst ich,

ehe ich durch die Erbitterung über die Barrikade 48 beeinflusst wurde, kann doch viele Zeugnisse aus meinem früheren Leben dafür anführen, daß mir eine nationale Neubildung Deutschlands immer vorgeschwebt hat. Diejenigen Herren, die jetzt behaupten, sie hätten die bestehende Gestalt gemacht, die haben stets fromme Wünsche in ihrem Herzen gehabt, ich habe mich praktisch ans Werk gelegt, diesem Wunsche Folge und Erfüllung zu bieten; Sie haben gerade das Gegenteil von dem, was für jeden praktischen und klaren Kopf notwendig war, gethan, um die Neubildung des Deutschen Reichs herbeizuführen. Wer auch nur die Anfangsgründe der Politik je berührt hat, der mußte sich sagen, daß ohne die preußische Armee, und eine starke preußische Armee, der deutschnationale Gedanke sich gar nicht verwirklichen ließ, und ohne daß der König von Preußen ihn sich aneignete; und die Aufgabe lag nicht darin, Reden auf der Tribüne zu halten und zu überzeugen Leuten zu sprechen, sondern sie lag darin, die Zustimmung des Königs von Preußen zu den allein praktischen und durchschlagenden Maßregeln zu gewinnen und dem König von Preußen eine hinreichend starke Armee in die Hand zu geben, daß er sich zum Vollstrecker der nationalen Bedürfnisse machen konnte. Auf diesen Gedanken, meine Herren, ist keiner von Ihnen gekommen; jeder von Ihnen hätte 1862 an meiner Stelle Minister werden und beim Könige vielleicht noch bessere Aufnahme finden können, als ich, da damals der Herr mich für zu reaktionär hielt, um mir das volle Vertrauen sofort in die Hand zu geben. Aber wer von Ihnen hat überhaupt irgend nur einen Gedanken in der Richtung geäußert? Wer hat nun den Wunsch ausgesprochen, Preußen soll eine starke Armee

haben? Sie haben gesucht, diese Armee zu zerbröckeln, zu untergraben (Widerspruch links), zu einer Miliz zu machen, mit einer zweijährigen Dienstzeit und einer noch kürzeren; wenn wir forschen in den damaligen Reden, werden wir die Berufung auf amerikanische Zustände finden, auf die Miliz. Glauben Sie denn wirklich, daß man damit das hätte machen können? Sie sind damit auf dem Holzwege gewesen und haben gerade am unrechten Ende die Sache angefangen; das, was Ihnen helfen konnte, die preußische Armee, haben Sie bekämpft und unterdrückt, Sie haben den Offizier gehaßt und angefeindet. Ich erinnere an die Zeit von Sobbe und Puzki und dergleichen Erscheinungen, wie die Presse dergleichen Sachen eifrig aufnahm, wie sie die Vergehen einzelner dem Stande zur Last legte. Lesen Sie die Presse von damals; wie ist die Armee verhöhnt worden, die allein der Träger des nationalen Gedankens schließlich geworden und geblieben ist! Es war damals immer die Rede vom Professor und Presse auf der einen Seite und Armee auf der andern Seite, und das erste, was man bei meinem ersten Auftreten als Minister von mir sagte, war etwas, was mir sehr schmeichelhaft war, man sagte mir: dem sieht man auf den ersten Blick an, der ist nichts, wie ein preußischer Offizier in Zivil. Ich habe das Anerkenntnis dankend angenommen und das Gefühl als preußischer Offizier, wenn ich auch nur die äußerlichen Kennzeichen davon habe, trägt mich noch höher auf der Woge der nationalen Bestrebungen, der Vaterlandsliebe, als irgendeine parlamentarische Attribution, die ich hier ausübe. (Bravo! rechts.)

Ich muß nach der Reihenfolge des Leitfadens gehen, den ich hier habe.



Da wird gesagt: „Der Reichskanzler war nicht immer gegen die Fraktionen.“ Ja, meine Herren, das kommt sehr auf die Fraktionen an. Gegen die Fortschrittsfraktion, das Zeugnis muß mir doch der Herr Abgeordnete geben, bin ich seit 20 Jahren so stetig wie eine Magnetnadel immer gewesen, und die Gefahr, die uns von seiten der Fortschrittspartei, von seiten dieser in ihrem Herzen streng royalistisch-republikanischen, unbewußt republikanischen... (Oho! links.) Ja, meine Herren, Sie kennen sich selbst nicht, das ist aber doch die erste politische Regel. (Heiterkeit.)

Sie kommen notwendig dahin. Die Leute zur Zeit Mirabeaus haben auch nicht geglaubt, zur Republik zu kommen, und ich weiß noch mehr fremde Staaten, wo die Machthaber und Radikalen es heute noch nicht glauben und den Gedanken mit Entrüstung zurückweisen; Sie werden es vielleicht noch erleben, daß auch in andern Ländern das noch vorkommt. Was die geschichtliche Entwicklung und Beobachtung anlangt, können Sie meinem Urtheile immer einigen Glauben schenken, wenn ich auch hier in Deutschland nie auf das Maß von Vertrauen Anspruch machen werde, was man mir im Auslande schenkt.

Also es kommt immer auf die Fraktionen an. Ich bin nur gegen den Gedanken, daß die Fraktion etwas andres sei als das Instrument und der Weg, sein patriotisches Interesse für die Gesamtheit zu bethätigen, und daß die Fraktion jemals Selbstzweck wird, und ich habe die Befürchtung ausgesprochen, daß wir auf dem Wege sind, daß der Fraktionsgedanke den Reichsgedanken verdunkelt, daß wir die allgemeinen Gesichtspunkte aus den Augen verlieren, hauptsächlich wegen der deutschen Eigen-

schaft: der Korpsgeist, wie wir ihn auf den Universitäten haben, daß der Kampfeszorn zwischen den verschiedenen rivalisierenden Parteien zu heftig geworden ist. Gerade so, wie wir in Deutschland sehr viel Schwierigkeiten haben, Zwistigkeiten zwischen den Regimentern einer Garnison zu verhindern, die verschiedene Uniform oder nur verschiedenes Lederzeug tragen — wer Soldat gewesen ist, weiß, daß der Deutsche sofort bereit ist, bande à part zu machen und mit großer Erbitterung gegen den Partei zu nehmen, der nicht dieselben Knöpfe an der Uniform trägt, der dem Vaterlande auf eine andre Weise zu dienen glaubt, wie er selbst. Die Zwecke der Fraktionen bekämpfe ich ja gar nicht, nur die zornigen Auslassungen, die es nicht zulassen, eine Verständigung untereinander herzustellen — ich kann eine Verständigung nicht zustande bringen.

Der Herr Vorredner sagt ferner:

Wir sind fest und einig, weil unsre Wähler es sind; die Mehrheit in den Fraktionen ist nicht bestimmend, wenn der Wahlkreis anders denkt.

Ja, meine Herren, wie denkt der Wahlkreis? Das ist sehr schwer zu bestimmen, dann müßte der ganze Kaukus — diese ganze Kaukuserfindung ist es ja, was jetzt die englischen Wahlen beherrscht und in unsern Wahlen mehr und mehr herrschend wird — da bildet sich eine Association, die die Fäden der Presse, des Vereinswesens und der Korrespondenz dergestalt in den Händen hat, daß es in jedem Wahlzentrum eine Anzahl von Vertrauensmännern und Organen gibt, die von demselben Hauptzentrum bedient und geleitet werden, und wo sofort per Telegraph die Parole ausgegeben werden kann, und wenn in irgend einer Stadt — ich will jetzt einmal

von England sprechen — also von 30 bis 40 Kaufus-  
affoziierten eine Parole, ein Name ausgegeben wird und  
jeder für einen Einfaltspinsel und Feind gehalten wird,  
der etwas andres will, dann sind 40 Menschen, wo außer  
ihnen sich keine drei gegenseitig verständigt haben, ein  
ganz kompaktes Bataillon, die ergreifen nun Besitz von  
der Position, mehren sich schnell, und man getraut sich  
schwer, gegen sie aufzukommen; es ist gewissermaßen eine  
Besatzungstruppe, die in jeder Wahlfestung von einer  
bestimmten Partei unterhalten wird, und mit der man  
durch Telegraph und Presse in Verbindung steht, und  
die sofort im stande ist, sobald der Wahlkriegszustand in  
diesen Wahlorten erklärt wird, 40 oder 100 Mann stark  
geschlossen, nach einem bestimmten Befehl laut und sicher  
aufzutreten. Mit diesen Kaufusstimmen, — wer das  
kennt, der lacht darüber, wenn er nachher von dem Willen  
der Nation, von den Stimmungen in den Wahlkreisen  
hört: nur ein Kaufusaffocié wird unter Umständen den  
andern aus dem Sattel heben, und dieses Ausdemfattel-  
heben des Gemäßigten durch den Weitergehenden liegt  
in der natürlichen Entwicklung der Zukunft.

Also, wenn der Herr Abgeordnete Bamberger z. B.  
hier im Namen der Nation sprach, wenn der Herr Ab-  
geordnete Richter sagte, das Volk selbst schließt sich immer  
mehr zusammen zu einem Ring, so möchte ich doch die  
Frage stellen: was hat denn der Herr Abgeordnete Bam-  
berger für ein Recht, im Namen der deutschen Nation  
zu sprechen, und was hat der Herr Abgeordnete Richter  
mehr Recht als ich, im Namen der deutschen Nation zu  
sprechen? Den Herrn Abgeordneten Bamberger möchte  
ich bitten, einmal einen Rückblick auf unsre Vergangen-  
heit zu werfen. Wir sind beide — ich im Jahre 1847

und er im Jahre 1848 in die Oeffentlichkeit der Politik getreten. Ich will die Thür, durch die wir eintraten, hier ganz außer Betracht lassen, ich rechte mit der Vergangenheit nicht. Seitdem hat der Herr Abgeordnete einen erheblichen Teil seiner Vergangenheit in Paris zugebracht. Soviel ich weiß, liegt seine Auffassungsweise noch mehr domiziliert in jener großen Hauptstadt an der Seine, als bei uns; der Herr Abgeordnete Bamberger würde, wenn das in Frankreich zulässig wäre, jedenfalls sujet mixte sein. Und was hat der Herr Abgeordnete Bamberger in der Zeit praktisch zur Förderung unsres Nationallebens überhaupt gethan? Blicken wir auf die dreißig Jahre zurück, was der Herr Abgeordnete Bamberger seitdem gesprochen und geschrieben hat, und was ich seitdem geleistet habe, und dann glaube ich, werden Sie finden, ich bin berechtigt zu der Behauptung, daß ich, der deutsche Reichskanzler, der ich nach dem Willen des Kaisers bin, mehr Recht habe, im Namen der deutschen Nation zu sprechen, als Herr Bamberger. Wenn ich nicht durch meine Eigenschaft als Mitglied des Bundesrates behindert wäre, so zweifle ich nicht, daß mir ein Wahlkreis in diesem Lande eröffnet würde, und daß ich dann gerade im Namen der deutschen Nation und des Wahlkreises sprechen könnte. (Sehr richtig! rechts.)

Jetzt, wo ich bloß den Kaiser, meinen Herrn, und die verbündeten Regierungen und, wie ich glaube, eine gewisse Sympathie, deren Teilnehmer nach Köpfen noch stärker ist, als die Majorität, die der Herr Abgeordnete Bamberger bei der Wahl gehabt hat, wenn wir alle die auszählen könnten, die ich für mich hätte, so glaube ich doch, daß ich mehr Anspruch darauf habe, mich für einen

Vertreter, ich will nicht sagen, für den Vertreter der deutschen Nation zu halten, als jemand, der mit einer schwachen Majorität aus irgend einem Wahlkreis hervorgegangen ist. Wenn ich der deutschen Nation widerstrebte, dann wäre ich nicht so lange in dieser Stellung, es würde mich wie der Sturmwind hinweggeweht haben; also diesen meinen Anhalt am deutschen Volke wird mir der Herr Abgeordnete Bamberger nicht nehmen, und sein Baum auf dem Boden wächst nicht an die erste Zweigtheilung des meinigen heran.

Der Herr Abgeordnete Richter hat ferner gesagt: „uns fesselt wahrlich nicht Ehrgeiz an diesen Platz; es gibt viele, die in ihrem Berufe schwere Opfer bringen.“ Findet das nun Anwendung auf alle diejenigen, deren Beruf hauptsächlich in der Thätigkeit in der Presse besteht? Von denen bestreite ich, daß sie irgend ein Opfer bringen, im Gegenteil, je länger die Sitzung dauert, und je lebhafter sie daran beteiligt sind, desto mehr sind sie in der Lage, sich zugleich mit ihrem Beruf zu befassen und ihn mit mehr Erfolg, mit verdoppelten Kräften und verstärktem Kapital zu betreiben. Allerdings für eine große Anzahl unter uns, für alle diejenigen, die auch dann noch, wenn sie aufhören, Abgeordnete zu sein, Geschäfte haben, die ihnen am Herzen liegen, die zur Erhaltung ihres Lebensstandes erforderlich sind — für die ist es außerordentlich hart, ist es ein großes Opfer, und ich bedauere, daß wir genötigt sind, das zu fordern. Wir würden es in viel geringerem Maße fordern, wenn wir etwas mehr — ich will nicht sagen Entgegenkommen, sondern etwas mehr Offenheit, Aufrichtigkeit und Schnelligkeit im Arbeiten fänden, daß man uns einfach ja oder nein sagt, zu früherer Zeit, daß man uns nicht hinhalten

möge durch die Thatsache, daß man statt der Vorlagen immer das Ministerium persönlich bekämpft, ohne es vor einer großen Anzahl der Wähler offen eingestehen zu wollen. Es wird keine Rede gehalten, auch selbst von dem Herrn Abgeordneten Bamberger nicht, wo nicht am Schluß eine Anerkennung für mich kommt über meine außerordentlichen Verdienste; das glaubt er seinen Wählern schuldig zu sein. (Heiterkeit.) Aber dann kann er um so schärfer und mit um so giftigeren Pfeilen mich angreifen; denn er ist ja mein Freund, mein Bewunderer. Er hat ein Buch über mich geschrieben im Jahre 1867, auf das ich stolz bin. Also er ist vielmehr in der Lage, von dieser Stellung aus mich herabzusetzen in der Öffentlichkeit, indem er immer sagen kann: ich erkenne ja seine Verdienste an. Aber hier findet wirklich das statt, was der Herr Abgeordnete Richter an irgend einer Stelle, die ich nicht finde, gesagt hat, ich sollte einmal behauptet haben, daß man wahnsinnig sein müsse, um das Geld — (Zuruf links: Minister Lucius!) oder Minister Lucius, nun gut, das ist mein Kollege. Aber vergegenwärtigen sich denn die Herren nicht, daß, wenn Sie das au pied de la lettre nehmen, da die Zustimmung der Abgeordneten zur geschehenen Verwendung vorliegt, daß Sie damit denselben Vorwurf der Geisteskrankheit auf die Majorität werfen, die dieser Verwendung zugestimmt hat? Das kann unmöglich in Ihrer Absicht liegen. Herr Lucius kann nur Verwendungen gemeint haben, die willkürlich gemacht würden, ohne Zustimmung gemacht würden. Bloße Vorschläge, bloße Einwilligung in die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses über die Verwendung der Gelder können mit dem Worte unmöglich gemeint sein.

Der Herr Abgeordnete Richter hat ferner gesagt,

ich hätte die Sprache des Absolutismus gesprochen. Ja, meine Herren, das ist nicht zutreffend; aber ich würde, wie ich schon bei früheren Gelegenheiten gesagt habe, keinen Augenblick anstehen, die Sprache des Absolutismus zu reden, wenn ich mich überzeugen müßte — wovon ich bisher nicht überzeugt bin —, daß Absolutismus und Patriotismus übereinstimmend sind, daß die deutsche Nationalität, die deutsche Unabhängigkeit nach außen und nach innen Schutz und Würdigung nur bei den Dynastien findet, und namentlich bei meinem Herrn, dem Könige von Preußen. Kurz und gut, wenn ich optieren müßte zwischen meinem Vaterlande und der parlamentarischen Majorität, so kann meine Wahl niemals zweifelhaft sein. Ganz abgesehen davon — soweit wie ich es hier ausspreche, glaube ich es jedem zum Muster empfehlen zu können, daß er zwischen Patriotismus und Liberalismus nie zweifelhaft sein sollte in der Wahl — wenn ich in meinem innersten Gefühl unter Umständen noch weiter gehe und wenn ich entschlossen bin, selbst mit einem Unrecht habenden Monarchen, wenn er mein angestammter Herr ist, auch dann zu Grunde zu gehen, wenn er im Unrecht ist — das ist meine ganz persönliche Liebhaberei, die will ich niemand empfehlen. Ich vertrete auch amtlich die Sache nur so weit, daß ich sage, es ist traurig genug, wenn in der Ueberzeugung eines Mannes, der so in Geschäften steckt wie ich, und der, wie ich glaube, ein ruhiges Urtheil darüber sich bewahrt hat, schließlich die Worte „Absolutismus“ und „Patriotismus“ näher verwandt werden, als verfassungsmäßig wünschenswert ist.

Der Herr Abgeordnete sagte schließlich: „Da war es die Nation, da waren es Männer auf der liberalen

Seite zumeist, die im Widerspruch mit den Dynastien den deutschen Gedanken lebendig erhielten.“ Ja, meine Herren, lebendig erhielten wie im Käfig, wie man einen Vogel, einen Spatz im Käfig hält oder einen Papagei. Man hat darüber gesungen, Schützen- und Turnfeste gehalten, so war der Gedanke lebendig. Wer aber hat für den Gedanken gewirkt und gearbeitet, wer hat den Entschluß gehabt so wie ich — ich habe es schon einmal auf dieser Stelle gesagt — so wie ich es im Jahre 1862 gethan habe, daß ich meine ganze Lebensexistenz und nach den Behauptungen der damaligen fortschrittlichen Blätter vielleicht meinen Kopf — es gingen die Redensarten von Strafford und Polignac — einsetzte, um die Möglichkeit zu haben, die Zustimmung des Königs von Preußen zu einer nationalen deutschen Politik zu gewinnen? Und auf der andern Seite wollte ich meinem Herrn, der sagte: ich weiß niemand, wollen Sie mir auf jede Gefahr hin dienen? — meine Dienste nicht versagen. Ich habe damals Mitwirkung gesucht, ich habe Vertreter gesucht, ich fand keine. Warum haben die Herren, die den deutschen Gedanken so tief im Herzen tragen und von Geburt an gepflegt und gehegt haben, aber heimlich, recht heimlich, ohne etwas dafür zu riskieren (Zuruf links), warum sind Sie damals nicht hervorgetreten? Was haben Sie riskiert? (Ruf: Gefängnis, alles!) — Das war wohl nicht für den nationalen Gedanken, das wird wohl andre Gründe gehabt haben. (Heiterkeit.) Ich will niemand unrecht thun, ich weiß solche, die wirklich für den nationalen Gedanken gelitten haben; man braucht nur an die Burschenschaft zu denken, und an einige, die in irrtümlicher Auffassung der Mittel, weil ihnen das Verständnis für die politische Situation



fehlte, anstatt zu suchen, eine hinreichende Armee in Deutschland zu schaffen, dieses Mittel in ihrer schwachen Faust und auf der Barrikade suchten. Das kann jedem passieren, und für die habe ich keine Ranküne, die habe ich nicht nennen wollen; ich bedauere, daß ihnen das Unglück passiert ist. Aber ich habe eine sehr angenehme Stellung vollständig aufs Spiel gesetzt, und wenn beispielsweise die innere Campagne gegenüber der Fortschrittspartei mißglückt wäre, wenn man mich fallen ließ, ich weiß nicht, was aus mir geworden wäre. Das hatte man mir jedenfalls zugesichert, daß von meinem Vermögen nichts übrig bleiben würde; man hatte sogar mit Zuchthausstrafe gedroht. Das ist die Aussicht, die mir in fortschrittlichen Blättern gestellt wurde. Aber nehmen Sie bloß an: wenn wir im Kriege Unglück gehabt hätten; außer mir hat niemand riskiert, einen Krieg zu fördern, aus dem er nicht kommen durfte, wenn der Krieg fehlschlug; und das hing nicht von mir ab, ob er fehlschlug.

Ich bin sehr selten geneigt gewesen, eine oratio pro domo zu halten; aber wenn der Herr Abgeordnete Richter mir gegenüber als Rivale in den Verdiensten für Schaffung des Deutschen Reichs und des nationalen Gedankens auftreten will, da muß auch ich in dem Sinne sprechen und ihm einfach sagen: da kommen Sie nicht mit mir mit. (Lebhaftes andauerndes Bravo rechts, Zischen links.)

---

## 4. Die parlamentarische Stellung des Reichskanzlers.

14. Juni 1882.

Der Abgeordnete Bamberger erwiderte dem Reichskanzler auf das Vorstehende in längerer Rede, deren Inhalt sich für den Leser aus der Entgegnung des Fürsten Bismarck von selbst ergibt; zunächst ging dieser noch kurz auf einige Behauptungen des Abgeordneten Richter ein:

Ich will zuerst gegenüber der Behauptung des Herrn Abgeordneten Richter, daß in Amerika kein Kornzoll existierte, anführen, daß ich mir inzwischen den amerikanischen Tarif habe geben lassen, und derselbe enthält unter Roggen den Satz: per Bushel 15 Zent; das ist etwa am Roggen berechnet meiner Annahme nach 50 Pfund, das macht also auf den Zentner 30 Zent, 30 Zent sind etwa ein Drittel eines Dollars, der hat 4 Mark und etwas darüber, also es ist der Schutzzoll, der auf Roggen in Amerika lastet, mehr wie 1 Mark per Zentner gegen unsre halbe Mark, und der Abgeordnete Richter wird mir danach zugeben, daß er irrtümlich seine Behauptung aufgestellt hat.

Dann unter Weizen steht: per Bushel 20 Zent; das macht nach meiner Rechnung auf den Doppelzentner Weizen etwa 3,15 Mark, also auf den einfachen 1,62 Mark. Ich habe also vollständig recht gehabt, zu behaupten, daß in Amerika der Schutzzoll erheblich höher ist als bei uns, und der Abgeordnete Richter wird vielleicht selbst Neigung haben, seine Angabe zu berichtigen.

Der Abgeordnete Bamberger nötigt mich, auf einige Angriffe, die doch auch wiederum den Gegenstand viel weniger treffen als meine Person, zu antworten. Da

muß ich ihm zuerst allerdings zugeben, daß mir mitunter die Zeit fehlt, alles zu hören und auf alles zu antworten. Auch selbst, wenn ich ganz gesund wäre, würde sie mir fehlen, denn ich habe nicht nur Nebengeschäfte außer den parlamentarischen, sondern mein eigentlicher Beruf ist gar nicht der parlamentarische. Wenn ich als Reichskanzler hier erscheine, so ist meine Legitimation ziemlich zweifelhaft. Ich habe als preussischer Bevollmächtigter ein Recht, hier zu erscheinen, aber doch durchaus nicht die Pflicht; es ist ein freiwilliger Dienst, den ich der gegenseitigen Verständigung leiste, wenn ich überhaupt hierher komme und mit Ihnen diskutiere; ich habe eine verfassungsmäßige Verpflichtung dazu nicht; und wenn der König von Preußen sein Gewicht von dem Reichsboden mehr als bisher zurückziehen wollte, dann brauchte er bloß seinen Vertretern im Bundesrate zu empfehlen, im Reichstage nicht mehr zu erscheinen und nicht mehr zu diskutieren. Das wäre nicht verfassungswidrig, denn wir haben keine Verpflichtung. Ich vertrete hier auch nicht meine Ansichten, sondern die Beschlüsse des Bundesrats, der per majora beschließt. Ich prästiere also diligentiam recht erheblich, wenn ich diese Lücke der Verfassung überhaupt decke mit einer Bereitwilligkeit, hier einzutreten; aber es wird auch der Anspruch, der an mich gestellt wird, dadurch übertrieben, daß viel zu wenig sachlich diskutiert wird (Lachen links), sondern jede Einwendung damit anfängt: der Herr Reichskanzler hat gesagt. Hätte er nun die größte Thorheit gesagt, so ändert dies, wie ich schon öfters bemerkt habe, in der Sache gar nichts; man greift immer viel mehr meine Person an, meine Tendenz, meine Politik, man bleibt nicht bei der Sache; meine Person wird also

künſtlich herangeholt, weit über das Maß hinaus, was berechtigt iſt, und dem Rede zu ſtehen ich verpflichtet bin. Es handelt ſich hier darum, ob Vorlagen, die ich bringe, zweckmäßig ſind, aber nicht darum, ob ich überhaupt ein brauchbarer oder wünſchenswerter Miniſter bin oder nicht. Die Herren weichen immer ab von der Sache, (Lachen links) ebenſo wie früher ein preußiſcher Landtag. Es tönt mir die Stimme des Herrn Abgeordneten Virchow noch in den Ohren: „der Herr Miniſterpräſident hat geſagt“; anders hat er nie einen Satz angefangen. Was ich geſagt habe, war unter Umſtänden ganz gleichgiltig. Wenn er geſagt hätte: die Vorlage, dann hätte ich das zugegeben. Es iſt erſtaunlich, wie oft mein Name angeführt iſt; er iſt ganz gleichgiltig, es iſt hier von keiner Politik des Reichskanzlers die Rede, ſondern ich vertrete die Beſchlüſſe des Bundesrats, und wenn Sie ſachlich bleiben wollten, müßten Sie ſagen: die verbündeten Regierungen haben die Vorlagen gemacht — ſo müßten Sie mich aus dem Spiel laſſen. Aber meine Perſon reizt Sie, meine Art zu ſprechen reizt Sie, ich bleibe Ihnen zu lange an dieſer Stelle. Das begreife ich ja, andre wollen ja auch einmal heran; aber laſſen Sie mich doch Ihre Verſtimmung nicht entgelten, denn ich habe Ihnen ja ausdrücklich geſagt: es iſt nicht mit meinem Willen, daß ich bleibe. Ich würde Ihnen ſehr gern Platz machen, ich würde mich außerordentlich freuen, Sie operieren zu ſehen. Wenn Sie meine Perſon mehr aus dem Spiele ließen, dann würden Sie dieſer Häfeleien, auf die ich genötigt bin zu reagieren, überhoben ſein, würden außerordentlich viel Zeit gewinnen, und die Sachen würden dadurch nur gewinnen. Ich muß ſchließlich lediglich im Intereſſe des Geſchäftsganges mich da-

mit vertraut machen, daß ich überhaupt hier wegbleibe; denn ich wirke gewissermaßen, wie das rote Tuch — ich will den Vergleich nicht fortsetzen — (Heiterkeit) ich habe früher gesagt, wie der Auff, der Uhu in der Krähenhütte: sowie ich komme, ist etwas los. Der Herr Abgeordnete Lasfer hat gesagt: der Reichskanzler wird eine große Aktion machen. Ich hasse große Aktionen und bin vergnügt, wenn ich dessen überhoben bin.

Der Herr Abgeordnete Bamberger hat gesagt, mein ganzes System sei falsch. Ja, diese Ueberzeugung ist vollständig gegenseitig, es ist eine *petitio principii*; ich halte das System des Herrn Abgeordneten Bamberger von Grund aus falsch und das der ganzen Fortschrittsparthei; ich halte den ganzen Freihandel für falsch. Also mit dieser allgemeinen Behauptung, daß wir unser System gegenseitig für falsch halten, kommen wir nicht weiter, das ist eine ganz selbstverständliche Sache. Ich glaube, Sie sind im Irrtum, und Sie glauben, ich bin im Irrtum, und wir plaidieren jeder für seine Sache vor der Nation, nicht vor der Nation, die der Herr Abgeordnete Bamberger meint zu vertreten, sondern vor der Nation, wie sie in den nächsten zehn Jahren schließlich wählen wird. Meine Politik reicht weiter, als bis zu den nächsten Wahlen; wenn ich mich darauf hätte beschränken sollen, wenn ich die nächsten Wahlen hätte befürchten sollen, hätte ich mich auf Politik nicht eingelassen. Ich bin gewohnt, mit weiteren Perioden in der Politik zu rechnen, als mit der einer Reichstagsession.

Der Herr Abgeordnete Bamberger hat behauptet, ich hätte das Schutzollsystem und das Monopol aus Frankreich genommen. Es ist nicht unsre Schuld, sondern die Schuld der Geschichte, daß uns Frankreich, weil es

früher zu einem einheitlichen Staat gekommen ist, weil es früher seine Unabhängigkeit gehabt hat und eine freiere Anwendung und Bewegung seiner Gesetzgebung auf eine große Nation, was uns ja bis vor kurzem vollständig gefehlt hat, daß Frankreich uns in manchen Beziehungen in der geschickten und wohlthuenden Behandlung einer Nation durch die Gesetzgebung einen Vortritt abgewonnen hat. Wollen wir uns nun deshalb, weil Frankreich das Monopol hat, auf den Standpunkt des Herrn Bamberger stellen, daß wir von dergleichen nichts wissen wollen? Ich lerne sehr gerne, ich lerne auch vom Herrn Abgeordneten Bamberger sehr gerne, ich behaupte nicht, ausgelernt zu haben, aber den Schutzzoll haben wir von daher nicht geholt. Wir haben ihn unter Friedrich dem Großen in sehr hohem Maße gehabt, wir haben ihn zur Zeit des alten Zollvereins — der Tradition, auf die man sich so gerne beruft — in dreifach höherem Maße gehabt, und der Versuch, uns davon loszusagen, ist ein ganz neues Experiment, was vor 15 oder 20 Jahren seinen Anfang genommen hat, und was sich nicht bewährt hat, weil es uns nahe an den Hungertod und an die Auszehrung gebracht hat. Alle Nationen, die Schutzzölle haben, befinden sich in einer gewissen Wohlhabenheit, und auch Frankreich, was an dieser angeblich aushungernden Krankheit seit Jahrhunderten und länger, seit Colbert, leidet — wir finden, daß es prosperiert, daß es trotz seiner ungeheuren Verwüstungen, die durch innere Revolutionen und Kriege entstanden sind, doch eine sehr reiche Nation ist, von der es schon im vorigen Jahrhundert zweifelhaft war, zur Zeit des siebenjährigen Krieges, ob Frankreich oder England reicher wäre, und die noch heute die ungeheuren Kosten ihrer Revolutionen

und Kriege mit einer Sicherheit ertragen kann, wie sie die die unsrige weit übersteigende Militärlast mit einer Freudigkeit trägt, die uns zum Beispiele dienen sollte.

Was hat Amerika für große Geschäfte gemacht finanziell und wirtschaftlich von dem Augenblick an, wo es den doppelten, fünffachen, zehnfachen unsrer Schutzzölle eingeführt hat, wo es überhaupt das Prinzip verfolgt, seine Gesetzgebung nur für den Schutz der Amerikaner zu machen! Amerika ist reich geworden, bezahlt seine großen Schulden von den innern Kriegen in einem Maße ab, dessen Ziffern auf uns einen unwahrscheinlichen Eindruck machen, aber doch richtig sind.

Unsre übrigen Nachbarn steigern ihre Zölle; Rußland würde ohne seinen Schutz Zoll schon lange nicht in der Lage sein, seine Finanzen in der bisherigen Höhe zu halten, und es ist eine große Ungerechtigkeit, wenn uns die Thatsache immer vorgehalten wird, daß England seinen Schutz Zoll abgeschafft hat, nachdem er ihm die hinreichenden Dienste gethan hat. England hat die stärksten Schutz zölle gehabt, bis es unter deren Schutz so erstarkt war, daß es nun als herkulischer Kämpfer heraustrat und jeden herausforderte: Tretet mit mir in die Schranken! Es ist der stärkste Faustkämpfer auf der Arena der Konkurrenz, es wird immer bereit sein, das Recht des Stärkeren im Handel gelten zu lassen. Das Recht des Stärkeren gibt aber der Freihandel, und England ist durch sein Kapital und durch die Lage von Eisen und Kohlen, durch seine Häfen der Stärkste im Freihandelsfaustrecht geworden; aber doch nicht allein durch seine günstige geographische Lage, sondern nur dadurch, daß es so lange, bis seine Industrie vollständig erstarkt war, ganz exorbitante Schutz zölle dem Auslande gegen-

über hatte. Nun iſt eſ ſtark genug und ſagt zu den andern: „Nun kommt her, mit uns frei zu ſtreiten; ihr werdet doch nicht ſo thöricht ſein, ihr werdet doch euer Geld unſern Produkten opfern.“ Daſ zauberiſche Wort „Freiheit“ wird alſ Kampfruf an die engliſche Ueberlegenheit geknüpft, und mit dieſer Maſke werden unſre Freiheitsſchwärmer an die Auſhungerung und Ausbeutung durch den ausländiſchen Handel gekirrt. Ich hatte lange Zeit nicht die Möglichkeit gehabt, dieſer Frage näher zu treten, und ich habe nicht mehr Einſicht wie andre Leute; ich hatte früher andreſ zu thun und habe andern nachgebetet, biſ ich durch daſ Austreten deſ Herrn Miniſterſ Delbrück gezwungen wurde, mich ſelbſt um die Sache zu bekümmern; da habe ich gefunden, daſ ich im Irrtum war. Daſ war ja auch nicht mein Hauptgeſchäft.

Der Herr Abgeordnete Bamberger hat ferner die rhetoriſche Form gebraucht, mich und meine ſachlichen Motive abzuwehren, indem er mich einer ungerechten perſönlichen Verletzung — er hat ſogar daſ Wort „Verdächtigung“ gebraucht — angeklagt. Eſ iſt ja daſ leicht, ſich in den Mantel der gekränkten Unſchuld zu hüllen, wenn man ſachlich nichts zu ſagen weiß. Ich beſtreite aber, daſ ich mit irgend einem Wort den Herrn Abgeordneten verdächtigt habe, daſ ich behauptet, er habe perſönliche Motive — den Ausdruck hat er gebraucht; eſ hat mir vorgeweht, daſ daſ vielleicht eine Remiſcenz von vor einigen Tagen geweſen iſt, die ihm gekommen iſt, wobei ihm die Rede deſ Herrn von Ludwig und die meinige in einer Verſchwommenheit vorgeweht haben, die ſonſt eigentlich nicht berechtigt iſt, und ich beſtreite, daſ Herr Bamberger irgendwie von



mir einen Anlaß bekommen hat, die Dürftigkeit seiner sachlichen Gründe mit dem Mantel der sittlichen Entrüstung, des persönlichen Gekränktheits zu decken. Ich habe ihn nicht gekränkt und nicht die Absicht gehabt, ihn zu kränken, es hat mir das sehr fern gelegen. Ich habe nur behauptet, daß, wenn er, wie er es gethan hat, im Sinne der deutschen Nation zu mir spricht als Vertreter eines Wahlkreises mit, ich weiß nicht, welcher Majorität, wo eine Menge anders denkender Leute daneben stehen, daß das keine berechtigte Position ist, auf Grund deren er mir, wenn er nicht sachlich widerlegt, widersprechen kann; daß ich die Nation ebensogut veretrete, wie er, meiner Meinung nach, was er mir implicite auch zugegeben hat. Eine persönliche Kränkung liegt darin nicht. Ich habe ihm nicht, wie er behauptet, die persönliche Achtung versagt, ich habe nur die Thatsache angeführt, daß er vermöge seiner langen ausländischen Beziehungen vielleicht noch weniger verwachsen und vertraut ist mit den deutschen Verhältnissen, wie ich, der ich von Kindheit an nie im Auslande gelebt habe. Sujet mixte — darin liegt auch gar keine Kränkung; wir haben eine erhebliche Anzahl von Sujets mixtes zwischen uns und Oesterreich, die zu den angesehensten Leuten gehören. Ich habe nur gesagt, wenn Frankreich überhaupt Sujets mixtes zugäbe, so würde Herr Bamberger, soviel ich seine sonstigen Verhältnisse kenne, vielleicht vorgezogen haben, die Annehmlichkeit, auch in Paris Bürgerrecht zu haben, sich zu wahren. Darin liegt kein Vorwurf; wenn ich in seiner Lage wäre, würde ich vielleicht dasselbe thun.

Der Herr Abgeordnete hat immer nachher im Sinne der Majorität gesprochen, die mir gegenübersteht. Meine

Herrn, wo ist denn die Majorität? (Heiterkeit rechts. Zurufe links: Tabakmonopol! Zollnovelle!) Die Majorität, die zuletzt eine entscheidende Einwirkung hier geübt hat, hat in der Zollfrage gesprochen, und unter den Beschlüssen dieser Majorität leben Sie, und wenn Sie die anfechten, so treiben Sie Reaktion gegen rite gefakte Beschlüsse des Reichstags, so sind Sie die Reaktionsäre, die unsre jetzige Zollgesetzgebung anfechten. Sie wollen zu dem früheren Auszehrungs- und Schwindsuchtsystem zurückkehren. Aber jetzt, wo haben Sie denn eine Majorität, hat sie Herr Bamberger oder der Fortschritt? (Zuruf links.) — Sie wird schon kommen, sagen Sie? Ja, meine Herren, da würde ich mich herzlich darüber freuen und dann werde ich mit voller Ueberzeugung und freudigem Abwarten das Heft in Ihre Hände zu legen dem Könige raten; dann wollen wir einmal sehen, was Sie können. (Heiterkeit.) Dann werden sich also die Verhältnisse der neuen Aera und von 1848 wiederholen; es fragt sich nur, wie lange es dauert, wie viel Unglück wir in der Zeit erleben werden. Ich verstehe den Zuruf: „es wird schon kommen,“ so; nun, da erwarte ich Sie.

Der Herr Abgeordnete hat mir vorgeworfen, als ob ich Zwietracht zwischen den Fraktionen stifte. Wie sollte ich das anfangen? Ich habe immer nur meine Ueberzeugung vertreten; ich habe manchmal bei der einen Fraktion, manchmal bei der andern Unterstützung gefunden. Sollte ich etwa mein Bestreben für die Einigkeit unter den Fraktionen dadurch bethätigen, daß ich die Sezession verhinderte und die alte große Partei erhielt? Dazu bin ich nicht mächtig genug. Hätte Herr Bamberger mich persönlich gefragt, so hätte ich ihm schon

früher geraten, auszutreten, und hätte im Interesse der Einigkeit der nationalliberalen Partei empfohlen; diejenigen, die vorher austraten, die jetzt keine Fraktion gebildet haben, zu resorbieren; ich würde im Interesse der Einigkeit thätig gewesen sein. Ich hätte ferner dem Herrn Abgeordneten im Interesse der Konsolidierung der Parteien geraten, nicht eine Mittelpartei zu bilden, sondern einfach der Fortschrittspartei beizutreten, der er meiner Ueberzeugung nach angehört. Die Unterschiede, die Sie von dort trennen, sind so minimal, daß schon im Interesse der vielen überwiegenden Punkte, die Ihnen gemeinschaftlich sind, meines Erachtens Sie dieselben vergessen könnten. Wir werden vielleicht mit der Zeit dahin kommen, immer kleinere Fraktionen zu bilden, weil ein jeder, dem eine Fraktion zu groß ist für seine Geltung darin, gleich Sezession macht, weil er lieber mit Cäsar der erste in Corfinium (glaube ich) sein will, als in Rom der zweite. Im Interesse der Einigkeit gebe ich den Herren noch heute den Rat, sich mit der Fortschrittspartei zu vereinigen; dann ist die Mannigfaltigkeit der Strahlenbrechung wenigstens um eine vermindert.

Der Herr Abgeordnete hat ferner den Ausdruck „Moloch“ bemängelt. Moloch ist ein Göze, der mit einem gewissen Fanatismus angebetet wird; das muß man aber nicht buchstäblich nehmen. Ich nenne „Moloch“ heutzutage in der Politik den Dienst einer bestimmten schädlichen Richtung, die mit einem gewissen Fanatismus betrieben wird, so wie vom Cobdenklub ein jeder als Feind oder Narr behandelt wird, der nicht beistimmt. Weiter habe ich nichts sagen wollen. Eine kränkende Beimeßung habe ich nicht beabsichtigt, und der Herr Abgeordnete Bamberger ist in der kämpfenden Dialektik

so bewandert, daß ich nicht habe vermuten können, daß er diesen uralten Ausdruck übel empfinden werde. Der Herr Abgeordnete hat ferner an eine Ansicht des Herrn von Blankenburg erinnert: in Pommern wäre man der Meinung, wenn einer grob würde, müsse man doppelt so grob sein. Meine Herren, ich bin kein Pommer, ich bin ein Altmärker und teile diese Ansicht nicht; ich bin der Meinung, man soll, wenn einen der Zorn übermannt, höflich bleiben. Ich bemühe mich und erkenne die Verpflichtung an, ich ziehe auch gern zurück, wenn ich im Zorn mich übereilt habe, aber die Grobheit erkenne ich nicht als berechtigt an. Der Herr Abgeordnete Bamberger vermeidet auch seinerseits diese Klippe; ich kann ihm die Anerkennung nicht versagen, daß er mit sehr gewandter Dialektik immer die Formen der guten Gesellschaft seinerseits beobachtet. Es sollte das geschehen von allen Seiten. (Heiterkeit.)

Aber im übrigen, in Bezug auf das dadurch bethätigte Wohlwollen, kann ich nur mit dem Sprichwort antworten: le diable n'y perd rien. Seine Pfeile, die er mit seinem Wohlwollen unter dem wohlthuenden Mantel der Sanftmut und der leidenschaftslosen Sprache abfeuert, sitzen um so fester.

Er hat mir ferner vorgeworfen, daß ich die Massen verachte. Das ist doch ein unberechtigter Vorwurf in dem Momente, wo ich gerade gegenüber der Minorität der Bevölkerung für die Massen kämpfe sowohl in der Besteuerung, als auch in dem Hauptvorwurfe, den mir der Abgeordnete machte, — des Sozialismus. Ich erinnere mich nicht genau der Worte, die er sagte; aber der Gedanke, wenn ich nicht irre, war der, es genüge zu meiner Beurteilung, daß ich gesagt hätte, der Staat

müsse aktiv einschreiten für die hilfsbedürftigen Klassen. Bei dieser Lage der Sache bin ich doch derjenige, der die Massen vertritt, und der Abgeordnete derjenige, der auch nicht einmal das Kapital mir gegenüber vertritt; denn ich bin kein Feind des Kapitals in den Ansprüchen, auf die es berechtigt ist. Ich bin weit entfernt, dagegen eine feindliche Fahne zu schwingen, aber ich bin der Meinung, daß die Massen auch ein Recht haben, berücksichtigt zu werden, und ich kann die Masse in den Wahlmännern in der Majorität des Herrn Abgeordneten in seinem Wahlkreise nicht vertreten finden; ich glaube im Gegenteil, daß der Herr Abgeordnete mit seiner Politik eine Minorität im Lande vertritt, höchstens die Minorität, die in der Beratung der Zollgesetze sich herausstellte, und die Massen viel mehr auf meiner Seite sind.

Er hat dann meine Erörterung über den Getreidezoll, ich kann kaum sagen angefochten, sondern verurteilt. Nach dem Präambel mußte man glauben, daß eine vernichtende Kritik kommen würde; am Ende hat er weiter nichts gesagt, als daß der Kornzoll den Landwirten, wenn sie keinen Vorteil davon hätten, auch nichts nützt. Ich habe schon damals gesagt, wie ich ihn befürwortete, der Zoll könne Ordnung in unsern Getreidemarkt bringen, daß nicht alles auf den deutschen Markt geworfen wird und dort lagert, bis es zu unmöglichen Preisen verschleudert wird, ehe man sich gezwungen sieht, es wieder zurückzunehmen. Außerdem ist die Not des Landwirts so groß, daß er auch den kleinen Vorteil, den dieser Zoll etwa bringt, nicht verschmäht. Der Zoll, wenn er 14 Millionen beträgt und zwar auf 200 Millionen Zentner unsres Getreideverbrauchs überhaupt sich verteilt, beträgt etwa meiner oberflächlichen Berechnung nach 7 Pfennige

pro Zentner. Auch dieſe 7 Pfennige pro Zentner ſind ſchon ein Vorteil, den die Landwirthſchaft kein Recht hat von ſich zu weiſen, wenn ſie auch ihrerſeits noch immer für den Zentner, im Inlande erbaut, eine Mark direkter Abgaben zu zahlen hat, und auf dieſe Weiſe noch immer im ausländiſchen Intereſſe und im Intereſſe des beweglichen Handels, des Zwiſchenhandels, ausgeſchlachtet wird. Für den eigentlichen Kaufmann, für den Zwiſchenhandel wäre es ja das Erwünſchteſte, wenn alles, was bei uns gebraucht wird, vom Auslande gekauft, und wenn alles, was bei uns im Inlande produziert wird, nach dem Auslande ausgeführt würde. Da müßte alles durch ſeine Hände gehen. Deſhalb kann ich auf die Wünſche dieſer Kreiſe einen entſcheidenden Wert nicht legen, namentlich weil ihre Kopffahl außerordentlich gering iſt und mit dem Einfluffe, den ſie auf unſre Geſetzgebung üben, nicht im Verhältniſſe ſteht. Ich bin ein Anhänger der Majorität, aber die Majorität im Deutſchen Reiche beſteht aus Landwirten, Ackerbauern, und für dieſe Majorität trete ich, wenn ich das Majoritätsprinzip allein für maßgebend halte, in erſter Linie ein. Ich erkenne aber daneben das Prinzip der Intelligenz, der vernünftigen Erwägung der Steuergetze und das Prinzip des monarchiſchen Einfluffes an, und wenn nach meiner Ueberzeugung die Vernünftigkeit einer Vorlage mit der monarchiſchen Autoriſation übereinſtimmt, dann bringe ich ſie, dann kämpfe ich für ſie. Sie haben das Recht, ſie abzulehnen, und wenn Sie ſie ablehnen, ſo iſt es Sache der Taktik, ob und wann wir ſie wiederbringen.

Aber was die Anfechtung des Systems betrifft, was durch die Zollgeſetzgebung von 1879 mit Majorität inauguriert worden iſt, ſo iſt die auch verſucht worden

in neuester Zeit, und man hat einen großen Sieg darüber verkünden wollen, daß einige neue Anträge auf Schutz der inländischen Produktion in der Minderheit geblieben sind. Nun, meine Herren, wir können ohne Zustimmung der Majorität keine neuen Anträge durchbringen; aber man hat damit den Gedanken verknüpft, als könne man durch Resolutionen und Anträge die verbündeten Regierungen in der Stellung, die sie in der Zollgesetzgebung eingenommen haben, erschüttern oder irgendwie irre machen. Meine Herren, da könnte uns die stärkste Majorität dieses Hauses gegenüberstehen, wir werden in der Beziehung an dem, was wir an Schutzzöllen für die vaterländische Arbeit bisher gewonnen haben, unbedingt festhalten. Das ist die Ueberzeugung nicht bloß der preußischen, sondern der sämtlichen verbündeten Regierungen ganz unerschütterlich, und keine Resolution und kein Antrag kann uns darin irre machen, und wenn Sie alle diese Resolutionen mit überwältigender Majorität zur Annahme bringen, so wird uns die Ueberzeugung von dem, was dem Reiche und Deutschland von Nutzen ist, doch höher stehen, als die Majorität. (Bravo! rechts.)

Nach längerer, zum Teil recht lebhafter Debatte, an welcher der Reichskanzler nicht mehr teilnahm, wurde der prinzipielle § 1 der Monopolvorlage mit 277 gegen 43 Stimmen abgelehnt; dafür stimmten nur getrennt, keineswegs geschlossen Konservative und Freikonservative, einzelne Nationalliberale (von Treitschke u. a.), Elsäßer (Grad, Zorn von Bulach), Schröder (Lippstadt) vom Zentrum. In der folgenden 19. Sitzung am 15. Juni wurde die Vorlage des weiteren in allen einzelnen Paragraphen (2—72) abgelehnt. Mit 169 gegen 138 Stimmen gelangte dagegen folgende Resolution, von der Kommission vorgeschlagen, modifiziert nach einem Antrage des Abgeordneten v. Bennigsen, zur Annahme:

„Der Reichstag wolle beſchließen zu erklären, daß nach der erſt durch Geſetz vom 16. Juli 1879 erfolgten Erhöhung der Tabakſteuer eine weitere Belaftung und Beunruhigung der Tabakinduſtrie unſtatthaft erſcheint.“

Unmittelbar darauf verlas der Präſident folgendes Schreiben des Reichskanzlers:

„Mit Ermächtigung Seiner Majeſtät des Kaiſers beehrt ſich der Unterzeichnete dem Reichstage den Antrag, zur Vertagung des Reichstages vom 19. Juni bis zum 30. November 1882 die Zuſtimmung zu erteilen, zur verfaſſungsmäßigen Beſchlußnahme ganz ergebeneſt vorzulegen.

Der Reichskanzler:  
v. Bismarck.“

Die beantragte Vertagung der Seſſion erfolgte bereits in der 20. Sitzung am 16. Juni 1882.

## 5. Eine kaiſerliche Gabe; die „Trichine des armen Mannes“.

9. Januar 1883.

Der Reichstag trat am 30. November wieder zuſammen. In der 29. Sitzung am 9. Januar 1883 beriet derſelbe eine Interpellation der Abgeordneten Rickert und Richter (Hagen) betreffend die fernerweite Zulaffung der Einfuhr amerikaniſcher Fleiſchwaren. Während der Debatte erſchien der Reichskanzler Fürſt Bismarck im Hauſe und erbat ſich das Wort zu folgender Mitteilung:

Mein Geſundheitszuſtand erlaubt mir leider nicht, das Ende dieſer intereſſanten Debatte abzuwarten, und ich muß auch der Verſuchung widerſtehen, hier die Ueberzeugung zu entwickeln, daß die verbündeten Regierungen dem deutſchen Mitbürger gleichen Schutz ſowohl gegen die ausländiſche wie gegen die deutſche Trichine ſchuldig ſind. Ich muß es den Herren Kommiſſaren überlaſſen,



diese Ueberzeugung näher zu entwickeln und darzuthun, daß es sich hier nicht um Freihandel, sondern um sanitäts-  
polizeiliche Aufgaben handelt, und daß der Bundesrat die „Trichine des armen Mannes“ nicht unter seinen Schutz nehmen kann. (Heiterkeit.)

Im übrigen aber — ich bitte wegen dieser Digression um Verzeihung, nach dem Worte: „was das Herz voll ist, des geht der Mund über“ — würde ich gern auf Widerlegungen eingehen, aber meine Kräfte gestatten es mir nicht. Ich habe für einen andern, gänzlich heterogenen Gegenstand zu sprechen, wenn Sie mir Ihre Nachsicht gewähren wollen, daß ich ihn inmitten dieser Diskussion in Parenthese anbringe; ich bedarf Ihrer Unterstützung in einem Auftrage, den ich von Seiner Majestät dem Kaiser erhalten habe, und namentlich der Unterstützung eines Teiles der Versammlung, den ich ohne freiwillige Mitwirkung der Herren nicht begrenzen und konstatieren kann. Ich habe von Seiner Majestät die folgende Ordre erhalten:

„Auf Ihren Bericht vom heutigen Tage will Ich als Beihilfe zur Linderung des augenblicklichen Notstandes (der Uberschwemmten in den Rheinlanden), und um den Gedanken zum Ausdruck zu bringen, daß das gesamte Reich einen so schweren Notstand einzelner Teile seines Gebietes mitempfindet, aus Meinem Dispositionsfonds bei der Reichshauptkasse den Betrag von 600 000 Mark bewilligen (lebhaftes Bravo), und beauftrage Sie, die Verwendung derselben mit möglichster Beschleunigung herbeizuführen.“ (Bravo!)

Meine Herren, für die anderweiten Zuwendungen

liegen ja die Anträge der einzelnen Regierungen vor. Dieſelben werden aber mit großer Beſchleunigung ſich nicht verwirklichen laſſen, einmal, weil die Regierungen über keine Geldmittel verfügen, die nicht an die Bewilligung von in der Regel zwei parlamentariſchen Körpern gebunden wären, und zweitens, weil die Vorſorge der Landesregierungen ſich wahrſcheinlich mehr auf die Erhaltung resp. Wiederherſtellung des status quo ante der Beſchädigten richten wird, was man in früheren Zeiten bei uns in Preußen Retabliffementsgelder nannte, nach dem Kriege, wie alſo beſpielsweiſe an einzelne Beſchädigte zur Erhaltung im Haus- und Nahrungsſtande, an Gemeinden zur Wiederherſtellung ihrer beſchädigten Gemeindeanlagen, zur Wiederherſtellung und notwendigen Verbesserung der beſchädigten Deich- und Uferſchutzwerke. Dahin ſind, ſoviel ich mich informiert habe, die Beſtrebungen der einzelnen Regierungen gerichtet. Es handelt ſich hier aber noch um etwas anderes, um die Linderung der augenblicklichen Not, die nach allen uns zugehenden Nachrichten ſo groß iſt, daß die dafür verfügbaren Mittel bei weitem nicht ausreichen. Seine Majestät kann nicht die Abſicht haben, mit der erheblichen, aber im Vergleich zu dem Schaden immer noch geringfügigen Summe eine durchgreifende, dauernde Linderung der Nothstände herbeizuführen, ſondern kann nur die Geſinnung der ganzen Nation als Vertreter derſelben dahin be- thätigen, daß wir alle, daß die geſamte Nation mit derſelben Theilnahme wie die nächſten Nachbarn auf dieſes Unglück eines Theils unſrer Mitbürger ſehen.

Aber nichtsdeſtomeniger iſt immerhin die Aufgabe, die durch dieſe Ordre an mich herantritt, für möglichſt ſchleunige Beförderung, alſo für eine ſchleunigere Ver-

wendung als der noch zu bewilligenden Mittel der Landesregierungen, Sorge zu tragen, eine schwierige. Ich habe zu ihrer Erfüllung ein Entgegenkommen gefunden in der Bekanntmachung einer Anzahl von Abgeordneten derjenigen Bundesländer, deren einzelne Landesteile durch die Ueberschwemmung gelitten haben, und in ihrer Aufforderung zur Sammlung. Ich könnte Seine Majestät bitten, mir zu erlauben, den kaiserlichen Beitrag einfach dieser Sammlung zu überweisen. Aber nach der Fassung dieses Aufrufs nehme ich an, daß auch diese Sammlung doch nur die entfernteren Bedürfnisse und nicht die augenblicklichen im Auge hat, und außerdem vermissen ich unter den Unterzeichnern des Aufrufs jede Vertretung der Reichslande, namentlich des auch durch Rhein und Ill schwer geschädigten Elsaß. Ich zweifle nicht, daß es den Vertretern der übrigen Bundesstaaten gelingen wird, sich auch aus den Reichslanden den einen oder andern Kollegen behufs Mitwirkung zu dem gemeinsamen Zwecke zu kooperieren; mir aber ist es ein Bedürfnis, mit diesen Herren, also mit einem Teile der hohen Versammlung, den ich außer stande bin, näher und einzeln zu bezeichnen, in Verbindung zu treten, um mit ihm die Mittel zu überlegen, wie diese kaiserliche Gabe zur Linderung der augenblicklichen Not mit möglichster Beschleunigung an die Beteiligten befördert werden kann. Ich rechne dabei auf die Mitwirkung der Abgeordneten gerade der inundierten Wahlkreise als Vertreter der direkt Beschädigten. Ohne Besprechung und beziehungsweise persönlichen Meinungs-austausch mit den Herren kann ich aber nicht darauf rechnen, den Intentionen des Kaisers gemäß die Verwendung zu machen. Ich möchte daher von meiner Anwesenheit hier den Gebrauch machen, diejenigen von den

Herren Unterzeichnern des Aufrufs der Abgeordneten von Baden, Hessen, Bayern, Württemberg, Preußen, welche mir die Ehre erzeigen wollen, mich zu besuchen und diese Frage mit mir einstweilen vertraulich zu diskutieren, zu bitten, daß sie die Freundlichkeit haben wollen, sich heute Abend um 9 Uhr in meinem Hause zu versammeln, wo ich dann mit ihnen über die weitere Behandlung der Frage in Verbindung treten würde, hauptsächlich um die Bereitwilligkeit der Herren Abgeordneten zu konstatieren, daß sie sich ihrerseits mit der Verwendung der kaiserlichen Bewilligung direkt befassen wollen, weil dem Reiche die direkten Organe hierzu fehlen, und eine amtliche Korrespondenz von Regierung zu Regierung — abgesehen von der Schwierigkeit, daß der Kaiser selbst eine richtige Würdigung der Größe der einzelnen Schäden und eine richtige Verteilung übernehmen müßte — zu zeitraubend sein würde, um dem augenblicklichen, mit der eintretenden Kälte zum Teil bis ins Unerträgliche gesteigerten Notstande wirksam abzuhelpfen. Der Zweck, zu dem ich hauptsächlich das Wort ergreife, ist also, die Herren, die ich in der kurzen Zeit nicht persönlich konstatieren, ermitteln kann, um jedem Einzelnen zu schreiben, von dieser Stelle aus zu bitten, daß sie mir heute abend um 9 Uhr oder bald nach 9 Uhr behufs Besprechung dieser Frage die Ehre ihres Besuches erzeigen wollen. (Allseitiger lebhafter Beifall.)

Ueber die im Vorstehenden erwähnte Besprechung bei dem Reichskanzler berichtete der Abgeordnete Windthorst dem Reichstage in der nächsten Sitzung am 11. Januar, daß dieselbe stattgefunden habe und die Gaben bereits an die Stellen gebracht worden seien, von denen aus sie unmittelbar den Unglücklichen zu teil werden könnten. Er fügte hinzu: „Ich glaube, daß es den einstimmigen Empfindungen des Hauses entspricht, und daß wir den Dank

der unglücklichen Ueberschwemmten nur antizipieren, wenn ich den Antrag stelle, daß das Haus beschließen wolle, Seiner Majestät dem Kaiser durch das Präsidium den Dank für diese Allerhöchste Bethätigung auszusprechen."

Unter lebhaften Beifallsbezeugungen wurde dieser Antrag einstimmig angenommen. Gemäß den bei der Besprechung gemachten Vorschlägen erhielten aus der Kaiserlichen Unterstützungssumme Preußen, die bayerische Pfalz und das Großherzogtum Hessen je 100 000 Mark, ferner Bayern, Baden, Elsaß-Lothringen je 40 000 Mark, Württemberg 20 000 Mark. Aus den verbleibenden 160 000 Mark wurde ein Reservefonds für nachträgliche, später hervortretende Bedürfnisse gebildet. — Des weiteren hat sich der Fürst Bismarck an den parlamentarischen Verhandlungen des Jahres 1883 nicht beteiligt.